

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

Die Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in Karl-Marx-Stadt dokumentierte die Ereignisse in ihrem Bezirk während des Volksaufstands vom 17. Juni 1953. Im Vergleich zu anderen Bezirken verzeichnete die Staatssicherheit hier weitaus weniger Streiks und Demonstrationen.

Vom 16. bis 21. Juni 1953 kam es in fast 700 Städten und Gemeinden der DDR zu Demonstrationen und Streiks. Begann der 17. Juni noch als Arbeiteraufstand, entwickelte er sich schnell zum Volksaufstand weiter. Er nahm vielerorts revolutionäre Züge an, bevor er mit Hilfe von russischen Panzern unterdrückt wurde. SED und Stasi bezeichneten die Vorkommnisse offiziell als einen vom westlichen Ausland gesteuerten "Putschversuch faschistischer Agenten und Provokateure".

Während in anderen Regionen in Sachsen hunderte Betriebe bestreikt wurden, kam es im Bezirk Karl-Marx-Stadt am 17. Juni 1953 zu weitaus weniger Streiks und Demonstrationen. Dabei war es bereits Ende Mai in der Stadt zu mehreren Streiks in größeren Betrieben gekommen, die bis zum 15. Juni immer wieder in unterschiedlicher Intensität aufflammten. So legte am 1. Juni im VEB NAGEMA ein Viertel der 1.600 Beschäftigten für acht Stunden die Arbeit nieder. Diesem Streik schlossen sich am 2. Juni 120 und am 3. Juni 150 Arbeiter des Schleifmaschinenwerks an, die für etwa zwei Stunden die Arbeit ruhen ließen.

Am 17. Juni kam es schließlich in den Betrieben VEB Vereinigte Gießereien, VEB Textima, Büromaschinenwerk und im VEB Schleifmaschinenbau zu Streiks. Im Stadtgebiet verteilten Protestierende Flugblätter und brachten Parolen an Häuserwänden an, die zum Sturz der Regierung aufriefen. Weitere Forderungen der Streikbewegung waren neben der Rücknahme der Normenerhöhung freie Wahlen, eine Freilassung politischer Häftlinge und die Rückkehr sämtlicher noch in Gefangenschaft befindlicher Kriegsgefangener.

Die Streiks der vergangenen Wochen hatte die SED-Bezirksleitung in Karl-Marx-Stadt jedoch wachsam gemacht. Im Gegensatz zu den Funktionären anderer Städte hatte sie sich auf eventuelle Streiks und Unruhen vorbereitet und konnte größere Proteste schon im Ansatz vereiteln. In der Zeit vom 16. bis 25. Juni wurden im Bezirk Karl-Marx-Stadt 34 Personen festgenommen. Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt zeigten ihren Unmut deshalb erst zehn Tage später. Als die SED die Bevölkerung von Karl-Marx-Stadt zu einer Kundgebung auf den Marktplatz beorderte, kamen statt der üblichen 75.000 bis 100.000 lediglich 3.000 Personen, die daran teilnahmen. Als die SED-Funktionäre die Erschienenen aufforderten, sich in bereitliegende Listen einzutragen und so nachvollziehbar zu machen, wer ferngeblieben war, weigerten sich die Bürgerinnen und Bürger.

Trotzdem zeigte sich die Bezirksverwaltung der Stasi in der vorliegenden Analyse der Vorkommnisse zufrieden: "Alle vorgekommenen Streik-, Flugblatt- und Schmieraktionen blieben isoliert. Eine terroristische Tätigkeit, Sabotage größerer Art oder Demonstrationen fanden nicht statt."

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl. 1-74

Metadaten

Diensteinheit: Bezirksverwaltung Karl-Datum: 24.6.1953

Marx-Stadt, Leiter

Rechte: BStU

Überlieferungsform: Dokument

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

<p>REGIERUNG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK Ministerium für Staatssicherheit Bezirksverwaltung Karl-Marx-Stadt - Leitung -</p>	<p>BSU 000001</p>
<p>An das Ministerium für Staatssicherheit Einsatzleitung <u>Berlin - Lichtenberg</u></p>	<p>Karl-Marx-Stadt, den 24.6.1953</p>
<p>Analyse über die Entwicklung und Auswirkungen der faschistischen Provokationen vom 16. - 24. 6.1953 im Bezirk Karl-Marx-Stadt</p> <p>-----</p>	
<p>Im allgemeinen ist festzustellen, daß der inszenierte und niederträchtige Anschlag von den geschworenen Feinden auf die DDR im engsten Zusammenhang steht mit der nationalen und internationalen politischen Lage.</p> <p>Durch die großen Erfolge des Friedenslagers einerseits und dem Verschärfen der Widersprüche im kapitalistisch-imperialistischen Lager andererseits, sind die Kräfte der Reaktion und des Krieges in eine schwierige Situation gedrängt worden.</p> <p>Die Beschlüsse der Regierung der DDR vom 11.6.53 zur Stärkung der DDR, den Kampf um die nationale Einheit und Unabhängigkeit zu fördern und die Lebenslage der Bevölkerung entscheidend zu verbessern usw., schufen für die Kriegstreiber eine noch schwierigere Lage.</p> <p>Sie versuchten mit Gewalt die Bestrebungen der Partei und der Regierung der DDR zu durchkreuzen, mittels ihrer Geheimdienste und gedungenen Verbrecher, indem sie sich auf einige Teile der Bevölkerung stützten, die durch die Folgen unserer Politik unzufrieden waren. Sie stießen dabei auf den Widerstand eines Teils der Bevölkerung, den geschlossenen Widerstand der Partei und des Staatsapparates.</p> <p>Im besonderen ist für den Bezirk Karl-Marx-Stadt charakteristisch, daß es im Wesentlichen ruhig blieb und es keine Ausschreitungen, Streikbewegungen oder Provokationen größerer Art gab. Es bildeten sich zwei Schwerpunkte heraus, einmal in Freiberg, wo ca. 1.300 streikende Bauarbeiter und zum anderen in Werdau, wo rund 1.500 streikende Metallarbeiter zu verzeichnen waren. Die Forderungen waren anfangs ökonomischer Art und schlugen in politische um.</p> <p>Diese Aktionen des Klassenfeindes in den beiden Kreisen sind von außen hineingetragen worden. In Werdau durch die Bergarbeiter von Gera und in Freiberg durch das angrenzende Dresden. Weiterhin hat der Rias beim Entstehen der Situation auf die schwankenden und feindlich eingestellten Kräfte gewirkt. Alle vorgekommenen Streik-, Flugblatt- und Schmieraktionen blieben isoliert. Eine terroristische Tätigkeit, Sabotageakte größerer Art oder Demonstrationen fanden nicht statt. Die Bourgeoisie trat nicht offiziell in Erscheinung.</p> <p>Folgende Faktoren hatten Einfluß auf die verhältnismäßig gute Situation: a) Die aktive Hilfe der Freunde, b) die Initiative der Partei, c) die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung.</p> <p>Nachfolgend die Lage der Abteilungen im einzelnen.</p>	

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl 1-74

Blatt 1

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU 000002

Karl-Marx-Stadt, den 24. 6. 1953

A n a l y s e
der Ereignisse im Bereich der BZV Karl-Marx-Stadt
vom 16.6. - 24.6.1953

Abteilung III
Bezirksverwaltung Stadt und Kreis Karl-Marx-Stadt

Bereits am 1.6.53 ging ein Streik wegen Normenerhöhung lt. Minister-
ratsbeschuß im VEB NAGEMA, Karl-Marx-Stadt, voraus. Die Gesamt-
Belegschaftsstärke umfaßt 1.600 Personen. An diesem Streik waren
400 Personen 8 Stunden lang beteiligt.

Darauf folgte am 2.6.53 im VEB Schleifmaschinenwerk I, Karl-
Marx-Stadt, eine Arbeitsniederlegung bei Schichtbeginn von
6.00 bis 7.00 Uhr, an dem 120 Personen beteiligt waren.

Einen Tag später, am 3.6.53, nahm wiederum eine Schicht ihre
Arbeit wegen Normenerhöhung nicht auf und ging erst nach 2 Std.
in die Produktion. Daran waren 150 Arbeiter beteiligt.

In diesen Tagen gingen 3 anonyme Schreiben bei der SED-Kreislei-
tung Karl-Marx-Stadt, in der SAG Marten und in obenangegenem
Betrieb NAGEMA ein, die sinngemäß beinhalten, daß der Streik in
der NAGEMA beispielgebend war für weitere Betriebe. Umfangreiche
Schriftenvergleiche und auch Agenturarbeit verliefen erfolglos.

Am 15.6.53 legten 60 Arbeiter des Treuhandbetriebes N e u b e r t
in Neukirchen die Arbeit nieder. Anlaß dazu war, daß die Arbeiter
Aufklärung verlangten, ob ihr ehem. Chef, der aufgrund des Regie-
rungserlasses aus der Haft entlassen worden war, sein Werk wieder
zurück erhält. Nach erfolgter Aussprache wurde die Arbeit nach
1/2-stündiger Unterbrechung wieder aufgenommen. Die Arbeiter be-
standen aber weiterhin auf Einsetzung des alten Chefs.

Nach diesem Vorfall am 15.6.53 trat allgemeine Ruhe ein.

Erst am 17.6. fand die nächste Arbeitsniederlegung im VEB Vereinigte
Gießereien von 9-11 Uhr wegen Normenerhöhung statt.

Ca. um die gleiche Zeit am 17.6. fand auch im VEB Textima Spinn-
und Zwirnereimaschinenbau eine 2-stündige Arbeitsniederlegung
mit 200 Personen wegen Normenerhöhung statt.

Das Gleiche war im Büromaschinenwerk I (früher Wanderer-Werke)
zu verzeichnen, wo die Arbeitsniederlegung 200 Personen umfaßte
und 4 1/2 Std. andauerte. Der Grund war gleichfalls Normenerhöhung
und Wiedereinsetzung eines abgesetzten Abteilungsleiters, der
falsche Angaben in der Fertigung gemacht hatte.

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl. 1-74

Blatt 2

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000003

Im VEB Trikotagenwerk Limbach wurde am 17.6. die Arbeit gleichfalls wegen Normenerhöhung auf 2 1/2 Std. niedergelegt. Gleichzeitig wurde dort die Seite einer westdeutschen Zeitschrift mit hetzerischem Inhalt an der Wandzeitung des Betriebes festgestellt.

Wiederum am 17.6. wurde im Kraftwerk Karl-Marx-Stadt ein anonymes Zettel mit der Aufforderung zum Solidaritätsstreik für die Berliner Arbeiter vorgefunden.

Am 18.6. war im Kreis keine offensichtliche Feindarbeit bemerkbar.

Am 19.6. wurden im FEWA- Werk Karl-Marx-Stadt vereinzelte, angeschriebene Hetzparolen festgestellt. Das Gleiche wiederholte sich in derselben Firma am 20.6.

Am 21. und 22. 6. war wiederum keine offensichtliche Feindarbeit bemerkbar.

Am 23.6. brachen 25 Arbeiter der Baufirma Gerstenberger & Köhler, Sitz Dresden, ihre Arbeit ab und gingen nachhause, weil der Unternehmer keinen Lohn ausgezahlt hatte. Dieses entstand dadurch, daß die Deutsche Notenbank erst am nächsten Tage, also am 24.6., die Lohnelder an die Firma zur Auszahlung brachte. Da die Firma bei der Reichsbahn eingesetzt ist und auch von dort betreut wird, erfolgt die Bearbeitung des Vorgangs durch die Abteilung XIII und ist hier nur informatorisch vermerkt.

Gleichfalls wurden am 23.6. im
VEB RFT-Gerätewerk, Karl-Marx-Stadt, und
VEB TEWA Sächs. Schrauben- und Mutterfabrik,
Karl-Marx-Stadt,
die sogenannten Gedenkminuten für gefallene Berliner Provokateure durchgeführt. Im RFT-Gerätewerk sind daran ca. 200 Personen beteiligt, wovon aber ein Teil über den wirklichen Sinn der Gedenkminute zur Zeit der Durchführung noch nicht orientiert war. Ihnen wurde erst hinterher durch die Aufklärung der Agitatoren klar, welcher Sinn damit verfolgt wurde.

Im VEB TEWA waren an den Gedenkminuten ca. 35 Personen beteiligt.

Aus dem VEB Spinn- und Zwirnereimaschinenbau wurde uns am 23.6. eine Person bekannt, welche Rias-Parolen verbreitet, sich im allgemeinen sehr zweifelhaft benimmt, aus Jugoslawien stammt und die Eltern noch dort wohnhaft hat. Diese Person hat bereits vor dem 17.6. die Bilder unserer Regierungsfunktionäre aus seiner Abteilung entfernt und hat auch zu dieser Zeit schon auf einen sogenannten Umschwung in der DDR hin propagiert.

Die obenangeführten Fälle werden operativ bearbeitet. Gute Erfolge sind in allen Fällen der sogenannten Gedenkminuten sowie der verdächtigten Person aus dem Spinn- und Zwirnereimaschinenbau zu verzeichnen, so daß in allernächster Zeit mit der Festnahme oder evtl. Werbung gerechnet werden kann.

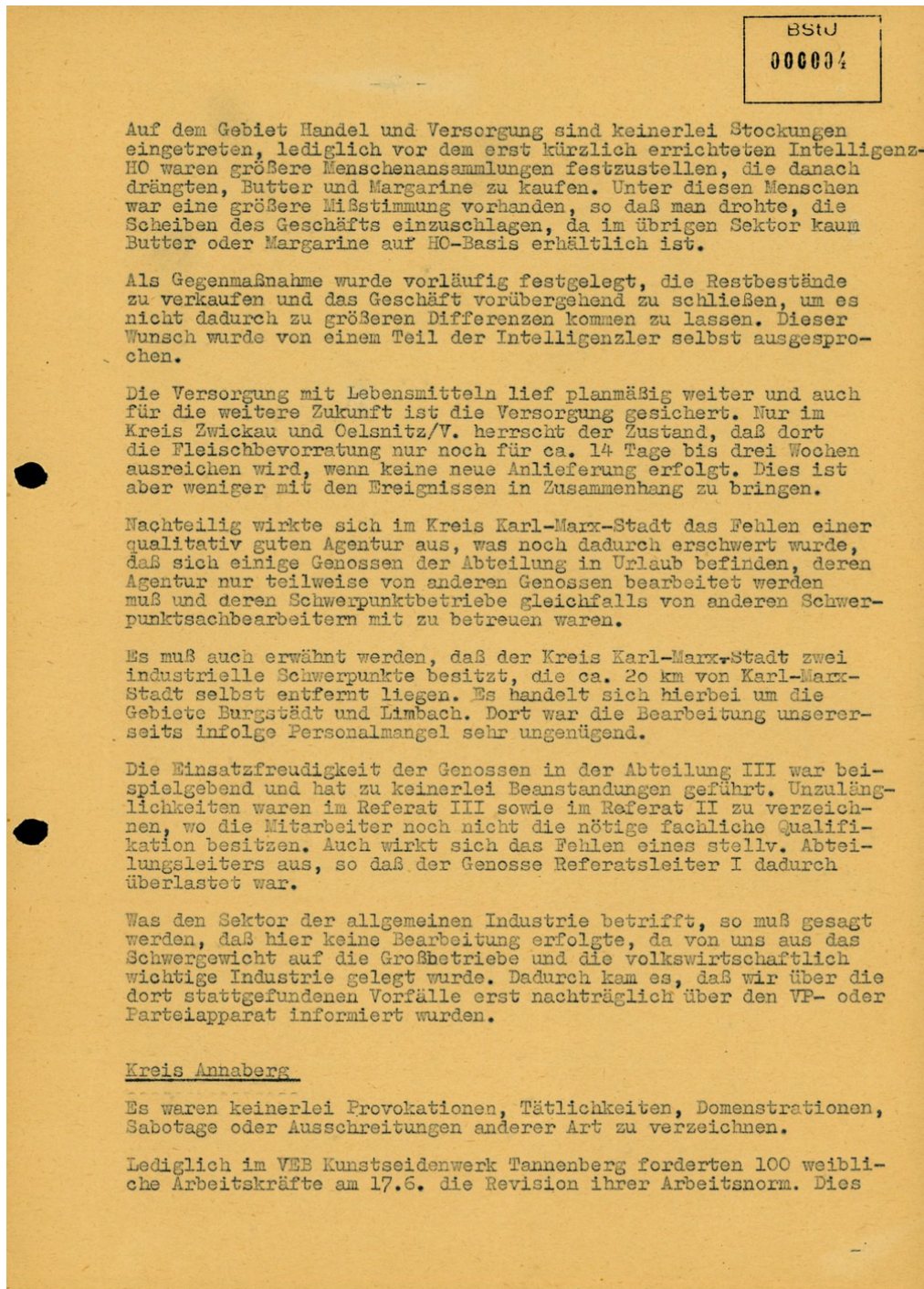
Zu Ausschreitungen, Tötlichkeiten, Demonstrationen oder anderen Vorkommnissen ist es im gesamten Kreis Karl-Marx-Stadt nicht gekommen und die Lage war der Struktur angemessen sehr ruhig.

Auf dem Sektor der Landwirtschaft sind keinerlei Vorkommnisse aufgetreten.

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl 1-74

Blatt 3

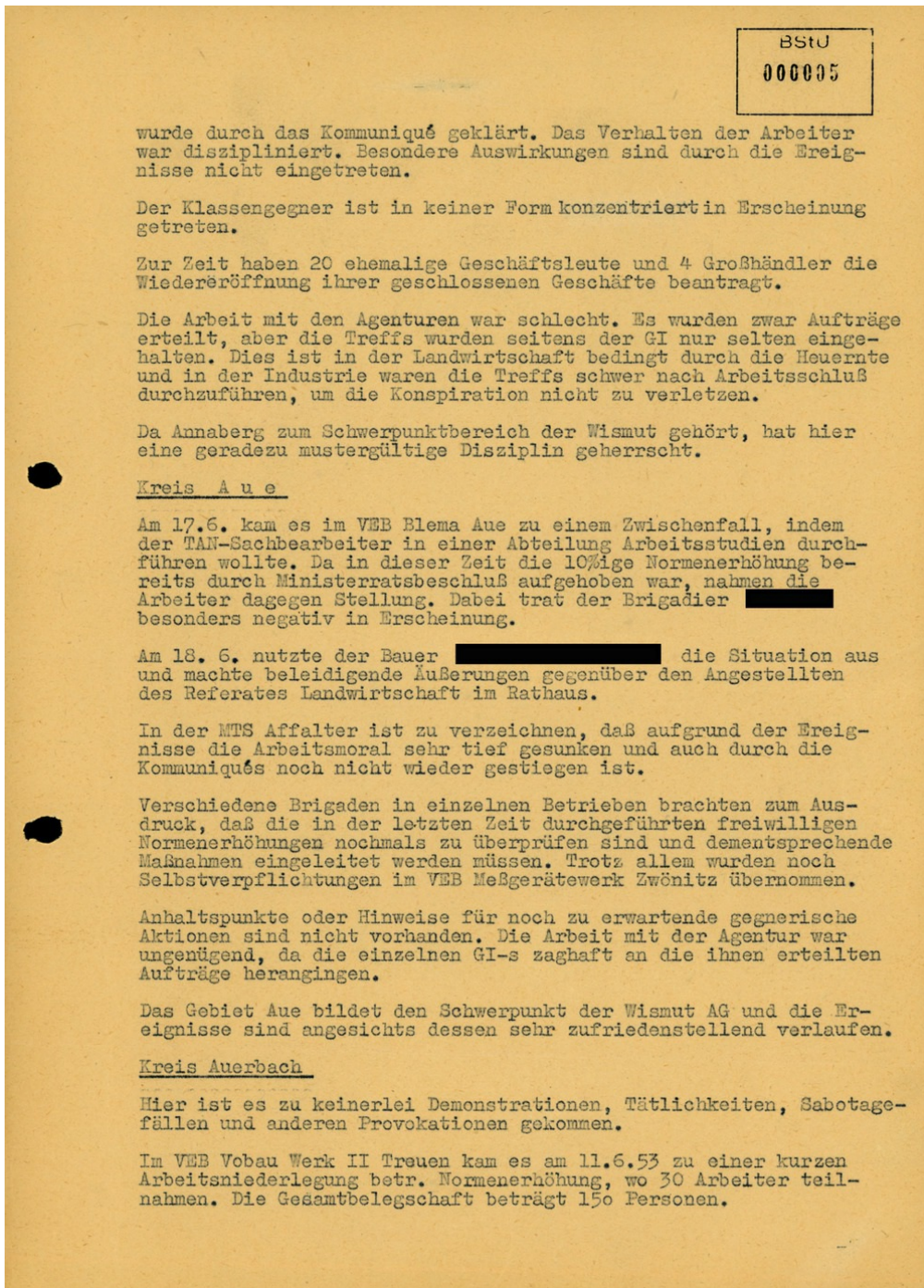
Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt



Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl 1-74

Blatt 4

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt



Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl 1-74

Blatt 5

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BSU 000006

Am 16.6. abends wurde im VEB Falter von unbekannten Personen ein Grotewohl-Bild von der Wand gerissen und zertreten.

Am 17.6. erfolgte im VEB Armaturenfabrik Falkenstein eine Arbeitsniederlegung von 30 Personen über 1 Std. betr. Normenerhöhung. Der Betrieb hat eine Beschäftigtenzahl von 75 Arbeitern.

Am 18.6. fand im VEB Aiga eine legale Betriebsversammlung statt, der seitens einiger Provokateure das Thema "Wie steht die Belegschaft zur Regierung?" aufgedrückt wurde. Hier tat sich der Arbeiter [REDACTED], [REDACTED] in besonders hetzerischer Form hervor, und er wurde deshalb am 19.6. festgenommen. [REDACTED] war seit 1931 Mitglied der NSDAP und SA. Er stand unter starkem Einfluß des Rias.

Im Schwerpunktbetrieb VEB Wolfram-Zinnerz Zschorlau, Pechtelsgrün und Gottesberg waren während der Ereignisse keine Unruhen und Arbeitsniederlegungen zu verzeichnen. Erst jetzt werden Diskussionen geführt, daß es aufgrund der Revision in der Schwerindustrie zu größeren Entlassungen kommen wird und es kann angenommen werden, daß dies Anlaß zu Ausschreitungen wird, wenn keine entsprechenden Gegenmaßnahmen getroffen werden. Im gleichen Betrieb steht die Werksleitung auf dem Standpunkt, daß die Normung, die am 1.4.53 festgelegt wurde, bestehen bleiben müsse, womit die Kumpels sich nicht einverstanden erklären und dagegen kämpfen. Die Partei wird diese Dinge in Ordnung bringen.

Am 18.6. fand im VEB Baumwollspinnerei Auerbach eine Belegschaftsversammlung statt, wo der Arbeiter [REDACTED] die Anwesenden aufforderte, sich zum Gedenken zweier von der VP erschossener "Kameraden" von den Plätzen zu erheben.

Auf dem Gebiet der Landwirtschaft sind keinerlei Vorkommnisse eingetreten. Die Bauern gehen nicht aus sich heraus und verhalten sich abwartend. Einzelstimmen sind laut geworden, daß man eine neue Regierung erwartet. Ein Großteil der Bevölkerung begrüßt und billigt die neuen Maßnahmen der Regierung; auch in den LPG's ist die Stimmung gut bis auf wenige ängstliche Mitglieder, die sich mit dem Gedanken tragen, zur individuellen Bewirtschaftung überzugehen.

Der Klassengegner trat in keinem Fall konzentriert in Erscheinung, jedoch hat er dadurch sein bisher versteckt gehaltenes Gesicht gezeigt. Es liegen keinerlei Hinweise oder Anzeichen vor, daß außer im VEB Wolfram-Zinnerz in nächster Zeit Unruhen zu erwarten sind.

Die Arbeit mit der Agentur war ungenügend, da oftmals die Konspirativität bei Treffs auf dem Spiele stand. Bei stattgefundenen Treffs wurden keine Hinweise auf feindliche Tätigkeit gegeben. Es zeigte sich, daß die Agentur quantitativ und qualitativ ungenügend ist.

Kreis Brand-Erbisdorf

Zu Demonstrationen, Unruhen und Arbeitsniederlegungen ist es im Kreis Brand-Erbisdorf nicht gekommen. Bei den in Brand-Erbisdorf beschäftigten Bauarbeitern der Bau-Union Dresden entstan-

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl 1-74

Blatt 6

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000007

den negative Diskussionen betr. Fahrgeldrückerstattung und Normenerhöhung. Infolge Einsatzes von Agitationsgruppen wurden die entstandenen Unstimmigkeiten sofort wieder beigelegt. Beachtenswert ist, daß der Streik der Bauarbeiter vom gleichen Betrieb, welcher in Freiberg ausgebrochen war, nicht auf den Nachbarkreis Brand-Erbisdorf übergegriffen hat.

Die im Republikaßstab provozierten Zwischenfälle, welche zur Verhängung des Ausnahmezustandes führten, hatten zur Folge, daß Unruhe unter der Bevölkerung entstand. Allgemein wünscht man, daß dieser Zustand durch normale Verhältnisse abgelöst wird.

Stimmungen von Gegnern wurden in der Landwirtschaft laut, indem die Äußerung von einzelnen Großbauern, wie "Laßt die Bauern raus und sperrt die anderen ein!" oder "Der Nazismus war doch das Richtige!", getan wurde. Diese Äußerungen wurden in der durchgeführten Gemeindevertretersitzung in Sayda laut.

Die Arbeit mit der Agentur unter den LPG-Bauern war mit Schwierigkeiten verbunden, da die Treffs infolge des Ausnahmezustandes auf den Tag verlegt werden mußten, aber zu gleicher Zeit die Heuernte lief.

Kreis Flöha

Hier herrschte allgemeine Ruhe und es ist zu keinerlei nennenswerten Zwischenfällen oder Ausschreitungen gekommen, lediglich einige Großbauern glaubten, Boden unter die Füße erhalten zu haben und benahmen sich provozierend. So äußerte der Großbauer [REDACTED] aus [REDACTED] in angetrunkenem Zustand zum Bürgermeister, daß er der Erste sei, der Wiedergutmachungsarbeiten verrichten müsse.

Der LPG-Buchhalter aus Gahlenz wurde von unbekannter Person angerufen und aufgefordert, schnellstens zu verschwinden.

Dem Meisterbauer [REDACTED] aus [REDACTED] ging eine anonyme Karte zu, nach der er gelyncht werden sollte. Teilweise ist unter den Genossenschaftsbauern die Stimmung, daß bei Rückkehr der Großbauern die LPG liquidiert werden müsse.

In der Industrie, im Bank- und Finanzwesen sowie in Handel und Versorgung sind die Arbeiten planmäßig und diszipliniert weitergelaufen.

Im VEB Baumwollspinnerei Hohenfichte entstanden größere Unstimmigkeiten, da man dort im Betriebs-Ho weder Butter noch Margarine zu kaufen erhielt, wohingegen die HO Wismut im Nachbarort größere Mengen Butter frei verkauft.

Die Stimmung im allgemeinen ist zufriedenstellend. Anhaltspunkte für noch zu erwartende Aktionen sind nicht vorhanden.

Die Agenturarbeit war ungenügend, da sich Schwierigkeiten in der Treffdurchführung ergaben.

Kreis Freiberg

Im Kreis Freiberg kam es bis auf den Streik der Bau-Union und anderen kleinen Vorkommnissen nicht zu weiteren Ausschreitungen.

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl 1-74

Blatt 7

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BSTU

000008

Auf der Baustelle des VEB Zinkhütte PAMA legten die dort beschäftigten Bauarbeiter der Bau-Union Dresden am 18.6.53 9.00 Uhr die Arbeit nieder. Die örtlichen Ursachen waren, daß die Betriebsleitung der Bau-Union Dresden einen organisierten Plan zur Steigerung der Arbeitsproduktivität ausgearbeitet hatte. Die Bauarbeiter, die von sich heraus eine Versammlung anberaumten, bezogen sich während dieser auf die letzten Ereignisse innerhalb der DDR.

Es wurden von ihnen folgende Forderungen gestellt:

1. Reallohn an Preise angleichen,
2. Richtige Einstufung in die Ortsklasse,
3. Abschaffung des Normensystems und Einführung des Stunden- und Akkordlohnes,
4. Regierung soll abdanken, Neuwahlen sollen durchgeführt werden,
5. Aufhebung des Ausnahmezustandes,
6. Bezahlung des Arbeitsausfalles während dem Streik.

Von der Versammlung wurde eine Streikleitung gewählt, in der besonders feindliche Elemente verankert waren. Diese hetzten gegen die DDR. Hier muß erwähnt werden, daß vonseiten der Betriebsleitung der Bau-Union Dresden für die Arbeiter schlechte soziale Voraussetzungen geschaffen waren, indem diese für eine Barackenunterkunft ohne Licht, Wasser und Abortanlagen monatlich ca. DM 50.-- Miete zahlen mußten. Der Streik dauerte bis zum 18.6.53 13.00 Uhr an, wobei aber nur ein Teil der Belegschaft die Arbeit aufnahm. Der Rest der Streikenden nahm die Arbeit erst am 21.6.53 wieder auf. Insgesamt waren an dem Streik 1.300 Personen beteiligt. Da innerhalb der Streikleitung sehr negative Elemente verankert waren, die die Arbeiter aufputschten, mußten 9 Provokateure in Haft genommen werden. Insgesamt beträgt die ausgefallene Arbeitszeit für die 1.300 Beteiligten 8 Stunden. Es ist zu bemerken, daß trotz allem eine reibungslose Entladung der ankommenden Waggons gewährleistet war, da sich Einsatzgruppen der Bleierzgruben und der Wismut-Parteischule sofort zur Verfügung stellten.

An verschiedenen Orten waren Fälle von antidemokratischen Schmierereien, Anbringung von Hetzplakaten und Zustellen von anonymen Drohbriefen zu verzeichnen.

Am 17.6. erhielt die Sachbearbeiterin beim Kreisrat Freiberg, [redacted], einen anonymen Drohbrief, daß sie in Kürze ausgeräuchert würde. Ähnlich lauteten auch die Briefe an den Schulleiter [redacted] und die Gen. [redacted], Wohnungswesen, wohnhaft in [redacted].

In der Nacht vom 16. zum 17.6. wurden an der Finanzschule und in einem HO-Geschäft in Siebenlehn antidemokratische Schmierereien angebracht.

Am 18.6., 7.00 Uhr, wurden in Oberschöna zwei handgeschriebene Hetzplakate aufgefunden. Die Hetzplakate forderten die Arbeiter zum Streik auf. Wörtlich stand geschrieben: "Streikt wie Eure Kameraden aus Berlin Stalinallee, Heringsdorf, Bergmann-Borsig. Zeigt den Ausbeutern, daß Ihr nicht in diesem Terrorsystem leben wollt. Fordert freie und geheime Wahlen für ganz Deutschland. Hinaus mit den Russen, Absetzung der Regierung, Neuwahl!"

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000009

In der Nacht zum 18.6. wurde in Bieberstein eine Erfassungstafel zerschlagen und in Obergruna antidemokratische Losungen mit dem Wortlaut "SED verschwinde, es lebe die Revolution" angebracht.

Am 18.6. wurde in Hilbersdorf Kr. Freiberg von unbekannten Tätern von der Schule die schwarz-rot-goldene Fahne entfernt. Am selben Tage wurden in Niederbobritzsch am Spritzenhaus die Worte "Heraus zum Massenstreik" angeschrieben.

Der in [REDACTED] wohnhafte [REDACTED], der aus der SED ausgeschlossen worden ist, sagte in provokatorischer Art, daß er schwarze Listen fertig habe, wo die draufstehen, die an den Baum kommen, darunter der Bürgermeister [REDACTED] (SED) und [REDACTED] (ptl.)

Durch die reibungslose Weiterarbeit der Bleierz-Kumpels "Albert Funk" wurde vielen anderen Betrieben ein gutes Beispiel gegeben, so daß die Aktion der Bauarbeiter nicht weiter um sich griff. Es wurde bekannt, daß unter den Kumpels der Bleierzgruben die Meinung vertreten wird, daß sie erst nach Auszahlung der Bergmanns-Treueprämie in den Streik treten wollen. Die Prämie wird Anfang Juli zur Auszahlung gebracht.

Auf dem Gebiete der Landwirtschaft ist es zu ernstesten Ausschreitungen nicht gekommen. Nur am 17.6. wurde der Bürgermeister von Maundorf telefonisch auf die Gelder gerufen, wo er mehrere Bauern antraf, die ihm drohten, den Schädel einzuschlagen.

In Niederbobritzsch brachte am 20.6. der VdgB-Vorsitzende dem 2. Parteisekretär eine Forderung, bestehend aus Reduzierung der Erfassung, mehr Düngemittel und Verlängerung der Ablieferungstermine vor.

Die Bauern verhalten sich z.T. den Maßnahmen der Regierung gegenüber abwartend bzw. erwarten sie eine schnelle Realisierung der gefaßten Beschlüsse. Die Mittelbauern [REDACTED] und [REDACTED] diskutierten z.B. so: "Wenn die Regierung ihr Wort hält und die neuen Veränderungen bald verwirklicht, haben wir keine Einwände, aber erst wollen wir die Wirklichkeit sehen". Die beiden Bauern sind in [REDACTED] wohnhaft.

Ein Teil der Bauern in den LPG, wo Betriebe von Großbauern angeschlossen wurden, ist darüber beunruhigt, daß die Großbauern ihre Gehöfte wieder zurückerlangen sollen. Sie sind der Meinung, daß sie die Felder bestellt haben und nun der Großbauer kommen kann, um zu ernten.

Die Agenturarbeit wurde nur auf den Schwerpunkt der Bauarbeiter konzentriert und hat Erfolge gezeigt. Dafür wurden aber die übrigen Objekte des Kreises in bezug auf die Agentur vernachlässigt.

Kreis Glauchau

Am 17.6.53 wurde im IFA-Karosseriewerk Meerane, das eine Belegschaft von 350 Personen hat, die Arbeit für 4 Stunden niedergelegt. Der Grund dafür war die Einführung der alten Arbeitsnorm. Besonders traten dort als Sprecher und Organisatoren ein gew. [REDACTED] und [REDACTED], welcher gleichzeitig Angehöriger

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl 1-74

Blatt 9

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU 000010

einer religiösen Sekte ist, besonders hervor.

IM VEB Textilia Werk IV Glauchau, wo 500 Beschäftigte sind, legten am 17.6.53 30 Personen für eine Stunde die Arbeit nieder. Durch die Initiative der Werksleitung und der Partei wurde sofort in dieser Abteilung eine Versammlung einberufen und die zur Debatte stehenden 10%ige Normerhöhungen klargestellt. Auch hier traten 3 Personen besonders in den Vordergrund, die diese Abteilung aufhetzten und versuchten, für sich zu gewinnen. In der stattgefundenen Versammlung wurde die Angelegenheit restlos geklärt.

Am 20.6.53 wurde in der Abteilung Konfektion des VEB Textilia Werk IV Glauchau eine Unterschriftenliste herumgereicht mit der Überschrift "Wir fordern unsere alten Normen!" Die Vorbereitungen dieser Aktion wurde von der Arbeiterin [REDACTED] bereits am 19.6.53 getroffen. In diese Liste zeichneten sich 50 Frauen ein, bevor die Werksleitung und die BGL Kenntnis erlangten.

Am 20.6.53 trieb im Spinnstoffwerk Oberbobritzsch ein Arbeiter, namens [REDACTED], Hetze. Er trat öffentlich auf und erklärte, anstatt der Provokateure sollte lieber Nuschke erschossen werden.

Zu weiteren Arbeitsniederlegungen bzw. Vorkommnissen ist es in der Industrie nicht gekommen.

Innerhalb der Landwirtschaft ist zu verzeichnen, daß am 17.6.53 eine Bauerndelegation aus [REDACTED] beim Kreisgericht vorstellig wurde, um den dort inhaftierten Großbauern [REDACTED], der wegen Wirtschaftsvergehen zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, freizubekommen. Die Delegation bestand aus 13 Mittelbauern aus [REDACTED] unter Führung des VdgB-Vorsitzenden [REDACTED]. Durch operative Bearbeitung dieser Angelegenheit konnte der Initiator der Delegation als GI angeworben werden.

Am 15.6. wurde in der LPG Schönberg die Schwester der geflüchteten Begr. [REDACTED] vorstellig und argumentierte dort, daß ihre beiden Brüder zurückkommen, um das Gut wieder zu übernehmen.

Der Bauer [REDACTED] aus Uhlisdorf, dessen Betrieb ebenfalls devastiert ist, erschien in der LPG und machte Anzeichen, daß er den Betrieb selbst wieder übernehmen will.

Am 16.6.53 kam es in der Gemeindevertreter-Sitzung in Wolkenburg zu folgendem Zwischenfall. Der Vorsitzende der DSF [REDACTED] und ein gew. [REDACTED] kamen in angeheitertem Zustand in die Sitzung. Dort erklärten sie, daß sie mit dem stellv. Bürgermeister [REDACTED], der am selben Tage seiner Funktion enthoben wurde, abrechnen wollen. U.a. äußerten sie folgendes "Das nennt man freie Demokratie, so wird es hier gemacht und so ist es auch in der Regierung. Diese Lumpen sollten einmal Hunger leiden wie wir". Er machte dabei die Bewegung des Erschießens.

Anzeichen von zu erwartenden Vorkommnissen sind nicht vorhanden.

Kreis Hainichen

Bis auf ein Vorkommnis, wo Flugblätter verstreut wurden, waren im Kreisgebiet Hainichen keine wesentlichen Ausschreitungen zu verzeichnen. Nachdem in der Nacht vom 18. zum 19.6. Flugblätter

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl 1-74

Blatt 10

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000011

mit der Aufforderung zum Streik im Stadtgebiet gefunden wurden, sind gleiche Flugblätter auch am 19. früh im VEB IPA Framo-Werke Mainichen aufgetreten. Hierüber ist ein operativer Vorgang angelegt worden und in Bearbeitung.

Im Kreisgebiet haben bisher 6 Groß- und 1 Mittelbauer Antrag auf Rückerstattung ihres Betriebes gestellt. Dagegen hegen die Genossenschaftsbauern Bedenken, daß sie nunmehr nicht mehr die Unterstützung erhalten, wie es bisher gewesen ist. In zwei LPG haben je ein Mitglied den Austritt beantragt. Sie geben an, daß sie bei individueller Bewirtschaftung besser kommen als in der LPG. Anzeichen auf noch zu erwartende Aktionen sind nicht vorhanden.

Die Agenturarbeit ist sehr schlecht, zwar hatte vor den Ereignissen Verbindung bestanden, die aber ab 17. fast restlos abgerissen war und nur mit Schwierigkeiten aufgenommen werden konnte. Nur wenige GI sind ohne brauchbares Material zum Treff erschienen.

Kreis Hohenstein-Ernstthal

Zu ernststen Ausschreitungen ist es im Kreisgebiet nicht gekommen.

Am 16.6. nachmittags wurden im Möbelstoffwerk Hohenstein-E. Werk 2 Stimmen laut, am anderen Tage die Arbeit niederzulegen, wenn sich an der Norm nichts ändert. Die Arbeitsniederlegung kam nicht zur Durchführung.

Im Feinstrumpfwerk "Sachsenring" Werk Bernsdorf, fand am 17.6. eine kurze Arbeitsniederlegung statt. Das Werk beschäftigt 200 Arbeiter, davon waren 30 beteiligt. Man forderte, die Normen rückgängig zu machen. Hauptsprecher waren ein gew. [REDACTED] und [REDACTED]. Beide werden operativ bearbeitet.

Im Möbelstoffwerk III Hohenstein-Ernstthal kam es am 18.6. von 6 - 7,15 Uhr gleichfalls zu einer Arbeitsniederlegung wegen Normerhöhung, woran 45 Arbeiter teilnahmen. Die Gesamtbelegschaft beträgt 400 Beschäftigte. Sie stellten die Forderung:

1. Aufklärung über die Normerhöhung
2. Aufklärung über die Verhängung des Ausnahmezustandes.

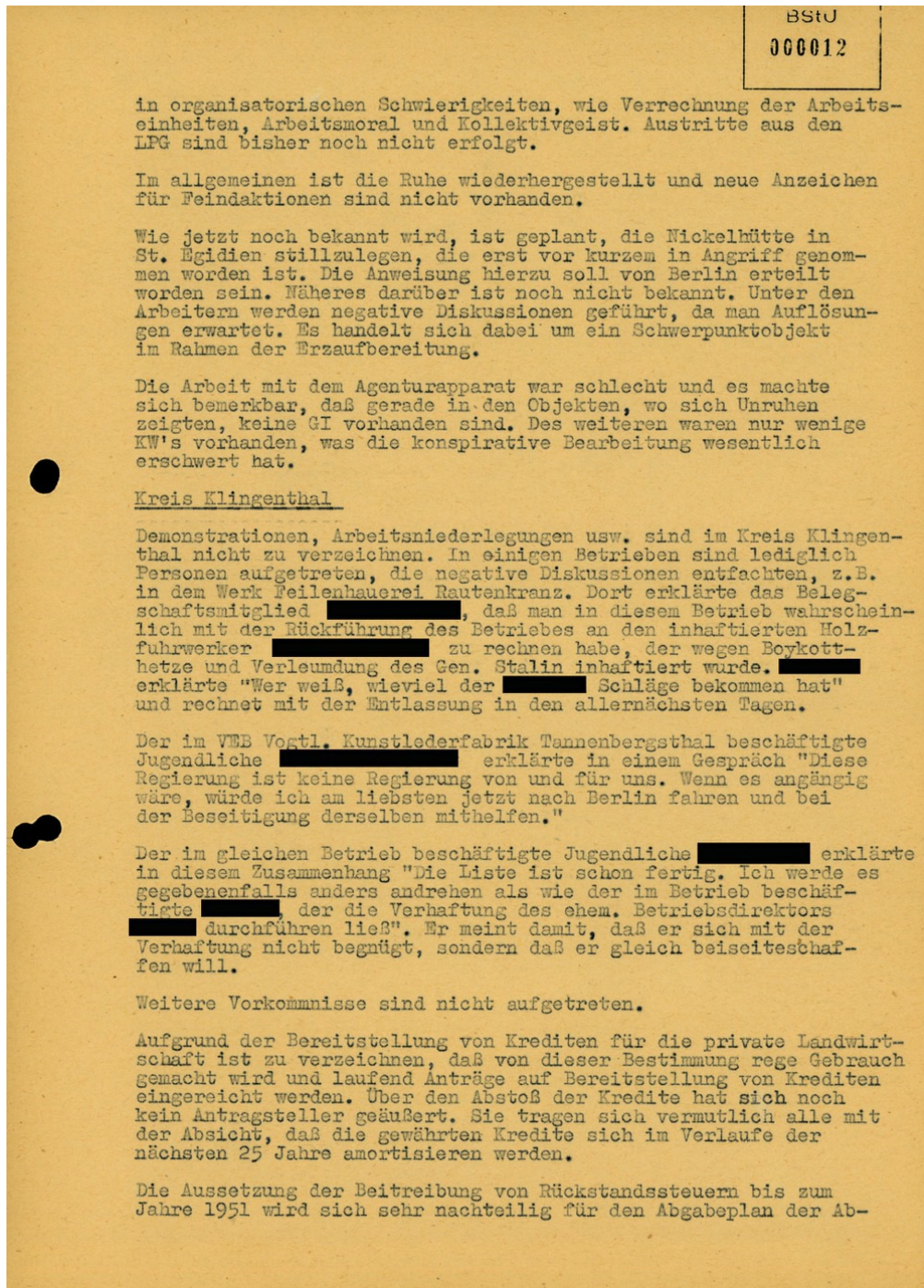
Dabei entstand ein größerer Tumult, der durch undiszipliniertes Schreien einiger Kollegen verursacht wurde. Die Umsiedlerin [REDACTED] schrie in die Versammlung hinein "Beseitigt die Oder-Neiße-Linie, damit wir mehr zu essen haben". Nach Aufklärung durch den Werksleiter lief die Produktion reibungslos weiter. Die Hauptpersonen werden operativ bearbeitet. Dazu wurde Hilfsagentur gewonnen.

Im allgemeinen wurde festgestellt, daß es sich bei den vermutlichen Rädelsführern größtenteils um aus der Partei ausgeschlossene Personen handelt.

Auf dem Gebiet der Landwirtschaft, des Bank- und Finanzwesens sowie Handel und Versorgung ist es zu keinen Ausschreitungen gekommen. Es war in allen Objekten eine gute Arbeitsdisziplin vorhanden.

Die Mittelschichten der Bevölkerung verhalten sich abwartend und gehen nicht aus sich heraus, da sie den getroffenen Maßnahmen noch kein Vertrauen schenken. Die Festigkeit der 9 vorhandenen LPG ist sehr unterschiedlich. Die Ursachen liegen vorwiegend

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt



Signatur: BAArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl 1-74

Blatt 12

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU 000013

teilung Finanzen auswirken und es muß in überwiegenden Fällen auf Abschluß von Steuerzahlungsvereinbarungen hingezielt werden, um den Haushalt nicht zu belasten.

Im Kreis Klingenthal sind momentan große Schwierigkeiten in der Kartoffelbelieferung aufgetreten, so daß für den gesamten Kreis nur noch für kurze Zeit Vorräte da sind.

Die Meinung der arbeitenden Bevölkerung zu den Maßnahmen der Regierung kommt darin zum Ausdruck, daß sie entschieden gegen die Arbeitsniederlegung der letzten Ereignisse Stellung nimmt und die provokatorischen und verbrecherischen Handlungen mißbilligt.

Anzeichen über noch zu erwartende Aktionen sind nicht vorhanden.

Die Arbeit mit der Agentur zeigte sehr viele Mängel, da die Treffs infolge Fehlens von KW's größtenteils im Freien durchgeführt werden müssen. Dadurch sind die GI nicht zum Treff erschienen, weil sie sich fürchten, gesehen zu werden.

Kreis Marienberg

Im Kreis Marienberg hat es auf keiner Linie der Abt. III nennenswerte Ereignisse gegeben. Es ist alles in geordneten Bahnen verlaufen, nur im VEB IKA-Leuchtenbau, Lengefeld, waren zwei mit Kreide angeschriebene Hetzparolen zu verzeichnen.

Kreis Oelsnitz/Vogtl.

es

Im Kreis Oelsnitz ist/außer einer Festnahme wegen Boykotthetze zu keinen Ausschreitungen, Tötlichkeiten und anderen Vorkommnissen gekommen. Die Anordnung des Ministers C h w a l e k in bezug auf den geplanten Eisenbahnerstreik haben dort zu größerer Aufregung geführt, da die Meldung falsch weitergegeben wurde, was zur Ursache hatte, daß alle Bahnhöfe des Kreises von der KVP und unseren Freunden besetzt wurden.

IM VEB Strickerei und Konfektionswerke Oelsnitz war vor dem 17.6. die Tatsache vorhanden, daß sich viele Angestellte in die Produktion gemeldet haben, weil sie dort mehr Lohn erhalten. Sie nehmen auch jetzt noch eine abwartende Stellung ein und sagen, daß man der Regierung nichts mehr glauben kann. Erst müssen die neuen Maßnahmen durchgeführt werden, dann ist auch das Vertrauen wiederhergestellt. Die Produktion lief im allgemeinen planmäßig weiter und ist in der Erfüllung nicht gesunken.

Wegen Boykotthetze und Provokation wurde ein gewisser [REDACTED] aus dem Sektor der Landwirtschaft festgenommen.

Unstimmigkeit ist auch dort wegen Mangel an Zucker, Butter, Margarine, Öl und Schlachtfetten auf HO-Basis vorhanden.

In der Landwirtschaft macht sich bemerkbar, daß besonders die aus der Haft entlassenen Großbauern jetzt verstärkt Kredite beantragen. Da sich Oelsnitz im Bereich der 5 km - Schutzzone an der D-Linie befindet, wird dort hauptsächlich über Interzonenpässe gesprochen.

30% der dortigen Bevölkerung verhält sich den neuen Maßnahmen gegenüber abwartend und ist sehr skeptisch. Die Meinung ist so, daß man sagt, die Regierung wurde zu diesen Maßnahmen ge-

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl. 1-74

Blatt 13

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000014

zwungen und hat es nicht freiwillig getan und jetzt versucht man, die Menschen wieder zu beruhigen.

Die Lage in den LPG's gibt zu keinerlei Berunruhigung Anlaß.

In konzentrierter Form ist der Gegner dort nicht in Erscheinung getreten, auch sind keine weiteren Aktionen bekanntgeworden.

Die Arbeit mit der Agentur war ungenügend und bezog sich nur auf das Bringen von Stimmungsberichten. Bei zwei GI wurde festgestellt, daß sie durch den Ausnahmezustand ängstlich geworden waren und uns kein Material brachten.

Kreis Plauen

Im Kreis Plauen befinden sich die Großbetriebe Flomag, Zellwolle, Wema, Glühlampenwerk und der VEB Stahlbau. Dort bildeten sich einzelne Gruppen, die über Normerhöhung und HO-Preise diskutierten. Der Dienststellenleiter schickte seine Mitarbeiter in die betreffenden Werke, wo negative Diskussionen laut geworden waren, mit dem Auftrag, selbst mit den Stimmungsmachern zu sprechen und ihnen mit Verhaftung zu drohen. Dadurch war tatsächlich der Zustand zu verzeichnen, daß es nicht zu größeren Unruhen kam.

Es muß aber hierbei berücksichtigt werden, daß die Diskussionen im geheimen weitergeführt werden und nur aus Angst vor Verhaftung keine Ausschreitungen zustandekamen. Diese Linie kann nicht gebilligt werden, obwohl damit ein vorübergehender Erfolg erzielt worden ist. Der Dienststellenleiter, Gen. [REDACTED], ist an und für sich ein robuster Mensch und als solcher bekannt und hat trotz seiner Art schon gute Erfolge bei anderen Aktionen erzielt.

Zu konzentrierten Ausschreitungen ist es nicht gekommen, sondern alle angeführten Fälle waren Einzel- oder kleinere Gruppen-Erscheinungen.

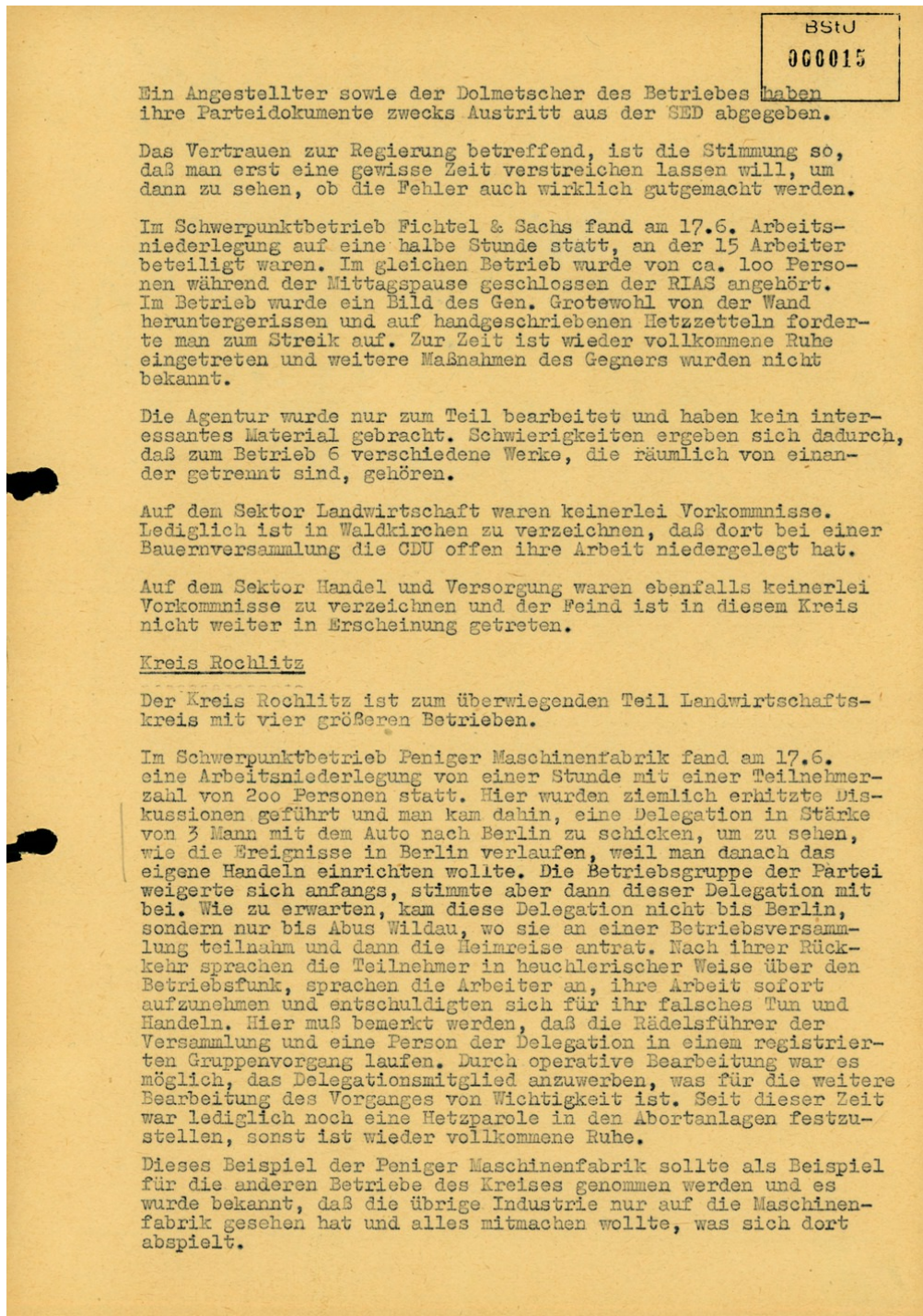
Die Arbeit der Agentur hat gezeigt, daß sie qualitativ und quantitativ zu wünschen übrig läßt.

Kreis Reichenbach

Im Schwerpunktbetrieb N e m a Netzschkau waren am 17.6. Anzeichen einer Demonstration vorhanden. Anlaß dazu war, daß der Werksleiter die Belegschaft zu Überstunden anhielt und die Arbeiter zur Erhöhung ihrer Norm veranlasst werden sollten. Dabei wurde ein Kollege von den Arbeitern tätlich angegriffen und in provozierender Form aufgefordert, selbst produktiv zu arbeiten. Die Belegschaft spendete dazu Beifall.

Trotzdem der Betrieb durch einen ständigen Mitarbeiter besetzt ist, kam es vor, daß am 23.6. um 15,30 Uhr in 3 Abteilungen des Werkes die sogenannten Gedenkminuten für die westberliner Trauerfeierlichkeiten durchgeführt wurden, was dem Sachbearbeiter selbst erst am 24.6. gegen 16.00 Uhr über die Kreisleitung der SED bekannt wurde. Dies zeigt, daß der Mitarbeiter eine vollkommene Gleichgültigkeit an den Tag legt und mit seinem Betrieb nicht, viel weniger noch mit seiner Agentur verbunden ist. Ähnliche Gleichgültigkeiten hat der Betriebsbearbeiter schon in der vergangenen Zeit bewiesen. Es handelt sich um den Ofw. [REDACTED].

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt



Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU 000016

Im VEB Wema Rochlitz fand am 18.6. eine Arbeitsniederlegung für eine Stunde statt, woran 270 Personen beteiligt waren, die aber sofort von der Partei wieder bereinigt wurde.

Wie schon angeführt, ist die Landwirtschaft in diesem Kreis überwiegend. Bei 5 LPG sind dieser Tage insgesamt 15 Austrittsge- wuche eingegangen, davon wird eine LPG mit 7 Austritten am stärk- sten betroffen. Bei 4 LPG sind ernste Erscheinungen bemerkbar, die sich mit der Auflösung befassen.

In einer Mitgliederversammlung der Partei in Schleißdorf bean- trachte ein gew. [REDACTED] seinen Austritt und gab folgende Begründung an: "Ich habe in der Partei nicht das gefunden, was ich suche. Ich glaubte, daß beim Zusammenschluß der KPD - SPD wirklich eine Arbeiterpartei zustande kommt. Die SED ist aber eine kommunistische Partei geworden."

Die Arbeit mit der Agentur war sehr ungenügend, da der Kreis über 2 MTS und 2 operative Mitarbeiter dafür verfügt. Die Agen- turarbeit wurde nur mit 2 GI's durchgeführt. Demzufolge sind auch keinerlei Erfolge auf dem Sektor Landwirtschaft zu ver- zeichnen.

Kreis Schwarzenberg

Am 15.6. ging im Eisenwerk Erlau bereits eine Arbeitsniederle- gung wegen Normerhöhungen voraus. Daran waren 20 Personen betei- ligt, die ihre Maschinen eine Stunde lang ausrückten.

Im VEB Mewa Sturmlaterne, Beierfeld, wurde von einem unbekannten Täter eine Normtafel beseitigt.

Am 24.6. fiel im Kraftwerk Schwarzenberg ein Transformator aus. Dadurch war die Stromversorgung im Kreis Schwarzenberg unterbro- chen. Der Ausfall dauerte ca. 2 Stunden, bis von den Außenbetrieben die Stromzufuhr zugeleitet wurde. Der Schaden beträgt ca. DM 10.000.- ohne die Kosten des Produktionsausfalles. Die Ursache ist vermutl. Blitzeinschlag, was die bereits laufende Untersuchung noch ergeben müßte.

Weitere Vorkommnisse im Kreisgebiet Schwarzenberg sind nicht zu verzeichnen. Bei den Arbeitern in den Betrieben ist eine allge- mein abwartende Haltung zu verspüren, indem man der Meinung ist, daß man die Normerhöhung erst anders durchsetzen wollte und jetzt in der Lage ist, sie ohne weiteres wieder fallen zu lassen.

Unter den werktätigen Bauern wird über die Zwangseintreibungen für auferlegte Strafen für Sollrückstände diskutiert. Sie sind der Meinung, daß die Beschlüsse der Regierung dahingehen, daß die aufgelegten Strafen erlassen bzw. die eingezogenen Strafen zurückgezahlt werden.

Innerhalb des Kreisgebietes ist keine konzentrierte Form des Klassengegners festgestellt worden. Anzeichen über zu erwar- tende Aktionen sind nicht zu verspüren..

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl. 1-74

Blatt 16

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU 000017

Die Arbeit mit den GI's war sehr schlecht, da die bestehenden zum größten Teil Genossen sind und nur Berichte in positiver Form brachten.

Kreis Stollberg

Im gesamten Kreisgebiet sind keinerlei Sonderaktionen zu verzeichnen. Die Arbeit lief normal und wurde ordnungsgemäß durchgeführt.

Konzentriert trat der Klassengegner nicht in Erscheinung.

Im Steinkohlenbergbau Karl-Liebknecht-Werk und Rudolf-Breitscheid-Schacht wurde folgendes festgestellt: In der Zeit vom 17.-23.6. wurden in 7 Fällen an Hunten, die aus dem Förderschacht kamen, Hetzparolen angeschrieben, die zum Streik aufforderten. Trotz sofortiger Gegenmaßnahmen konnte nicht festgestellt werden, aus welchem Revier die Hunte übertage gebracht wurden.

Es wurde bekannt, daß am Tag des Bergmannes am 5.7.53 die Kumpels des Steinkohlenreviers Oelsnitz/E. beabsichtigen, zu streiken, wenn eine ungerechte Prämienverteilung vorgenommen wird.

Am 22.6.53 äußerte ein Bergmann beim Kauf eines Anzuges in der HO Oelsnitz/E. folgendes: "Fräulein, ich sage es Ihnen im Vertrauen, warten Sie den Tag des Bergmannes ab, dann sprechen wir uns wieder, von wegen Aktivisten, "verdienter Bergmann" und der ganze Kult, ein armer Hund, der schon so nichts verdient, geht leer aus. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, daß einer DM 300.-- und der andere 1.600.-- DM verdient. Jeder hat nur zwei Hände zum arbeiten. Die mögen jedem etwas in die Hand drücken, dann ist manches abzuhalten. Sind das Zustände, wie jetzt ein Reviersteiger zu den Strafgefangenen gesagt hat, wenn er die 10% erhöhte Norm nicht schafft, gehts zurück ins Straflager Zwickau, da könnt Ihr dann etwas erleben! Man treibt es zu toll mit der Norm. Sie sollten bloß mal die Diskussionen der Kumpels hören. Die haben es satt bis obenran, das kommt zum Platzen!"

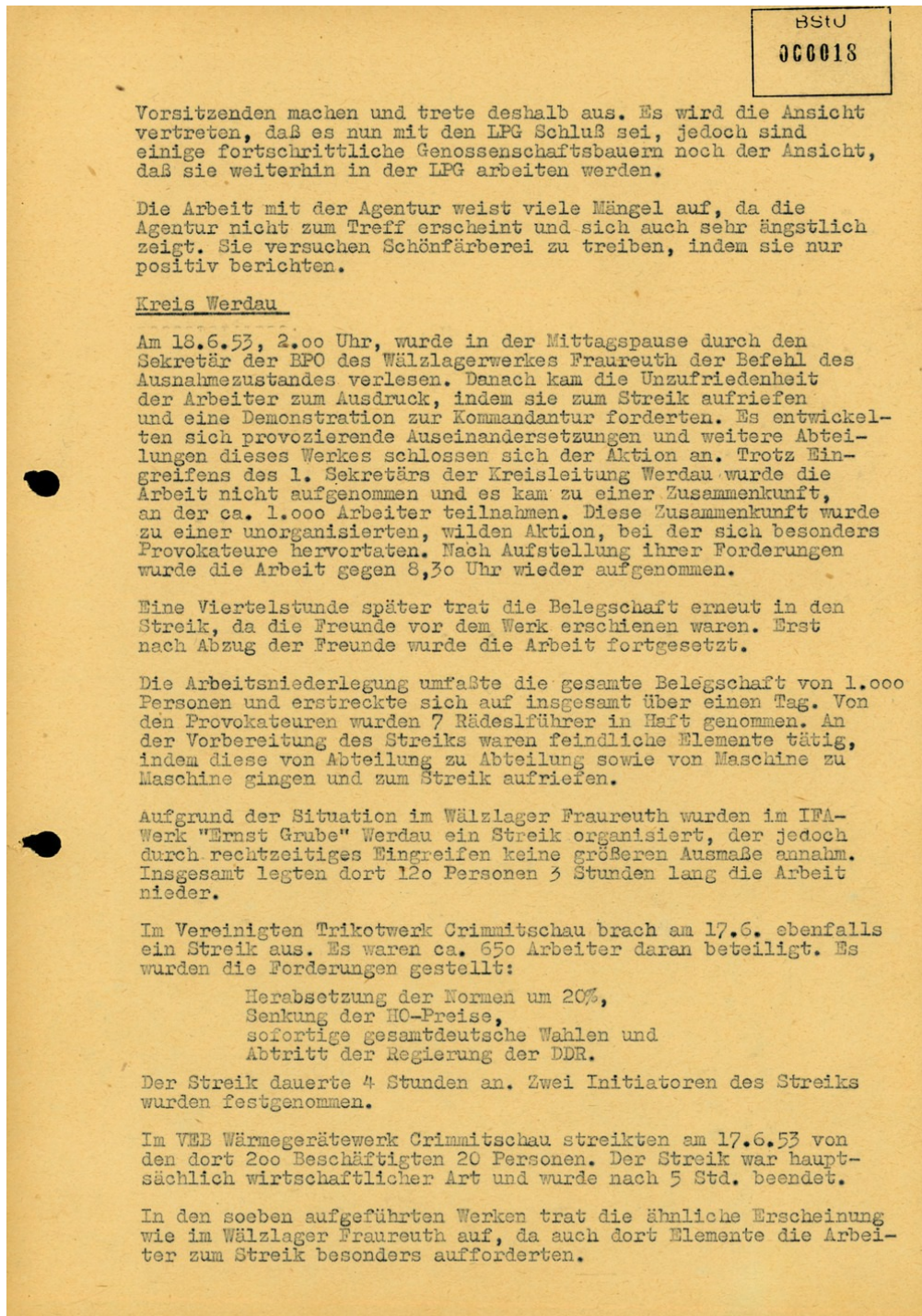
Des weiteren sagte der 23 Jahre alte Bergmann [REDACTED], beschäftigt auf Martin Hoop IV, wohnhaft in [REDACTED], in der Gaststätte "Walderholung" am 21.6. folgendes: "Bis jetzt warten wir noch ab, was da kommt. Der Stichtag ist der Tag des Bergmanns. Es brodeln überall. Freiwillige Normerhöhung ist alles Schwindel. Es ist alles ein "Muß" und das Faß ist bei allen voll". Die Frage, ob das nur seine eigene Meinung sei, beantwortete er mit "Nein", das sei alles organisiert. Viele Bergleute warten nur auf die Auszeichnung zum "Tag des Bergmanns". Wenn die wieder so ausfallen, von wegen, der eine kriegtalles in den Rachen geschmissen und mancher alter Kumpel, der schon sein Leben lang unten rumgewühlt hat, geht leer aus, dann ist's vorbei, da machen die Bergleute nicht mehr mit." Auf die Frage, ob diese Angelegenheit nur für Martin-Hoop-Schacht geplant sei, antwortete [REDACTED], daß sich dies auf alle Steinkohlenschächte bezieht und man auf die Normer eine Wut habe und sie die Ersten seien, die dran glauben müßten.

Innerhalb der Landwirtschaft erklärten die Genossenschaftsbauern [REDACTED] (DBD), [REDACTED] (DBD) und [REDACTED] von der LPG Jahnsdorf am 17.6.53 ihren Austritt. Der LPG-Vorsitzende [REDACTED] erklärte hierbei, er könne nicht mehr den LPG-

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl 1-74

Blatt 17

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt



Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl 1-74

Blatt 18

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BSTU
000019

Im landwirtschaftlichen Sektor des Kreises kam es zu keinen Ausschreitungen. In der LPG "Roter Stern" Falkenhain-Rußdorf, wurden durch ein LPG-Mitglied die einzelnen Mitglieder aufgesucht zwecks Unterschriftensammlung zum Austritt aus der LPG. Wie sich herausstellte, war diese Person vorher von den anderen Mitgliedern der LPG erst damit beauftragt worden und nahm lediglich nur noch die Formalitäten vor. Bisher sind zwei Austritte aus der LPG zu verzeichnen, welche jedoch keinen ernststen Charakter der Zersetzung der LPG tragen.

Die Zusammenarbeit mit der Agentur, besonders im IFA-Werk "Ernst Grube", war durch die laufende Verbindung sehr gut. Durch die konzentrierten Arbeitsniederlegungen wurden im verstärkten Maße neue GI mit Schweigeverpflichtungen angeworben.

Kreis Zschopau

Bereits am 13.6.53 legten 130 Personen des VEB Buntsockenwerkes Großolbersdorf, Zweigwerk Krumhermersdorf, die Arbeit nieder. Die Arbeitsniederlegung bezog sich auf die Normenerhöhungen. Nach durchgeführten Betriebsversammlung wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Die Urheber der Mißstimmung wurden festgestellt und werden operativ bearbeitet.

Weitere Streiks und Demonstrationen sind nicht zu verzeichnen.

Im VEB NAGEMA Scharfenstein waren einige Hetzparolen angebracht, die zum Streik aufforderten.

Die Bevölkerung ist allgemein noch sehr zurückhaltend. Sie erwartet noch weitere Maßnahmen von der Regierung, z.B. Preissenkung in der HO. Aus der Schicht der techn. Intelligenz wurde folgende Meinung laut, daß es keinesfalls möglich sein könnte, daß die Reparationslieferungen herabgesetzt worden wären, da die meisten Großbetriebe mit Reparationsaufträgen kapazitätsmäßig so ausgelastet wären, daß keine zivile Produktion möglich ist. Es wurde der Standpunkt vertreten, daß die Reparationslieferungen herabgesetzt werden müßten. Erst dann könnte das deutsche Volk seinen Lebensstandard verbessern.

Die werktätige Bevölkerung vertritt den Standpunkt, daß der Unterschied, der zwischen Arbeitern und Intelligenz besteht, nicht gerecht ist. Die errichteten Verkaufsstellen für die Intelligenz werden allgemein abgelehnt.

Die Auswirkung der Ereignisse hat im Kreisgebiet hinterlassen, daß das Vertrauen der breiten Masse zur Regierung erheblich geschwächt ist. Zu bemerken ist, daß die Bevölkerung mehr Vertrauen auf unsere Freunde setzt. Das kommt darin zum Ausdruck, daß geäußert wurde: "Wenn die Besatzungsmacht nicht da wäre, hätten die Ausschreitungen eine viel größere Form angenommen".

Kreis Zwickau

Im gesamten Kreisgebiet Zwickau sind keine Streiks, Demonstrationen oder Arbeitsniederlegungen in der Industrie sowie in der Landwirtschaft zutage getreten. Lediglich im VEB IFA-HORCH sowie im VEB Karl-Marx-Werk kam es zu vereinzelt Ankleben von Plakaten und Beschmieren von Hunden.

Im Werk HORCH wurden am 18.6. zwei Zettel an der Tür der Abt.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000020

Rahmenbau vorgefunden, womit die Belegschaft zu einem halbstündigen Sitzstreik aufgefordert wurde. Am 19.6. wurde in demselben Werk an der Tür der Klosettanlage eine Hetzparole mit dem Inhalt "Grotewohl und Ulbricht müssen verschwinden und die anderen" angeschrieben.

Am 19.6.53 wurden im Karl-Marx-Werk mehrere Hunte mit feindlichen Parolen und Hakenkreuzen bemalt. Im Martin-Hoop-Schacht III wurde am 20.6. auf einen Aushang der Sportgemeinschaft ein Streifen aufgeklebt, der die Worte "Führt den Streik siegreich zu Ende" aufwies. Im selben Schacht wurden auf einem zum Aushang gebrachten Extrablatt der "Freien Presse" "Alles Lügen" geschrieben.

Auf Martin-Hoop-Schacht IV wurde am 20.6. das Bildnis des Gen. Stalin mit Staufferfett beschmiert.

Am 18.6. wurde auf dem Fußboden der Volltuchfabrik, Rödelbachtal' in Saupersdorf eingroßes Hakenkreuz aufgemalt.

Der Parteisekretär des Zellstoffwerkes Crossen erhielt einen gefälschten Brief des ZK zugesandt.

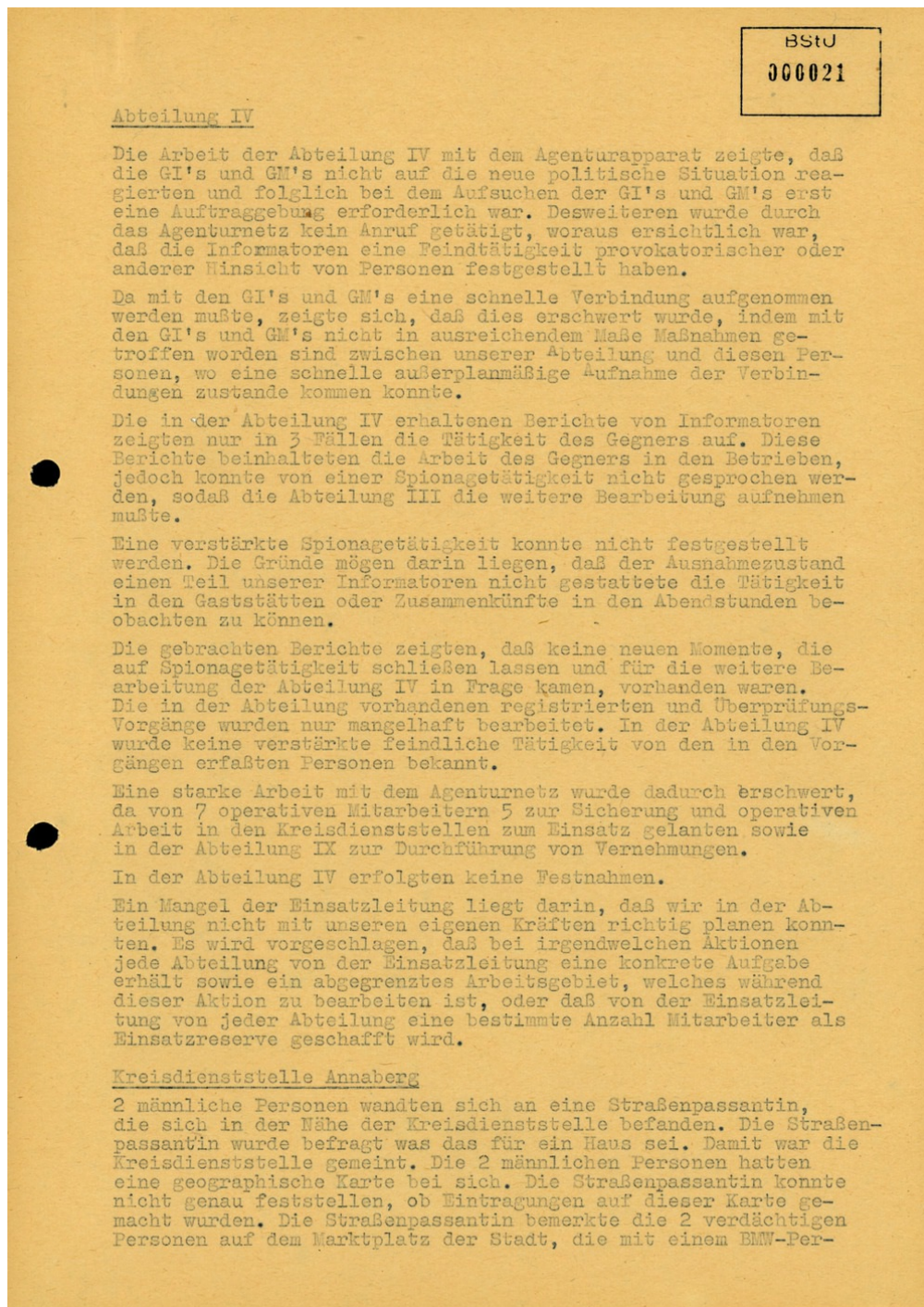
Zur Zeit läßt die bestehende Lage und die Arbeitsmoral der Werktätigen keinerlei Erscheinungen auf Streikbewegungen und Arbeitsniederlegungen feststellen.

Über die Zusammenarbeit mit der Agentur kann man berichten, daß diese gut war, aber trotzdem noch Mängel in Erscheinung treten, und zwar dergestalt, daß die Sachbearbeiter in ihrem Agenturapparat sehr viele Genossen haben und es bisher unterließen, sich Agenturen unter ehemaligen Faschisten und Offizieren zu schaffen, um damit die wahre Stimmung unter der Bevölkerung zu ergründen.

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl. 1-74

Blatt 20

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt



Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl 1-74

Blatt 21

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU 000022

sonenkraftwagen anwesend waren.
Die eingeleiteten Maßnahmen der Dienststelle führten zu keinem Erfolg, da der Personenkraftwagen bereits weggefahren und das Kennzeichen unbekannt war.

Im VFKA Annaberg - Abteilung PM - Interzonenwesen - machte sich eine starke Nachfrage nach IP nach Westdeutschland bemerkbar.

Kreisdienststelle Aue

Lt. GM-Berichten soll die Hauptperson im Vorgang "██████" gearbeitet haben. U.a. will er Flugblätter in die Fa. Kurt Bauer und in die Fa. Blema, Aue, eingeschmuggelt haben. Er soll auch mit noch anderen Personen in Verbindung stehen und am kommenden Sonnabend (Zeit noch unbekannt) soll eine neue Sache gestartet werden. Am 24.6.53 will die Person zu unserem GM Flugblätter bringen, die in der Blema in Aue verteilt werden sollen. Die Wohnung des GM wird beobachtet, um die Angaben überprüfen zu können.

Kreisdienststelle Auerbach

In der Kreisdienststelle Auerbach konnten keine Feststellungen auf der Linie der Abteilung IV gemacht werden.

Kreisdienststelle Brand-Erbisdorf

Zur Anmeldung im Kreisgebiet kamen während des Einsatzes folgende Personen:

██████, ██████, geb.am ██████ 1911 in ██████, wohnhaft ██████, Beruf: Zeitungsverkäufer, privater Zeitungstand

und G a s e, Ida, geb.am 30.7.1907, Beruf: Hausangestellte bei Angehörigen der französischen Besatzungsmacht, wohnhaft gewesen ██████, ██████

Kreisdienststelle Flöha

In der Kreisdienststelle Flöha konnten keine Feststellungen auf der Linie der Abteilung IV gemacht werden.

Kreisdienststelle Freiberg

In der Kreisdienststelle Freiberg konnten keine Feststellungen auf der Linie der Abteilung IV gemacht werden.

Kreisdienststelle Glauchau

In der Kreisdienststelle Glauchau konnten ebenfalls keine Feststellungen auf der Linie der Abteilung IV gemacht werden.

Kreisdienststelle Hainichen

In der Kreisdienststelle Hainichen wurde ebenfalls auf der Linie der Abteilung IV nichts bekannt.

Kreisdienststelle Hohenstein-Ernstthal

Konnten ebenfalls keine Feststellungen auf der Linie der Abteilung IV gemacht werden.

Kreisdienststelle Klingenthal

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl. 1-74

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

Wurden ebenfalls keine Feststellungen auf der Linie der Abteilung IV gemacht.

Abt. StU
300023

Kreisdienststelle Marienberg

In dem Überprüfungsvorgang war eine Person [REDACTED], die im Verdacht des illegalen Funkens steht. Am 18.6.53 wurde der daran angesetzte GM getroffen. Der Ort wurde von dem Informator selbst vorgeschlagen. Am Mittwoch, den 17.6.53 erhielt eine Funktionärin unserer Partei, wohnhaft in Olbernhau, einen Anruf, welcher anonym war und sie aufgefordert wurde, an dem Treffpunkt zu selbigen Tage zu erscheinen, den der GM selbst gewählt hatte. Es ist anzunehmen, daß der anonyme Anruf durch den GM erfolgte, um festzustellen, ob diese Funktionärin mit den Organen der Staatssicherheit Verbindung aufnimmt oder hat, da das Belastungsmaterial zur Anwerbung dieses GM's von der Funktionärin stammt, die den anonymen Anruf erhielt.

Kreisdienststelle Oelsnitz

Auf Grund von Provokationen wurde ein am 12.6.53 zurückgekehrter illegaler Grenzgänger am 21.6.53 festgenommen und der Abteilung IX übergeben.

Während des Einsatzes setzten sich 3 Personen nach Westdeutschland ab. Darunter ein Angehöriger der KVP. Die Bearbeitung des KVP-Angehörigen wurde an die Abteilung IX übergeben.

Kreisdienststelle Plauen

In der Kreisdienststelle Plauen konnten keine Feststellungen auf der Linie der Abteilung IV gemacht werden.

Kreisdienststelle Reichenbach

In der Kreisdienststelle Reichenbach konnten ebenfalls keine Feststellungen auf der Linie der Abteilung IV gemacht werden.

Kreisdienststelle Rochlitz

In der Kreisdienststelle Rochlitz wurde nichts auf der Linie der Abteilung IV bekannt.

Kreisdienststelle Schwarzenberg

Die Kreisdienststelle Schwarzenberg konnte auf der Linie der Abteilung IV keine Feststellungen machen.

Kreisdienststelle Stollberg

In dieser Dienststelle wurden ebenfalls keine Feststellungen auf der Linie der Abteilung IV gemacht.

Werdau Kreisdienststelle

In der Kreisdienststelle Werdau wurde auf der Linie der Abteilung IV nichts bekannt.

Kreisdienststelle Zwickau

In der Kreisdienststelle Zwickau wurde auf der Linie der Abteilung IV nichts bekannt.

Kreisdienststelle Zschopau

Auch in dieser Kreisdienststelle wurden keine Feststellungen auf der Linie der Abteilung IV gemacht.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU 000024

- Abteilung V -

Kreis Karl-Marx-Stadt

Referat A

Auf dem Sachgebiet des Referates A wurde in der Zeit vom 17. 6. 1953 bis 24. 6. 1953 mit zwei GI's auf der Linie SPD-Ostbüro laufend zusammengearbeitet. Festnahmen oder irgendwelche Hinweise auf feindliche Tätigkeit wurde auf Grund der in dieser Zeit durchgeführten Treffs nicht festgestellt.

Ein Fall ist bekannt geworden, und zwar hat das Mitglied der SED, früheres SPD-Mitglied, Kohlenhändler [REDACTED], [REDACTED] Kreis Karl-Marx-Stadt, gegenüber einer parteilosen Funktionärin der Nationalen Front geäußert: "Du bist einer der Ersten mit, die erschossen wird." Da [REDACTED] in einem Überprüfungsvorgang, betreffend Ostbüro-Anhänger bearbeitet wird, ist vorgesehen, [REDACTED] zu werben.

Referat B

In der Zeit vom 16. bis 24. 6. 1953 wurden mit dem GI Gerhard Treffs durchgeführt und zwar mit dem Ziel die Gruppe aufzuklären, die ein gewisser [REDACTED] bearbeitet. [REDACTED] ist uns dadurch bekannt, daß er innerhalb der DDR Briefe verbreitet, die zum Widerstand gegen unsere Gesellschaftsordnung aufrufen. Es wurde festgestellt, daß die Gruppe um [REDACTED] verstärkt in dieser Zeit Rias-Parolen verbreitete, aber zu weiteren Aktionen nicht überging.

Teilnahme von Personen aus militaristisch faschistischen Kreisen an irgendwelchen Provokationen, Streikleitung usw. wurde nicht festgestellt.

Referat C

Die GI's auf der Linie des Referates C arbeiteten wie folgt:

GI Georg wurde in Mittweida eingesetzt und arbeitet während der Aktion X an dem KGU-Schwerpunkt Burgstädt - Claußnitz (betr. Vorgang "[REDACTED]").

Der GI "Lässig" arbeitet an der technischen Lehranstalt Karl-Marx-Stadt. Er hat in seinem Semester festgestellt, daß zwei Studenten [REDACTED] und [REDACTED], zum Streik aufwiegeln und versuchen wirtschaftliche Belange der Studenten mit politischen Forderungen zu verbinden. Uns ist bekannt, durch die Verhaftung eines Agenten aus diesem Semester, daß dort eine Widerstandsgruppe besteht. An der Aufklärung dieser Gruppe wird ständig weitergearbeitet. Es handelt sich wahrscheinlich um eine Verbindung zur sogenannten Agentenzentrale "Kulturelle Hilfe".

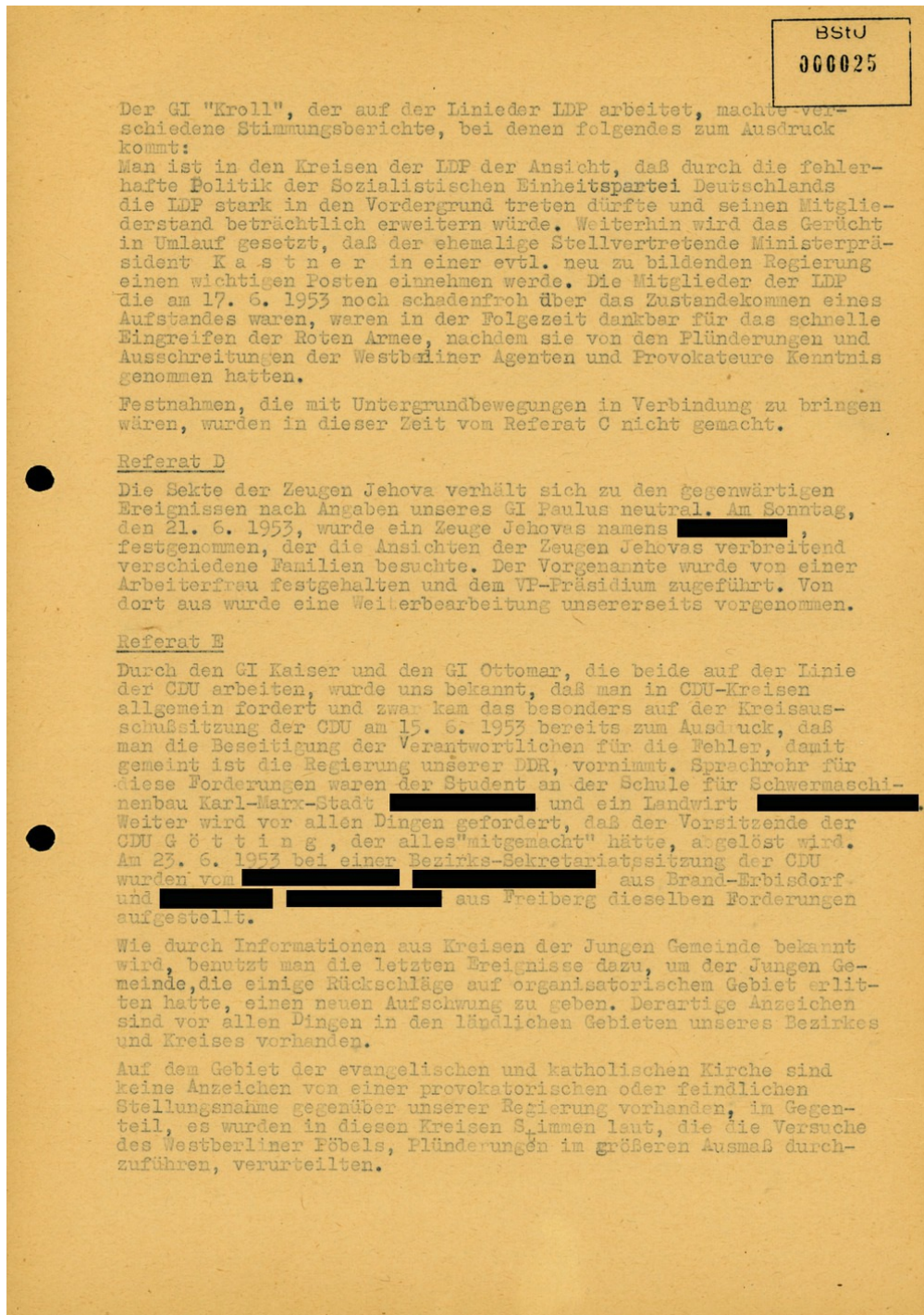
Der GI "Fuchs" ist seit dem 22. 6. 1953 im Schwerpunktgebiet Freiberg eingesetzt, und arbeitet dort an der vorhandenen Widerstandsgruppe mit dem Ziel, aufzuklären welche Personen für die laufenden Flugblattverbreitungen verantwortlich sind. Diesbezügliche Treffs werden in Karl-Marx-Stadt durchgeführt. Operative Maßnahmen werden mit Zusammenwirken mit der Dienststelle Freiberg durchgeführt.

Der GI Eva bringt allgemeine Stimmungsberichte aus reaktionären Kreisen, insbesondere Fabrikanten und Geschäftskreisen.

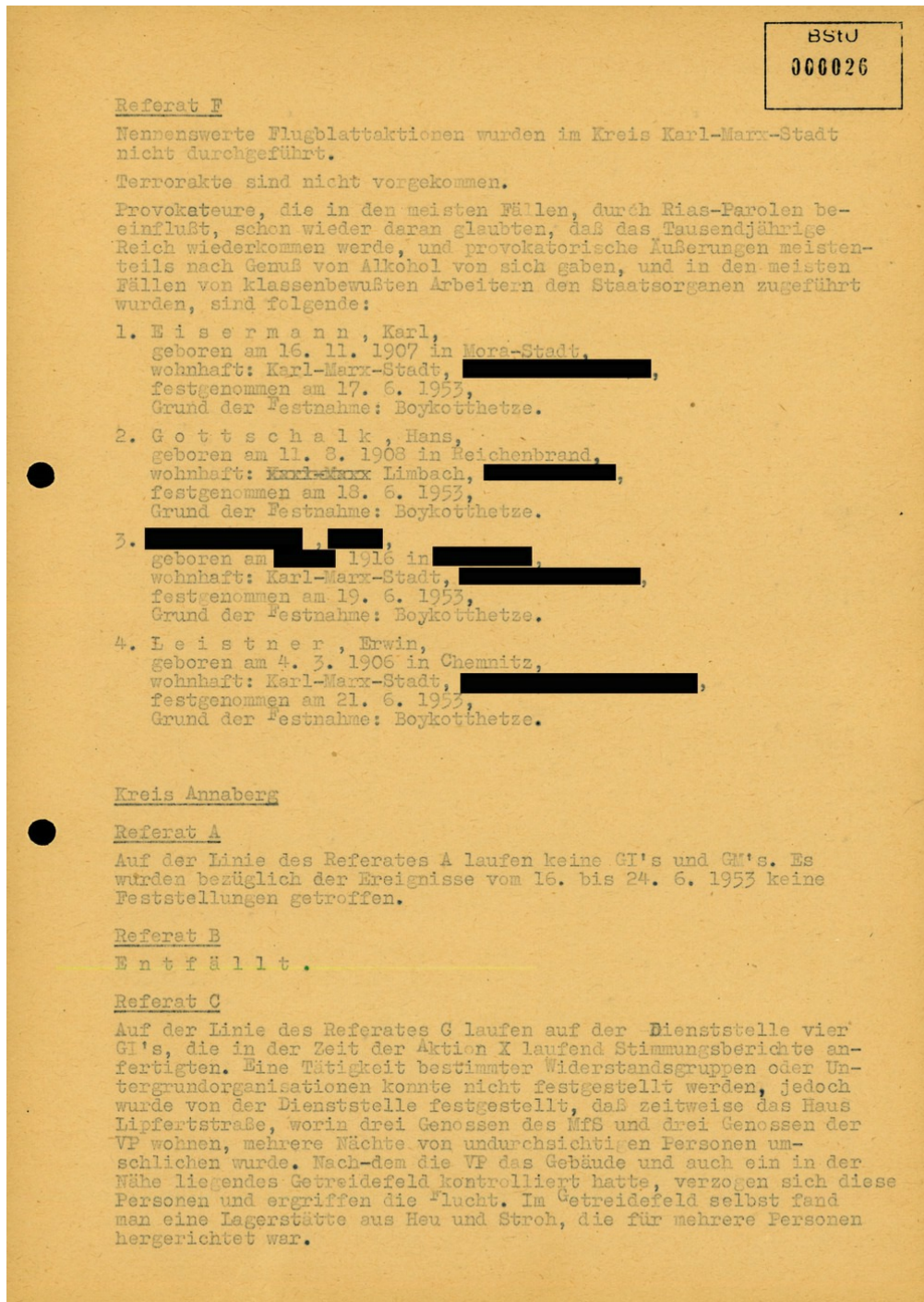
Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl 1-74

Blatt 24

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt



Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt



Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl. 1-74

Blatt 26

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU 000027

Referat D
Von offizieller Seite ist bekannt geworden, daß in den Mitgliedern der Sekte Zeugen Jehova das Gerücht in Umlauf gesetzt wird, im August 1953 würde ein neuer Krieg ausbrechen und die Zeit für die Anhänger Jehovas wäre dann gekommen.

Referat E
Von offizieller Seite wurde bekannt, daß der Stadtrat von Annaberg-Buchholz, Mitglied der ODU, G e r l a c h, sowie der Kreisrat S e i d e l, ebenfalls Mitglied der ODU, folgendermaßen geäußert haben:
Es muß nun eigentlich eine Regierungsumbildung erfolgen, die kleinen Angestellten hat man bestraft, aber den großen tut man nichts.
Der katholische Pfarrer J o c h aus Annaberg erkannte die Ver-
ordnung des Stadtkommandanten über die Verhängung des Ausnahmezustandes nicht an und war der Meinung, daß man Ausnahmezustand auf kirchliche Veranstaltungen nicht anwenden könne.
Während der Ereignisse machte sich eine besondere Aktivität innerhalb der Kirchen und der Jungen Gemeinde nicht bemerkbar.

Referat F
Terrorakte gegenüber Funktionären der Partei und anderer Massenorganisationen wurden nicht durchgeführt.
In der Stadt Annaberg-Buchholz wurde ein Werbeplakat des Stadttheaters Annaberg mit einer Hetzparole folgenden Inhalts überschrieben:
Gebt uns Jugendlichen endlich Arbeit, sonst schlagen auch wir los.
Des weiteren wurde dem Partei Sekretar aus Crottendorf Kreis Annaberg, Genossen [REDACTED], ein anonymes Brief überreicht, der folgenden Wortlaut hatte:
Wir fordern Halbmaß für die von den Sowjets erschossenen Arbeiter. Deutsche Arbeiter pfui. Schafft Butter oder die Nächsten seid Ihr.
Festnahmen von Provokateuren sind nicht erfolgt.

Kreis Aue

Referat A
Die mit den GI's und GM's auf dieser Linie durchgeführten Treffs erbrachten keine Hinweise einer feindlich provokatorischen Tätigkeit von Personen, die unter dieses Referat fallen.

Referat B
Dasselbe wie oben.

Referat C
Von GI's und GM's, die auf dieser Linie arbeiten, wurden außer Stimmungsberichten aus der Bevölkerung keine Wahrnehmungen gemacht über eine feindliche oder provokatorische Haltung diesbezüglicher Bevölkerungsteile.

Referat D
Die GI's und GM's auf dieser Linie stellten keine negativen Erscheinungen fest, sondern betonen allgemein eine neutrale Einstellung gegenüber den Ereignissen aus Sekten und Umsiedlerkreisen.

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl 1-74

Blatt 27

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU 000028

Referat E

Es wurden keine Provokationen seitens der Kirche und Jungen Gemeinde festgestellt, im Gegenteil, Pfarrer, die allgemein wegen ihrer sonstigen üblichen negativen Einstellung bekannt waren, hielten sich in diesen Tagen streng neutral.

Referat F

Am 17. 6. 1953 wurden an vier verschiedenen Stellen in der Stadtmitte Hetzparolen mit Kreide angebracht mit der Parole "Nieder mit der SED". Gegen 0.35 Uhr wurden weitere 35 Kreideaufschriften und 13 Zettel 21 x 13 mit derselben Losung innerhalb des Stadtgebietes Aue vorgefunden. Ebenfalls am 17. 6. 1953 5.30 Uhr wurden auf der Bahnhofstraße zwischen Föckau und Blauenthal 350 Flugblätter der sogenannten Puma-Widerstandsbewegung gefunden, die einen provokatorisch feindlichen Inhalt gegen unsere Regierung und Gesellschaftsordnung beinhalteten. Weiterhin wurden die Verhältnisse im Wismut-Bergbau bekritisiert und gegen eine Verwendung des Uran-Erzes als Atomwaffe protestiert. Die Hetzprodukte wurden mit Vervielfältigungsapparat hergestellt. Als Täter kommen wahrscheinlich Wismut-Arbeiter, die um diese Zeit die Strecke fahren, infrage. Täter konnten nicht festgestellt werden. Provokateure und andere an feindlichen Handlungen beteiligte Personen wurden nicht festgenommen.

Dienststelle Auerbach

Referat A

Feindseligkeit auf diesem Referat war nicht zu verzeichnen.

Referat B

Es wurden keinerlei Provokationen in diesen Kreisen ausgeübt, lediglich wurde ein starker Gerüchteumlauf festgestellt, der sich in den meisten Fällen um unseren Präsidenten Wilhelm Pieck drehte, der angeblich in der Sowjetunion festgehalten würde, nach einer anderen Variante sich in Bad-Elster befinde und dort von sowjetischen Soldaten bewacht wird.

Referat C

Es wurde festgestellt, daß der [REDACTED], wohnhaft in [REDACTED], ein Schreiben mit Unterschrift "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit" erhielt, in dem er aufgefordert wurde, es sich ja nicht zu erlauben in eine Wohnung einzuziehen, die einem republikflüchtigen gehört hat. Maßnahmen zur Ermittlung des Täters wurden eingeleitet.

Referat D

Auf dem Gebiet der Sekten wurde allgemein bemerkt, daß eine Stellungnahme in negativer oder positiver Hinsicht nicht gegeben wurde.

Referat E

Auf der Linie der Kirchen wurde allgemeine Zurückhaltung gegenüber den eingetretenen Ereignissen bemerkt.

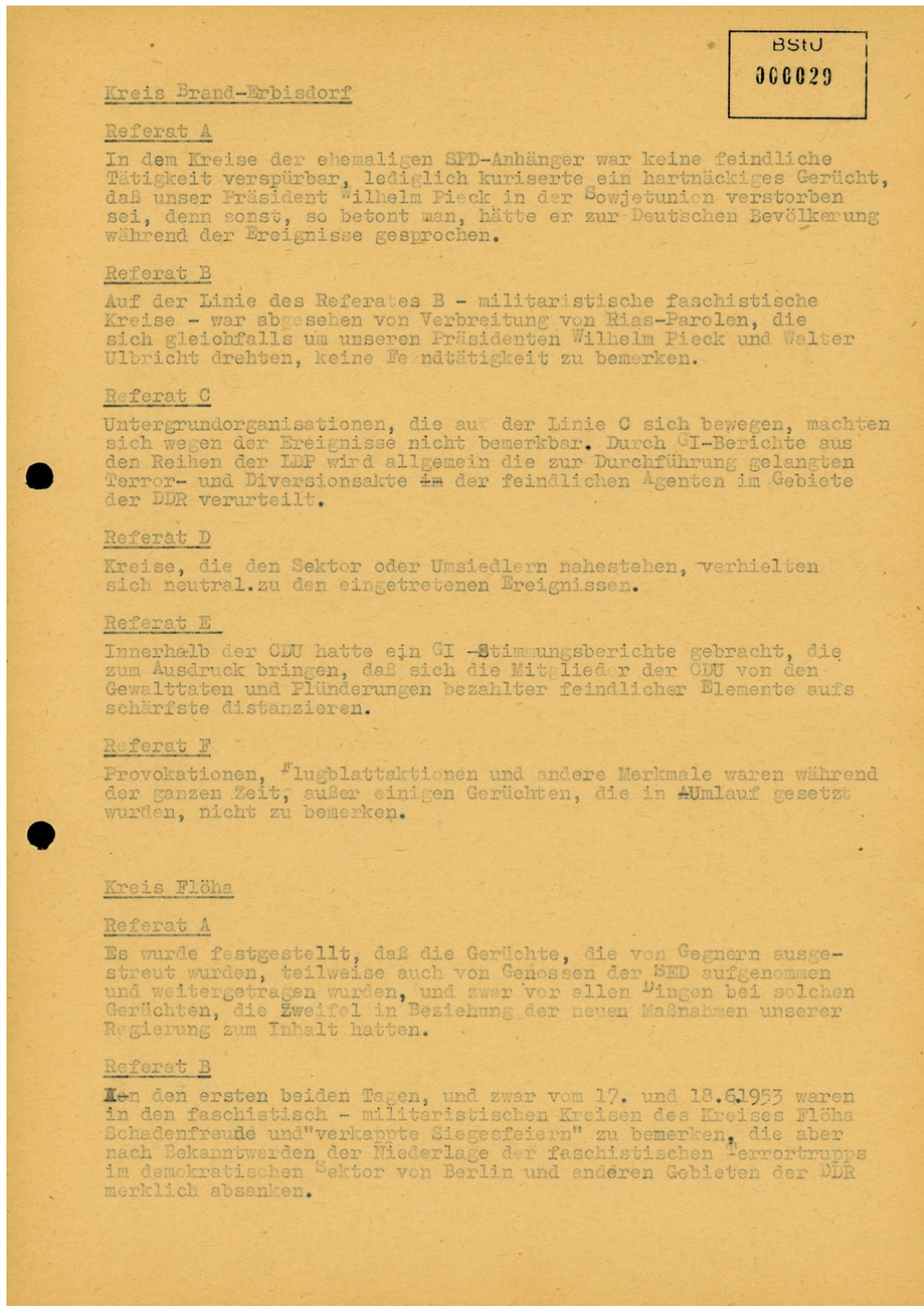
Referat F

Im Kreis Auerbach wurden keinerlei Flugblattaktionen oder provokatorische Anschläge gegen unsere Genossen unternommen.

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl. 1-74

Blatt 28

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt



Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl. 1-74

Blatt 29

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU 000030

Referat C

Eine Untergrundtätigkeit im eigentlichen Sinne konnte nicht festgestellt werden. Lediglich eine starke Gerüchtemacherei, die ihren Ursprung in kleinbürgerlichen Kreisen hatte, war zu bemerken.

In BDP-Kreisen kursierte die Meinung, daß eine Regierung, die derartige Fehler verursacht hat, auf jeden Falle abtreten müsse.

Referat D

In Kreisen der Kirche wurde festgestellt, daß man allgemein zur Ansicht neigte, wenn ein Krieg kommt, so können wir sowieso nichts dagegen tun und haben auch nichts mehr zu verlieren.

In Umsiedlerkreisen wurden besonders die Gerüchte verbreitet, die Umsiedler immer gerne hören und sich mit ihrem Rückkehr in ihre Heimat nach Schlesien usw. beschäftigen.

Referat E

Innerhalb der CDU wird allgemein begrüßt, daß sich das Kirchenleben nun wieder normalisiert und die Tätigkeit der Jungen Gemeinde durch nichts mehr gehindert wird.

Referat F

In Niederwiesa Kreis Flöha wurden zwei Hetzzettel mit selbstgeschriebenen provokatorischen Inhalt festgestellt. Als Urheber und Anstifter für diese Angelegenheit wurde der 20jährige Spinnereiarbeiter [REDACTED], festgenommen. Er beauftragte seinen 13jährigen Bruder diese Hetzzettel zu schreiben und auch sie im Ort selbst anzubringen. Der Festgenommene gab an, daß er aus eigenem Antrieb handelt habe und ein eifriger Rias-Hörer sei. Weitere Provokationen wurden nicht festgestellt.

Kreis Freiberg

Referat A

Auf der Linie des Referates A wurde keine Feindschaft festgestellt.

Referat B

Auf der Linie des Referates B wurde lediglich eine verstärkte Gerüchtemacherei festgestellt. Weiterhin ist anzunehmen, daß auf die Rechnung des BDJ verschiedene Flugblattaktionen in Freiberg geführt wurden.

Referat C

Von einer Untergrundtätigkeit kann nur in Zusammenhang mit dem im Kreis Freiberg durchgeführten Flugblattaktionen gesprochen werden. Bewaffnete Aktionen der vorhandenen Widerstandsgruppen wurde nicht festgestellt.

Referat D

Merkmale einer besonderen aktiven Arbeit auf dem Gebiete der Sekten und Umsiedler konnten nicht festgestellt werden.

Referat E

Stimmung innerhalb der CDU und der Kirche ist abwartend und skeptisch, man läßt sich zu keinerlei Stellungnahmen verleiten.

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl 1-74

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU 000031

Referat F

Folgende Flugblattaktionen wurden in der Zeit vom 17. 6. 1953 bis 24. 6. 1953 in Freiberg durchgeführt:

Am 17. 6. 1953 60 Stück.
Inhalt: Aufruf an die Genossen und FDJ mit der Widerstandsgruppe zu arbeiten (ohne Unterschrift).

Am 17. 6. 1953 - 49 Stück.
Inhalt: ist vorwiegend gegen die Staatssicherheit gerichtet. 22 Genossen der VP, SED und MfS werden genannt und vor ihnen gewarnt. Eine Hetzschrift befaßt sich nur mit dem Genossen Richter, (ehemaliger Dienststellenleiter von Freiberg) sowie mit dem Parteisekretär Werner F r i t z s c h e .
Die Hetzschriften wurden mit Maschine geschrieben und mittels Vielfältigungsapparat hergestellt.

Am 18. 6. 1953 - 74 Stück.
Inhalt ist folgender:
Genossen und FJler kämpfen gegen den Terror, kommt zur Widerstandsbewegung. (Ohne Unterschrift).

Am 21. 6. 1953 - 21 Stück.
Inhalt: 1. Hetze gegen den Parteisekretär der Gruppe David-Schacht, Blei-Erzgruben Albert Funkt.
Unterschrift: Freiheitskomitee Sachsen.
2. Neuer Verrat Titos am Sozialismus.
Unterschrift: Frunz-Bund.
3. Warnung vor dem Staatssicherheitsdienst.
Unterschrift: NWK Sachsen.
4. 22 Namen von "SED-Spitzeln" mit genauer Wohnadresse.
Unterschrift: Freiheitskomitee Sachsen.

Am 22. 6. 1953 - 18 Stück.
Inhalt: Genossen und FDJ kämpfen gegen den Terror, kommt zur Widerstandsbewegung.
Unterschrift: Widerstandsgruppe Freiberg.

Kreis Glauchau

Referat A

Am 16. zum 17. 6. 1953 wurden im Stadtgebiet von Glauchau Flugblätter geworfen mit den Forderungen Freie und geheime Wahlen in ganz Deutschland, Senkung der HO-Preise um 40 %, Senkung der Normenzeiten um 40 %, Senkung der Steuer- und Sozialbeiträge, Auflösung der KVP.
Unterschrift: Freiheit.
Es wird angenommen, daß diese handschriftlich hergestellten Flugblätter Hetzprodukte von Schumacher-Anhänger sind.

Referat B

Feindtätigkeit auf der Linie der militärischen Organisationen wurde außer einigen Weiterverbreitungen von Gerüchten, nicht bemerkt.

Referat C

Irgendwelche Untergrundarbeit, die auf das Wirken von der KGU oder anderen Agentenzentralen schließen läßt, war nicht vorhanden.

Re

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU 000032

Referat D
Illegale Sekten und auch Umsiedlerkreise haben sich ihrer Stellungnahme, die auf eine Provokation oder Feindschaft ausläuft, enthalten.

Referat E
CDU, Kirchen und Junge Gemeinde enthalten sich jeder Stellungnahme und sind sich darüber einig, daß die Maßnahmen der Regierung in Bezug ihrer ureigensten Angelegenheiten richtig waren und somit der Grund entfällt Unzufrieden zu sein.

Referat F
Es wurde eine Postkarte an die SED-Kreisleitung gerichtet, „SOS - Koffer packen und ab nach Moskau. Schriftenvergleiche bei verdächtigten Personen wurden angefertigt.“
Ein weitere Postkarte ging an den VEB-Betrieb Textilwerk Einheit Glauchau mit der Aufschrift Uhrzeit 11.55 Uhr, macht Buch für die Reise fertig, das Volk steht auf, nehmt Günther mit. Wehe Buch, es gibt kein Pardon. (Günther ist der Betriebsleiter des VEB).
Des weiteren wurden vier Stück Hetzettel in der Größe von 5 x 6 cm mit der Totesanzeige der Friedentaube in verschiedenen Stellen der Stadt geklebt.
Weiter wurde ein Hetzettel mit dem Bild unseres Präsidenten Wilhelm Pieck angebracht mit der Aufschrift "Weg mit diesen und anderen Lumpen, Für Freiheit und Brüderlichkeit und ein geeintes Deutschland. Wer sich widersetzt nicht den Tod, aber jeglichen materiellen Verlust!"
Diese Hetzparole war mit der Hand geschrieben.
Festnahmen, die aus Provokationen oder Terrorakten herführen, wurden nicht unternommen.

Kreis Hainichen

Referat A
Auf der Linie des Referates A wurde keine Feindschaft während der Ereignisse festgestellt.

Referat B
Auf der Linie B war unter den militaristisch faschistischen Kreisen eine rege Gerüchtemacherei im Gange, die sich besonders um unseren Präsidenten Wilhelm Pieck und eine bevorstehende Währungsreform drehte. Unser Präsident wäre angeblich nach dem Westen geflüchtet und eine Währungsreform wäre notwendig, um die zerrüttete Lage wieder zu normalisieren.

Referat C
Untergrundtätigkeit, die auf ausländische und Westberliner Agenturen schließen läßt, konnte nicht festgestellt werden.

Referat D
Sektenangehörige oder Umsiedler traten fast gar nicht in Erscheinung und verhielten sich zurückhaltend.

Referat E
Auf Grund der Vorfälle in Berlin distanzierten sich weite Kreise der christlichen Bevölkerung einschließlich der CDU von den machen-

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl 1-74

Blatt 32

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU 000033

schaften der faschistischen Terrorbänden.

Referat F

In der Nacht vom 18. zum 19. 6. 1953 wurden in der Zeit von 23.00 bis 2.00 Uhr rund 20 handgedruckte Blätter angebracht mit der Aufforderung zu Streiks und der Mahnung, den Berliner Streikenden nachzuahmen. Es gelang einen Kreis der Personen festzustellen, die mit dieser Flugblattaktion unmittelbare Verbindung zu bringen sind. Nach Absprache mit dem Instrukteur und dem stellvertretenden Abteilungsleiter der Abteilung V werden die verdächtigten Personen operativ weiter bearbeitet, d. h. durch GI aufgeklärt.

Kreis Hohenstein-E.

Referat A

Auf der Linie des Referates A wurden keine Feststellungen getroffen, die auf Feindschaft schließen lassen.

Referat B

Aus Kreisen militaristischer und faschistischer Personen ist außer der üblichen Gerüchtemacherei nichts zu bemerken.

Referat C

Aus einem registrierten Vorgang auf der Linie der LDP wurde durch den angesetzten GI "Zinn" bekannt, daß der Kreisvorsitzende der LDP B l i e t z verschiedene negative Äußerungen tat, unter anderem daß sich die Regierung mit ihren Maßnahmen ungeheuerlich plamiert habe und nur noch ein Weg offen bliebe, nämlich Abtreten und von der Bildfläche zu verschwinden. Weiterhin führte er aus, ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit müßten alle diejenigen, die dazu beigetragen haben, daß solche Fehler zustandekommen, aufgehängt werden, das wäre der einzig richtige Weg und eine Abschaffung damit in Zukunft derartige Experimente unterbleiben.

Referat D

Sektenangehörige und Umsiedler verhielten sich neutral und nahmen keine feindliche Stellung, die uns irgendwie aufgefallen wäre.

Referat E

Aus den Kreisen der ODU und Jungen Gemeinde sind keine provokatorischen Stimmungen laut geworden. Man ist skeptisch betreffend der Maßnahmen in Bezug der Jungen Gemeinde.

Referat F

In der Nacht vom 17. zum 18. 6. 1953 0.00 Uhr wurde in Hohenstein-E.-sthal der H o f m a n n, Kurt, geboren am 13. 6. 1925, wohnhaft in Oberlungwitz, Hirschgrund Nr. 171, Mitglied der NDP, von den Freuden beim Plakatebeschriften überrascht. Er versah diese Plakate mit der Aufschrift: "Freie Wahlen" mit Plauer Tische. Eine Verhaftung wurde wegen Geringfügigkeit seitens der Staatsanwaltschaft Karl-Marx-Stadt, nicht in Erwägung gezogen.

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl 1-74

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU 000034

Kreis Klingenthal

Referat A
Feindliche Aktionen seitens der Schumacher-Anhänger oder ähnlicher Elemente war nicht zu verzeichnen.

Referat B
Außer Weiterverbreitung von Gerüchten wurde seitens der militärisch faschistischen Personenkreisen nichts gemerkt.

Referat C
Irgendwelche Untergrundtätigkeit wurde nicht bemerkt.

Referat D
Sekten sowie Umsiedlerangehörige enthielten sich Provokationen und Feindschaft und traten somit nicht in Erscheinung.

Referat E
Die Kirche und die CDU verhielten sich neutral und zeigten nur Interesse für ihre ureigensten Belange.

Referat F
Auf dem Gebiete des Referates F wurden keine Wahrnehmungen gemacht. Provokationen fanden nicht statt.

Kreis Oelsnitz

Referat A
Irgend etwas, das auf Feindschaft hinwies, konnte auf dieser Linie nicht festgestellt werden.

Referat B
Militärische und faschistische Personen traten nicht irgendwie in Erscheinung.

Referat C
Von Anhängern einer Untergrundbewegung wurde an den Leiter der Oberschule A. Dölling Oelsnitz / Vogtl, Karl-Marx-Schule, eine Postkarte mit folgendem Inhalt übersandt: "Die Freiheit ist auf dem Marsch. Nur noch kurze Zeit, dann kommt der Tag der Rache. Der Strick für Deinen Hals liegt schon bereit. Im gegebenen Augenblick sind wir immer bereit." die operative Bearbeitung wurde aufgenommen, indem Schriftvergleiche angefertigt wurden.

Referat D
Angehörige von Sekten und Umsiedlerkreisen verhielten sich abwartend und skeptisch, enthalten sich sonst jeder Stellungnahme.

Referat E
Kirchen und Junge Gemeinde zeigen nur Interesse für eigenen Belange und sind bestrebt die Rückschläge, die sie in der letzten Zeit erlitten haben, wieder aufzuholen.

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl. 1-74

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU 000035

Referat F
Terrorakte und Provokationen fanden nicht statt. Es wurden auf diesem Gebiet auch keine Festnahmen vorgenommen..

Kreis Merienberg

Referat A
Aus diesen Kreisen wurde keine feindliche Stellungnahme oder Provokation bekannt.

Referat B
In den Kreisen faschistisch - militaristischer Elemente wurde außer der üblichen Gerüchtemacherei, die sich hauptsächlich mit unserem Präsidenten Wilhelm Pieck befaßte, nichts bekannt.

Referat C
Es waren keine Hinweise vorhanden, die auf eine Untergrundtätigkeit schließen läßt.

Referat D
Angehörige aus Sekten- und Umsiedlerkreisen haben sich an irgendwelchen Provokationen nicht beteiligt.

Referat E
Das CDU-Mitglied Erich M a t t h e s aus Olbernhau wurde als er 14 Parolen mit "Isenlack an Schaufenstern und Konsum und HO angebracht hatte, die zum Streik und zum Sturz unserer Regierung aufriefen, auf frischer Tat festgenommen. Matthes ist inzwischen zu 8 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Referat F
Am 17. 6. 1953 wurden an zwei verschiedenen Häusern in der Bahnhofstraße in Olbernhau folgende Hetzparolen angebracht:
"Arbeiter und Angestellte, laßt unsere Berliner Kollegen nicht im Stich, demonstriert auch gegen die Kommunistenschweine.
Donnerstag, den 18. 6. 1953 6.00 Uhr auf dem Markt."
Dieser Losung ist niemand gefolgt, sie fand keinerlei Anklang.
Am 22. 6. 1953 griffen der Landwirt S c h w a l b e, Karl aus Merienberg und der Stellmacher B é c k e r t, Franz aus Kühnhaide einen Funktionär unserer Partei in provokatorischer Weise an. Weiterhin haben beide Walter Ulbricht einen Menschen genannt, der eine Zeit lang von prostituierten ausgehalten worden ist. Beide wurden festgenommen.

Kreis Plauen

Referat A
Es sind keine Anzeichen vorhanden, daß Schumacher-Leute sich an irgendwelchen Provokationen beteiligt haben.

Referat B
Faschistisch militaristische Elemente, die auf Grund der Ereignisse unter besonders starker Kontrolle genommen wurden, beteiligten sich an keinerlei Provokationen,

Referat C

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl. 1-74

Blatt 35

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU 000036

In der Dienststelle liegt der Vorgang "Sturz" ein. Die beschuldigte Person wurde beschuldigt im Besitz von Waffen zu sein. Der GI "Michael", der im Vorgang verankert war, hat es fertig gebracht unter einer Variante die Waffe in seinen Besitz zu bekommen. Gleichzeitig wurde festgestellt, daß der Beschuldigte keine weitere Waffe besitzt und auch keine Verbindungen besitzt zu irgendwelchen Untergrundbewegungen oder feindlichen Agentenzentralen.

Auf der Linie der LDP arbeitet der GI "Sartorius". Dieser konnte in Erfahrung bringen, daß im Zusammenhang mit den Ereignissen der Fall Hamann eifrig diskutiert wird. Gleichzeitig wird von diesen Kreisen verlangt, daß überprüft wird, ob Hamann auch nur Fehler gemacht hätte oder ob noch etwas Anderes vorliege.

Referat D

Aus Kreisen von Sekten und Umsiedlern waren keine negativen Äußerungen in Bezug auf die Ereignisse zu bemerken.

Referat E

Die CDU-Mitgliedschaft war ausnahmslos empört über die Verschleppung des Vorsitzenden der CDU und stellvertretenden Ministerpräsident Otto Muschke, während sich die Kirche in jedem Fall passiv verhielt, mit Ausnahme des Superintendenten Mitscherling, der am 17. 6. 1953 20.00 Uhr in der Lutherkirche zu dem Thema "Ein richtiges Wort zur richtigen Stunde" in einer versteckten Art und Weise gegen unsere Regierung hetzte.

Referat F

Provokationen waren nicht festzustellen, lediglich eine Anzahl Personen wurden festgestellt, die durch negierende Äußerungen auffielen. Diese wurden nach einer Belehrung und entsprechender Verwarnung sofort wieder auf freien Fuß gesetzt.

Kreis Reichenbach

Referat A

Trotzdem Kreis Reichenbach mehrere Schwerpunkte der Ostbüro-SPD hat, wurden keine Wahrnehmungen gemacht, die auf eine Feindseligkeit der Ostbüro-SPD schließen lassen.

Referat B

Militaristisch faschistische Personenkreise haben sich den Ereignissen gegenüber passiv erhalten.

Referat C

Provokationen irgendwelcher Art, die auf eine Untergrundtätigkeit schließen lassen, entfielen. Lediglich wurden zwei Hetzschriften seitens der KdU an den Genossen Kluge im Konsum Reichenbach gesandt, die dieser an die SED-Kreisleitung weitergegeben hat.

Referat D

Sekten- und Umsiedlerkreise beziehen wenig Stellung und neigen zum Abwarten, bis die neuen Maßnahmen unserer Regierung in Kraft treten.

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl. 1-74

Blatt 36

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU 000037

Referat E
Die CDU, Kirche und Junge Gemeinde legt sich starker Zurückhaltung auf, was dahin gewertet werden muß, daß praktisch ihre ureigensten Forderungen schon vor dem eingetretenen Ereignissen durch unsere Regierung erfüllt worden sind.

Referat F
Am Dienstag, den 23. 6. 1953 wurde in Mylau die einzige öffentliche Fernsprechanlage durch Vernichtung der Verbindungsschnur von unbekannten Tätern gestört.
Folgende Flugblätter wurden im Kreis Reichenbach auf Straßen sowohl in öffentlichen Gebäuden auf Treppenaufgängen gefunden:
17. 6. 1953 - 3 Stück
Inhalt: Aufruf zum Sturz der Regierung.
18. 6. 1953 - 4 Stück.
Inhalt: Hetze gegen die DDR.
19. 6. 1953 - 2 Stück.
Inhalt: Aufruf zum Streik. Es lebe die Freiheit.
23. 6. 1953 - 1 Stück.
Inhalt: Achtung, Achtung: Rache für den unschuldig hingerichteten Westberliner. Schlagt die SED-Verbrecher tot und ~~stürzt~~ stürzt die Regierung. Es lebe die Freiheit.
Sämtliche Flugblätter waren mit Hand geschrieben. Schriftenvergleiche wurden durchgeführt, jedoch bisher ohne Erfolg.

Kreis Rochlitz
Referat A
Auf der Linie des Referates A sind keine feindlichen Provokationen zu bemerken gewesen.

Referat B
Faschistisch - militaristische Personenkreise verhielten sich passiv.

Referat C
Provokationen und Terrorakte, die auf Untergrundbewegung schließen ließen haben sich nicht ergeben.

Referat D
Angehörige von Sekten und Umsiedlerkreisen hielten sich neutral und haben keine Stellungnahme negativer Art abgegeben.

Referat E
Am 21. 6. 1953 wurden in den Kirchen Rochlitz, Penig und Gehringwalde Aufrufe verlesen, welche die Aufhebung der Verfolgung der Mitglieder der Jungen Gemeinde beinhalten.
Weiterhin kam in der Predigt zum Ausdruck, daß noch viele Angehörige auf die Rückkehr von Angehörigen warten.

Referat F
Es wurden keinerlei Provokationen festgestellt.

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl 1-74

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU 000038

Kreis Schwarzenberg

Referat A
Personenkreise, die der SPD angehört haben und verdächtigt sind Schumacher-Anhänger zu sein, haben sich nicht an irgendwelchen Provokationen beteiligt.

Referat B
Militaristische und faschistische Personenkreise verhielten sich passiv.

Referat C
Es wurden keinerlei Wahrnehmungen gemacht, die auf eine Untergrundtätigkeit hinweisen.

Referat D
Sekten und Umsiedlerkreise haben sich an Provokationen oder feindlichen Aktionen nicht beteiligt.

Referat E
Am 18. 6. 1953 hat der Pfarrer B r e h m, Johanngeorgenstadt, den Kirchendiener veranlaßt den Befehl über den Ausnahmezustand zu entfernen. Eine Unterredung mit dem Kommandanten hatte klärende Wirkung. Der Pfarrer wurde nicht verhaftet.

Referat F
Am 17. 6. 1953 23.55 Uhr wurde von der VP auf der Strecke Schwarzenberg / E l a an der Bahnüberführung ein Transparent 5 x 0.70 m mit folgender Losung entfernt:
"Wir fordern freie Wahlen." Dieses Transparent war auf einer Tafel mit Reißzwecken befestigt und verdeckte von der früheren Losung Marx, Engels und Lenin und Stalin.

Am 18. 6. 1953 nachts ist in der Bergerbeitersiedlung Neuoberhaus Johanngeorgenstadt, Haus 5, die Beschädigung zweier Embleme erfolgt. Einem Emblem von Walter Ulbricht wurden die Augen ausgeschnitten, und von einem anderen wurde ein Streifen von ca. 5 cm Breite abgerissen.

Am 19. 6. 53 wurde auf dem Rabenberg Wismut-Siedlung, im Haus 47 eine Wandzeitung beschädigt und ein Karl-Marx-Bild heruntergerissen. Die Tatzeit war von 22 - 24.00 Uhr.
Des weiteren wurde am 21. 6. 1953 in diesem Haus ein Stalin-Bild heruntergerissen.

Am 22. 6. 1953 wurde in der HO-Gaststätte "Heinzhof" vormittags im Abort der Männer eine Hetzparole angebracht mit folgendem Inhalt:
"Schlagt die Roten Hunde tot. Streik, Streik und nochmals Streik".

Am 22. 6. 1953 wurden in einem Wald bei Markersbach von dem Arbeiter Albin L e i n ein Cellophanbeutel mit 2 Päckchen Flugblätter, je 60 Stück in tschechischer Schrift gefunden. Da im Jahre 1951 in der Nähe dieser Stelle schon einmal Flugblätter dieser Art gefunden wurden, wird angenommen, daß die gefundenen Flugblätter noch aus dieser Zeit stammen.

Am 17. 6. 1953 war von 11.50 Uhr bis 13.10 Uhr die Telegrafie von Johanngeorgenstadt nach Leipzig gestört.
Weiter waren 2 Telefonleitungen von Johanngeorgenstadt nach dem Ortsteil Mühlberg gestört. Der Schaden wurde am gleichen Tag noch behoben.

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl 1-74

Blatt 38

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000039

Kreis Stollberg

Referat A

Auf der Linie Ostbüro wurden keine Feststellungen getroffen, über provokatorisches Verhalten dieser Personen.

Referat B

Am 12. 6. 1953 sagte der Großbauer L a n d g r a f, Kurt geboren am 9. 2. 1908, wohnhaft in Lugau / Kirchberg, [REDACTED], folgendes:
"Es hätte noch nie eine solche Regierung gegeben, wie diese jetzt, die sich so eine Blöße gibt und ihre Fehler einsieht. Die Bauern würden daher fordern, daß derjenige, welcher die Fehler gemacht hat, abgesetzt wird; denn wenn die Bauern Fehler machen, würden diese auch verhaftet werden."
Am 17. 6. 1953 sagte er zu der [REDACTED], [REDACTED] geb. am [REDACTED] 1930, wohnhaft in Lugau / Kirchberg folgendes:
"In Berlin wäre der Ausnahmezustand verhängt, die Volkspolizei hätte auf die Demonstranten geschossen und die Westberliner Krankentransporte würden die Verwundeten wegfahren. Adenauer wäre ebenfalls in Westberlin eingetroffen und hätte den Befehl gegeben, es soll alles ruhig bleiben und der sowjetische Sektor mit Lebensmitteln versorgt werden.
N u s c h k e hätte sich unter den Schutz der westlichen Behörden gestellt. U l b r i c h t wäre ein Verbrecher, da er Ernst T h ä l m a n n verraten hätte. Ulbricht wäre damals in die Tschechoslowakei ausgerissen und hätte von dort aus einen Brief an die Gestapo geschrieben und hätte in diesem das Versteck von Ernst-Thälmann verraten".
Dieses Gespräch hörten außer der [REDACTED] noch zwei weitere Personen.
Der Obengenannte ist Mitglied der NSDAP gewesen seit 1932 und hatte den Rang eines Obersturmführers der SA.
Während des Krieges war er Angehöriger der SA-Standarte Feldherrnhalle.

Am 18.6.1953 gegen 22.45 Uhr wurde von der [REDACTED], [REDACTED], wohnhaft in [REDACTED] / [REDACTED] in Oelsnitz, Alte Oelsnitz Alte Oelsnitzer Str. auf einem 15 cm hohen Baumstumpf eine kleine Hitlerbüste aus Metall gefunden.

Referat C

Am 17. 6. 1953 gegen 18.00 Uhr wurden im Steinkohlenwerk Karl-Liebknecht zwei Hunte mit folgenden Losungen festgestellt:
"Kumpels wann demonstrieren wir und wir grüßen die Streikenden von Ostberlin."
Am 18. 6. 1953 um 6.00 Uhr eine weitere Aufschrift auf einen Hunt "Wo ist Ulbricht und Pieck?" Ein weiterer Hunt war beschriftet mit "Übt Solidarität, streikt!"
Am 19. 6. 1953 gegen 18.30 Uhr kam wieder ein Hunt nach Übertage mit der Losung "Berlin streikt. Kumpel wo bleibst DU?"
Am 20. 6. 1953 gegen 7.00 Uhr wurde an einer Wand der Hängebank des Rudolf-Breitscheid-Schachtes in Oelsnitz die Losung vorgefunden "SED abtreten". Diese war mit blauem Oelkreidestift geschrieben. Größe 40 cm.
Von der entsprechenden Dienststelle wird angenommen, daß es sich nicht um eine Einzelperson handelt, sondern um eine Gruppe, die dort Feindtätigkeit ausübt.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU 000040

Referat D

Am 23. 6. 1953 gegen 19.00 Uhr wurde XXX von dem Genossen Neef, Max geb. am 28. 5. 1889, wohnhaft in Stollberg, [REDACTED], folgendes mitgeteilt:

Bei seinem Nachhauseweg konnte er feststellen, daß die nachfolgend genannten Angehörigen der Zeugen Jehovas bei der Fam. [REDACTED], Bahnwärterhäuschen an der Bahnlinie Stollberg - Oelsnitz eine illegale Zusammenkunft der Sekte durchführten.

Dies waren:

1. Frau [REDACTED], wohnhaft in Stollberg (in der Fabrik Kemberg & Störker)
2. Fam. [REDACTED], wohnhaft in Stollberg im Bahnwärterhaus an der Bahnstrecke Stollberg - Oelsnitz.
3. Der Jugendliche [REDACTED] und seine Schwester, wohnhaft ebenfalls in Stollberg.

Referat E

CDU, Kirche und Junge Gemeinde verhielten sich passiv und traten nirgends in Aktion.

Referat F

Am 22. 6. 1953 gegen 9.00 Uhr wurde von dem Genossen [REDACTED], wohnhaft in Niederwürschnitz [REDACTED] in Oelsnitz, Lugauer Str. 4 ein Flugblatt in der Größe 10 x 4 cm mit der Aufschrift "Weg mit dem Spitzbart" gefunden.

Das Flugblatt wurde mit einem Kinderstempelkasten gedruckt.

Kreis Werdau

Referat A

Personenkreise, die der rechten S FD nahestehen, sind nicht in Erscheinung getreten.

Referat B

Faschistisch militaristische Personenkreise sind nicht in Aktion getreten.

Referat C

Es ergaben sich keine Anhaltspunkte, worauf sich schließen ließ, daß Untergrundtätigkeit in irgend einer Form vorhanden ist.

Referat D

Sekten und Umsiedlerkreise verhalten sich neutral und warten das Kommende ab.

Referat E

CDU, Kirche und Junge Gemeinde beschäftigen sich nur mit Dingen, die sie selbst betreffen, unter anderem die Maßnahmen zur freien Betätigung der Jungen Gemeinde.

Referat F

Irgendwelche Provokationen, Flugblattaktionen usw. sind im Kreis Werdau nicht zu verzeichnen.

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl. 1-74

Blatt 40

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU 000041

Kreis Zschopau

Referat A
Es sind keine Anzeichen vorhanden, daß seitens des Ostbüros oder rechten SPD-Leute feindliche Arbeit geleistet wurde.

Referat B
Militaristisch faschistische Elemente traten nicht in Erscheinung.

Referat C
Es gibt keine Vorfälle, die darauf hindeuten, daß irgendwelche Untergrundorganisationen vorhanden wären, oder eine diesbezügliche Tätigkeit ausüben.

Referat D
Sekten sowie Umsiedlerkreise verhalten sich abwartend gegenüber den neuen Maßnahmen unserer Regierung.

Referat E
CDU, Kirchen und Junge Gemeinde versuchen aus den gegenwärtigen Verhältnissen einen Nutzen herauszuschlagen und die Organisation zu stärken.

Referat F
Ein gefälschtes Schreiben, angeblich vom ZK unserer Partei an einen volkseigenen Betrieb, forderten dazu auf die Bilder des Genossen Stalin zu entfernen und an ihrer Stelle die Bilder des Genossen Malenkov aufzuhängen. Weiterhin soll über diese Thema eine breite Diskussion entfaltet werden.
In Falkenbach Krs. Zschopau wurden Plakate, die den Ausnahmezustand verkünden, von unbekannten Tätern abgerissen.
Gerüchte sind wie folgt im Umlauf:
Das Leunawerk wäre von Terroristen abgebrannt worden. Der Genosse Walter Ulbricht und Genosse Grotewohl wären verhaftet worden.

Kreis Zwickau

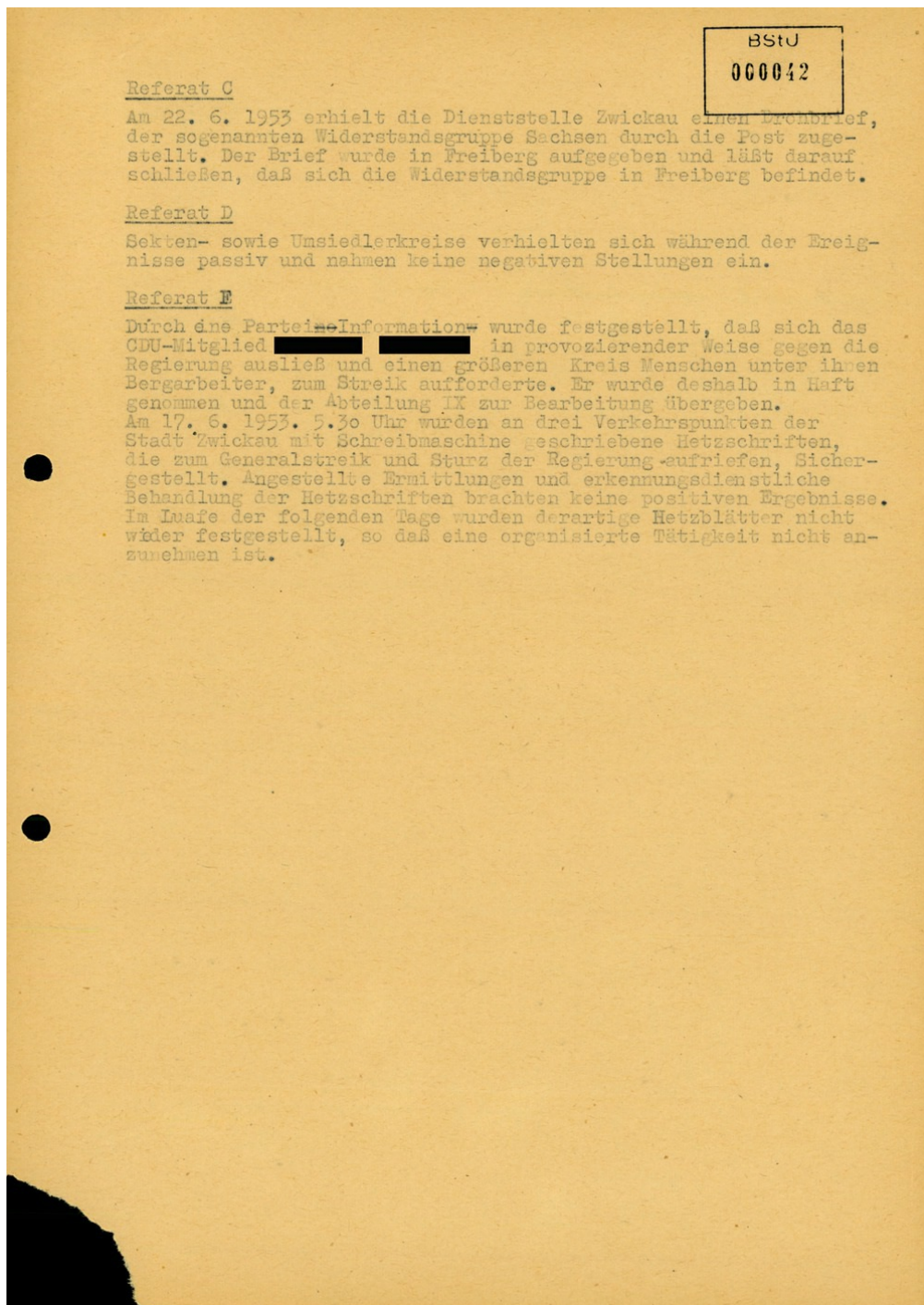
Referat A
Am 20. 6. 1953 wurden der Dienststelle Zwickau drei verschiedene Exemplare von Hetz-Flugblättern. Das Ostbüros der SPD übergeben. Und zwar drei verschiedene Exemplare. 1. Warum die Sowjetzone hungern muß, 2. Sowjettechniker nur Lehrlinge des Westens. Sowjet-Deutsche Nationalarmee ohne uns." Trotz sofort angestellter Ermittlungen seitens der Dienststelle konnten die Täter noch nicht ermittelt werden.

Referat B
Militaristische und faschistische Organisationen traten nicht in Erscheinung.

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl. 1-74

Blatt 41

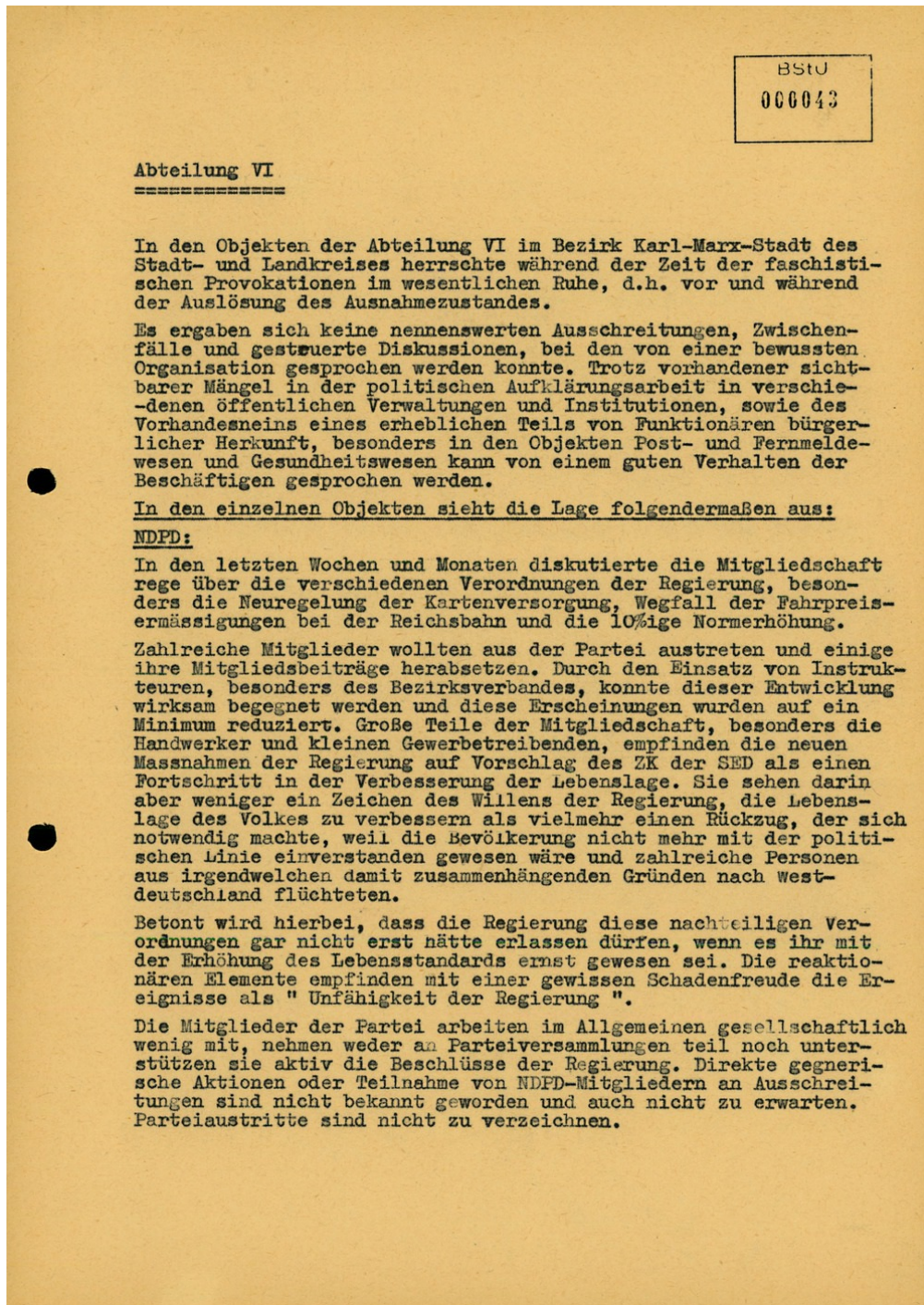
Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt



Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl 1-74

Blatt 42

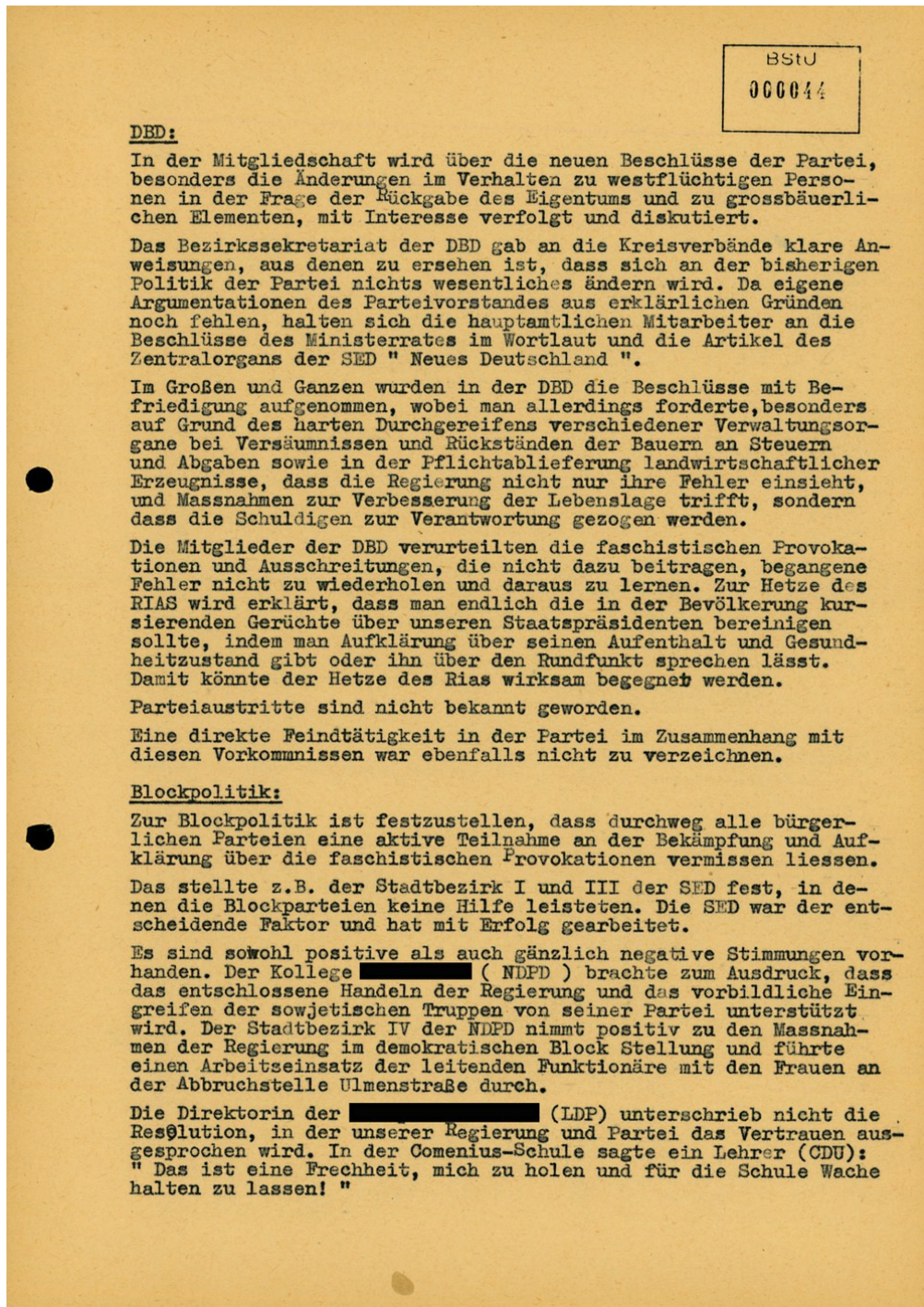
Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt



Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl. 1-74

Blatt 43

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt



Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl. 1-74

Blatt 44

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000045

Die Blockparteien stehen nicht auf der Höhe ihrer Aufgaben und sind ihren Verpflichtungen nur ungenügend nachgekommen.

Rat des Bezirkes:

Die Arbeit wurde an sämtlichen Tagen ohne Zwischenfälle weitergeführt. Der Vorsitzende des Rates des Bezirkes führte mit seinem Stellvertreter und dem Sekretär eine Dienstbesprechung über die Ministerratsbeschlüsse durch, wobei die Ratsmitglieder verpflichtet wurden, mit den Abteilungsleiterneingehend über die Lage und die neuen Aufgaben zu sprechen. Die Org.-Instrukteur-Abteilung führte darüber hinaus am 18.6.1953 einen Einsatz in den Kreisen durch. Die Vorsitzenden der Kreise wurden in zentralen Dienstbesprechungen in Karl-Marx-Stadt, Zwickau und Plauen zusammengefasst.

Die Stimmung unter den Angestellten ist gut. Negative Diskussionen wurden nicht festgestellt.

Parteiaustritte waren nicht zu verzeichnen.

Rat der Stadt:

Vom ersten Tag an wurde in kleinen Gruppen Aufklärungsarbeit geleistet, so dass die Stimmung im Allgemeinen positiv war.

Sowohl im erhöhten Arbeitseinsatz als auch bei Nachwachen zeigte sich die Einsatzbereitschaft der Mitarbeiter. Sogar bürgerliche Ratsmitglieder setzten sich positiv ein, z.B. das CDU-Mitglied [REDACTED] und [REDACTED] (NDPD), der sich beim Kaderleiter darüber beschwerte, dass Mitglieder seiner Partei nicht mit eingesetzt werden.

Rat des Kreises:

Die Angestellten bekundeten ihr Vertrauen zur Regierung und zu den von ihr getroffenen Massnahmen zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung. Sie begrüßten die neuen Verordnungen und verpflichteten sich, das demokratische Staatsbewusstsein noch weiter zu festigen, das beweisen sie auch in freiwilligen Einsätzen, zu denen sie auch in den letzten Tagen sich zur Verfügung stellten.

Negative Stimmungen sind lediglich bei verschiedenen Angestellten der Gemeindeverwaltungen des Kreises Karl-Marx-Stadt bekannt geworden, die nicht näher bezeichnet sind.

Bezirksjustizverwaltung:

Der grösste Teil der Mitarbeiter diskutierte über die Massnahmen der Regierung positiv und war sich darüber im Klaren, dass auch die Justizverwaltung wesentlich dazu beitragen muss, die Provokateure zur Verantwortung zu ziehen und selbst äusserste Wachsamkeit an den Tag zu legen. Das geschieht durch grosse Vorsicht im Dienst und im Verkehr mit der Bevölkerung sowie durch die Sicherung des Dienstgebäudes. Feindliche Tätigkeit selbst wurde nicht bekannt, auch keine Parteiaustritte.

Staatsanwaltschaft:

Alle Angestellten führten ordnungsgemäss ihre Arbeit weiter durch. Negative Stimmen waren nicht zu verzeichnen.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000046

Die Staatsanwälte bringen zum Ausdruck, dass es für sie nicht leicht sein wird, jetzt die richtigen Massnahmen zu treffen und sich "umzustellen". Sie diskutierten darüber, dass zu viele Arbeiter abgeurteilt wurden, was sie schon früher erkannt hätten, und jetzt wieder viele freigelassen werden müssen, die sie erst verurteilt hätten.

Das Objekt war gut gesichert und die Angestellten stellten sich auch ohne Einwendungen für den Wachdienst zur Verfügung.

Staatsanwalt [REDACTED] (LDP) beschwerte sich z.B. darüber, warum er nicht mit eingesetzt wurde.

Am 23.4.1953 wurde eine Parteiaktivsitzung über die 14. Tagung des ZK abgehalten und am gleichen Abend eine Mitgliederversammlung, auf denen Massnahmen zur Durchführung der Beschlüsse des Ministerrates beraten wurden, sowie zu den neuen Vorschlägen der Partei.

Parteiaustritte waren nicht zu verzeichnen.

Postamt I:

Die Ereignisse in den letzten Tagen haben im Postamt I keinerlei Störungen und Arbeitsunterbrechungen hervorgerufen. Es wurden am 17.6. und 18.6.1953 mehrere Kurzversammlungen durchgeführt, in denen die Kollegen von Mitgliedern unserer Partei über die gegenwärtige Lage aufgeklärt wurden.

Die Provokationen wurden fast einmütig abgelehnt, als Massnahmen, die nicht im Interesse des Volkes liegen. Viele Kollegen sehen die Ursachen dieser Vorfälle darin, dass die Regierung ein falsches Bild der tatsächlichen Lage in der heutigen Stimmung der Bevölkerung hatte, zurückzuführen auf schöngefärbte Berichte der Parteien, Organisationen und Institutionen, der Presse, die oft mit begeisterter Zustimmung der Werktätigen zu den Beschlüssen der Regierung argumentierte, obwohl das nicht den Tatsachen entspricht, oder es sich hier nur um Einzelbeispiele handelte. Die Kollegen äussern, dass es nicht auf grosse Diskussionen ankomme, sondern, dass man Taten sehen wolle.

Hier ist die Parteiorganisation nicht stark genug und hat auch nicht das Vertrauen der gesamten Belegschaft. Außerdem wirkt sich die Überalterung der Mitarbeiter aus und die Beschäftigten auf die Beschäftigung vieler Kollegen, die schon vor der Nazizeit und während dieser im Postdienst tätig waren.

Postamt IV:

Auch hier herrschte während der ganzen Zeit Ruhe und die Ereignisse wurden ohne Erregung und Zwischenfälle aufgenommen. Die Parteilührte Kurzversammlungen durch, in denen über die Ereignisse aufgeklärt wurde. Die meisten Kollegen verurteilten die Gewaltakte der faschistischen Elemente in Berlin und erklärten, dass diese niemals im Interesse der Arbeiterklasse liegen.

Provokateure und Hetzer traten im Objekt nicht auf. Jedoch herrschte allgemeine Unzufriedenheit unter den Arbeitern über den Ausnahmezustand in Karl-Marx-Stadt. Die Ursachen der Vorkommnisse sehen die Kollegen darin, dass in der Öffentlichkeit nicht frei über die Mängel gesprochen werden könne und, dass die führenden Genossen der Partei Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht die Lage nicht richtig

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000047

einschätzen, was ihnen auf Grund ihrer Verbundenheit mit der Arbeiterklasse möglich gewesen sein müsste. Der Kollege [REDACTED], [REDACTED] zum Beispiel ist der Meinung, dass wir in der DDR selbst schon an den Provokationen sind, weil der "Bogen überspannt worden wäre". Der Objektschutz im Postamt wurde durch die Partei verstärkt.

Fernmeldeamt:

Die Stimmung ist im Allgemeinen abwartend, meist nach der positiven Seite hin. Es wird der Wunsch ausgesprochen, dass die Regierung und die Partei wirklich aus ihren gemachten Fehlern gelernt habe und dass eine entschiedene Wende eintreten wird. Ungehalten ist ein Teil der Kollegen über die Ausführungen des Genossen Walter Ulbricht auf der Parteiaktivtagung, der feststellte, dass überwiegend Kritik von oben nach unten geübt worden sei. Die Tatsachen im Amtsbereich hätten bewiesen, dass trotz der wiederholten Kritik durch die Kollegen des Postamtes bis zum ZK und Ministerium für Post- und Fernmeldewesen keine entscheidenden Änderungen erfolgten. Die Telegrafienwerkstatt war in Diskussionen sehr zurückhaltend und wird vom Parteisekretär als reaktionär bezeichnet.

Die Kollegen sehen keine Veranlassung, die Ausschreitungen und Streiks. Sie verurteilen zum Beispiel die Haltung der Kolleginnen in Magdeburg, die ihre Arbeit vorübergehend einstellten, obwohl inzwischen die Regierungsverordnungen veröffentlicht waren. Als positiv ist noch hervorzuheben, dass die Kolleginnen nach Bekanntwerden des Ausnahmezustandes vorzeitig ihren Nachtdienst angetreten haben.

Feindseligkeit wurde im Objekt in einem Fall bekannt, indem man die im Gebäude angebrachte Wettbewerbs Tafel zwei Mal heruntergerissen hat, ohne, dass die Täter ermittelt wurden.

Die Intelligenz hält sich im Hintergrund und äußert sich kaum. Ein Mangel war der fehlende bewaffnete Schutz. Lediglich ein Volkspolizist war zeitweise anwesend.

Küchwaldkrankenhaus / Zeisigwaldkrankenhaus :

Auch hier verrichteten die Kollegen ihre Arbeit wie gewöhnlich, Störungen und Feindseligkeiten waren nicht zu verzeichnen.

Die Ärzte des Krankenhauses verurteilten die Provokationen. Der Chefarzt Dr. [REDACTED], bezeichnet sie als groben Unfug. Dr. [REDACTED] äußerte sinngemäss, dass er die Verordnungen der Regierung begrüsst, weil endlich wieder eine klare Linie zu sehen sei. Er müsse allerdings aus den gemachten Fehlern lernen ziehen. Unter der übrigen Belegschaft herrscht abwartende Stimmung.

Die Partei verstärkte den Betriebsschutz, Agitationenkollektive wurden gebildet, die mit den Kollegen diskutierten. An sich ist die Parteiorganisation sehr schwach und versteht es nicht die Belegschaft richtig aufzuklären.

Der Prof. Dr. [REDACTED] vom Zeisigwaldkrankenhaus lehnt eine Stellungnahme mit der Begründung ab, dass er keine Zeit habe.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000043

ABF:
Hier herrschte während der Tage der Demonstration allgemein Ruhe und Ordnung, da die Studenten zur Zeit ihre Abschlussprüfung ablegen, wurde nur wenig über diese Fragen diskutiert. Am 17.6.1953 wurde eine Wiederholungsarbeit in Gesellschaftswissenschaften geschrieben, an der sich 2 Studenten nicht beteiligten ([redacted] und [redacted]). Sie begründeten das damit, dass es nicht mehr notwendig sei, solche Arbeiten zu schreiben und gaben offen zu, damit in den Streik treten zu wollen.

Unter den Dozenten wurden die Vorkommnisse ebenfalls nicht besonders diskutiert. Lediglich die Dozentin [redacted] und [redacted] (beide SED) liessen in ihren Beiträgen erkennen, dass ihre Haltung schwankend ist und dass sie nicht fest auf dem Boden unserer Partei stehen. Der Leiter der A^F [redacted] meldete sich am 17.6.1953 einen Tag wegen Grippe krank. Am anderen Tag erschien er wieder in der ABF.

Städtische Theater Karl-Marx-Stadt:
Am Tage des Bekanntwerdens der Provokationen diskutierte die Künstlerschaft in der Form, dass die Normenerhöhung der Anlass zu Demonstrationen in Berlin gewesen sei. Sie befassten sich erst ernsthaft damit, als der Ausnahmezustand in Karl-Marx-Stadt verhängt wurde. Hier äusserten sie die Meinung, dass es besser sei, den Spielplan aufrecht zu erhalten. Damit würde die Bevölkerung von den Nachrichten des Rias und anderer westlicher Sender abgelenkt und früher Ruhe und Ordnung wieder eintreten.

Der Kollege [redacted], Bühnenbildner, äusserte sich dem BGL'-Vorsitzenden [redacted] gegenüber, dass er jetzt das Vertrauen zur Regierung verloren habe. Auch bei den verschiedenen Genossen des Theaters ist die Meinung vorhanden, daß die Regierung des weiteren das Politbüro unserer Partei die gemachten Fehler schon viel früher erkennen mussten. Über die Entführung des stellvertretenden Ministerpräsidenten N u s c h k e herrschte Empörung. Selbst Künstler, s.B. die Sängerin [redacted] oder der Operetten-Buffer [redacted], aus deren Ausführungen man merkt, dass sie Westsender hören, verurteilen diese Handlung. Das Eingreifen der Besatzungsmacht in Form der Verhängung des Ausnahmezustandes wurde begrüsst, da man damit weitere Provokationen verhindern konnte. Feindseligkeit wurde nicht bekannt. Austritte aus dem Theaterensemble bzw. aus Parteien waren nicht zu verzeichnen.

FDGB:
Allgemein diskutiert man unter der Mitgliedschaft des FDGB darüber, dass man erst einmal abwarten will, ob die Regierung ihre gegebenen Versprechen hält und die erlassenen Verordnungen durchführt. Viele Kollegen wiesen darauf hin, dass sie schon immer auf die Entwicklung in der Form hingewiesen haben, dass es bald anders kommen wird, wil man zu viel schön gefärbte Berichte nach oben gibt.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000049

Nach Ansicht des Gebietsinstructeurs der IG-Metall H e n k e und des Parteisekretärs ist es deshalb in Karl-Marx-Stadt zu keinem grösseren Zwischenfällen gekommen, weil die Partei von vorn herein entsprechende Maßnahmen getroffen hätte, indem sie bereits vor Verhängung des Ausnahmezustandes eine größere Anzahl von Agitatoren in Zusammenarbeit mit dem FDGB festlegte. Man kann sagen, dass zum ersten Mal eine wirklich koordinierte Arbeit zwischen SED-Kreisleitung Stadt und FDGB geleistet wurde und Überschneidungen dadurch verhindert werden konnten. So wurde und zwar am 17.6.1953 48 Kollegen für die IG-Metall in den Betrieben einsatzbereit.

Nationale Front des demokratischen Deutschland:
Die Nationale Front des demokratischen Deutschlands tritt nicht in Erscheinung. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Arbeit in der Nationalen Front völlig unterschätzt wurde. Dies trifft zu für Karl-Marx-Stadt Land und Stadt. Es fanden keine Hausversammlungen oder Ähnliches statt.

Volksbildung und Schulen:
Bis auf wenige, kleinere Ereignisse war in den Schulen allgemeine Ruhe zu verzeichnen. Unter den Direktoren und der Lehrerschaft mehrerer Schulen war eine gewisse Sorglosigkeit vorherrschend. Das zeigte sich bei einer Überprüfung durch die FDJ in der Lessing-Schule I
Ebersdorfer-Schule
Ludwig-Richter-Schule II.

Das Lehrpersonal dieser Schulen war der Ansicht, daß bei ihnen keinerlei Schwierigkeiten auftreten könnten.

In den Oberschulen waren überhaupt keine Vorkommnisse zu verzeichnen, dagegen in den Grundschulen, besonders im 7. Schuljahr. In der Lessingschule I grüßte eine 7. Klasse am 18.6.1953 nicht wie üblich mit dem Pioniergruss.

In der Pestalozzischule äusserten die Schüler, dass sie keinen Unterricht mehr haben dürften, weil sich laut Ausnahmezustand nicht mehr als 3 Bürger versammeln können. Ein Kind erklärte, wir wollen ebenso streiken wie die Berliner Arbeiter. Hierbei wurde festgestellt, daß der Urheber dieser Äusserungen die Mutter dieses Kindes ist (Straßenbahnschaffnerin).

In der Hilbersdorfer Schule erklärten einige Schüler: Russisch lernen wir nicht mehr. Wir lernen bald amerikanisch.

In der Reichenbrander Schule, klebten 4 Schüler Zettel ausserhalb der Schule, die sie selbst angefertigt hatten mit der Aufschrift: " S t r e i k - G e n e r a l s t r e i k " ! Unter diesen Schülern befand sich der Junge Pionier, der am Tage der Umbenennung von Chemnitz in Karl-Marx-Stadt auf dem Stalinplatz das Gelöbnis der Thälmann-Pioniere gesprochen hatte. Die Klasse 7 c der Ernst-Schneller-Schule Burgstädt zeigte eine recht negative Haltung. Alle Thälmann-Pioniere dieser Klasse wollten aus dem Verband austreten. Nach Eingreifen der Bezirksleitung der FDJ gelang es bis auf 2 Fälle die Pioniere davon abzuhalten.

In der 7. Klasse der Grundschule Burkhardtsdorf schrieb der Thälmannpionier [REDACTED] während der Pause an die Tafel: " Wir wollen Schulreform aber ohne russisch ".

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl. 1-74

Blatt 49

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
366050

In den Abteilungen Volksbildung sind keine Vorkommnisse zu verzeichnen. Ein großer Teil der Lehrer ist zur Bewachung der Schulen eingesetzt. In verschiedenen Schulen wurden von den Lehrern Resolutionen verfasst, in denen die faschistischen Provokationen verurteilt werden. Austritte aus der Partei unter der Lehrerschaft in Karl-Marx-Stadt waren nicht zu verzeichnen.

FDJ: (Kreisleitung Karl-Marx-Stadt - Land)

Die Meldungen über die faschistischen Provokationen in Berlin wurde von den Hauptamtlichen Kräften der FDJ mit ehrlicher Empörung aufgenommen. Zur Erhöhung der Wachsamkeit wurde von dem Sekretariat sofort Massnahmen eingeleitet, wie Einsetzen von Nachtwachen, Durchführung von Rundgängen um das Dienstgebäude, Organisation eines Einlaßdienstes u.s.w. Bei der telefonischen Durchsage dieser Anweisung wurde festgestellt, dass die Sekretäre der Ortsgruppen von Limbach und Burgstädt bereits von sich aus Massnahmen zum Schutzes ihrer Gebäude eingeleitet hatten.

Am 17.6.1953 wurden in der Mitgliedschaft unseres Kreises noch keine wesentliche Diskussion über die stattgefundenen faschistischen Provokationen geführt, da zum größten Teil die Mitglieder noch keine Kenntnis von diesem Ereignis hatten. Allgemein diskutierte man darüber, dass die Regierung verhaftet worden sei oder es wäre eine Schande für die Regierung, der derartige Fehler unterlaufen und diese zugeben zu müssen. Besonders stark trat in Erscheinung, dass die Wahrheit unserer Presse und Rundfunkmeldungen angezweifelt wurden. Es kann jedoch gesagt werden, dass der grösste Teil unserer Mitglieder mit den stattgefundenen Brandstiftungen, Plünderungen von HO-Geschäften u.s.w. nicht einverstanden war.

Im Bezug auf Feindseligkeit im Verband der FDJ wurde folgendes festgestellt:

Am Sonntag, den 21.6.1953 wurde in der Feinspinnerei Burgstädt für etwa 50 Minuten von 45 Arbeitern die Arbeit niedergelegt. Darunter befanden sich 95 % FDJ-ler. Von den 3 Genossen der SED-Kreisleitung, die mit der Untersuchung der Gründe der Arbeitsniederlegung beauftragt waren, konnte nicht die Mitglieder der Streikleitung festgestellt werden. Es wurde lediglich bekannt, dass eine Kollegin im Auftrage einer unbekannten Person von Maschine zu Maschine gegangen war, um die übrigen Kollegen zur Niederlage der Arbeit bei der Montagschicht aufzufordern. Durch Agitationseinsatz der Partei wurde jedoch die geplante Arbeitsniederlegung verhindert.

Des weiteren erklärte eine Schulklasse in der Ernst-Schneider - Schule ihren Austritt aus der Organisation d. Jungen Pioniere. Es ist anzunehmen, daß die Kinder von irgend einer Lehrkraft auf eine solche Einstellung hin negativ beeinflusst wurden. Nach eingehender Diskussion mit dem Pionierleiter und den Pionieren selbst, nahmen diese bis auf 1 Person ihre Austrittserklärungen wieder zurück.

Sämtliche hauptamtlichen Kräfte legten eine große Einsatzbereitschaft an den Tag. Lediglich der Jugendfreund [REDACTED], ist bereits schon zum 3. Male nicht zur Nachtwache erschienen, da er angeblich es nicht gewusst habe. Er wurde daraufhin entlassen. Heute ist die Lage dadurch gekennzeichnet, daß sich unter den FDJ-Mitgliedern immer mehr die Erkenntnis über die Richtigkeit der Beschlüsse von Partei und Regierung durchsetzen. Dazu werden die in Kürze stattfindenden Aktivkonferenzen und Mitgliederversammlungen noch wesentlich dazu beitragen.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

Nach bis jetzt vorliegenden Meldungen sind folgende Austritte
aus dem Verband bekannt:
Firma Koch , Privatbetrieb Taucha 17 Textilarbeiter
Firma Unger, Privatbetrieb Taucha 15 Textilarbeiter.

BSU
000051

FDJ: (Kreisleitung Karl-Marx-Stadt.

Nach Bekanntwerden der faschistischen Provokationen in Berlin wurde sofort eine Besprechung mit sämtlichen Freunden des Hauses durchgeführt und Maßnahmen zur Verstärkung des Betriebsschutzes festgelegt. Sämtliche Freunde hielten sich vom 17. - 21.6.53 Tag und Nacht im Hause auf. Ab 22. wurde das Gebäude nachts über nur noch mit 6 Freunden besetzt. Bei allen Freunden war eine große Einsatzfreudigkeit vorhanden, ähnliche Maßnahmen wurden von Sämtlichen Stadtbezirken durchgeführt.

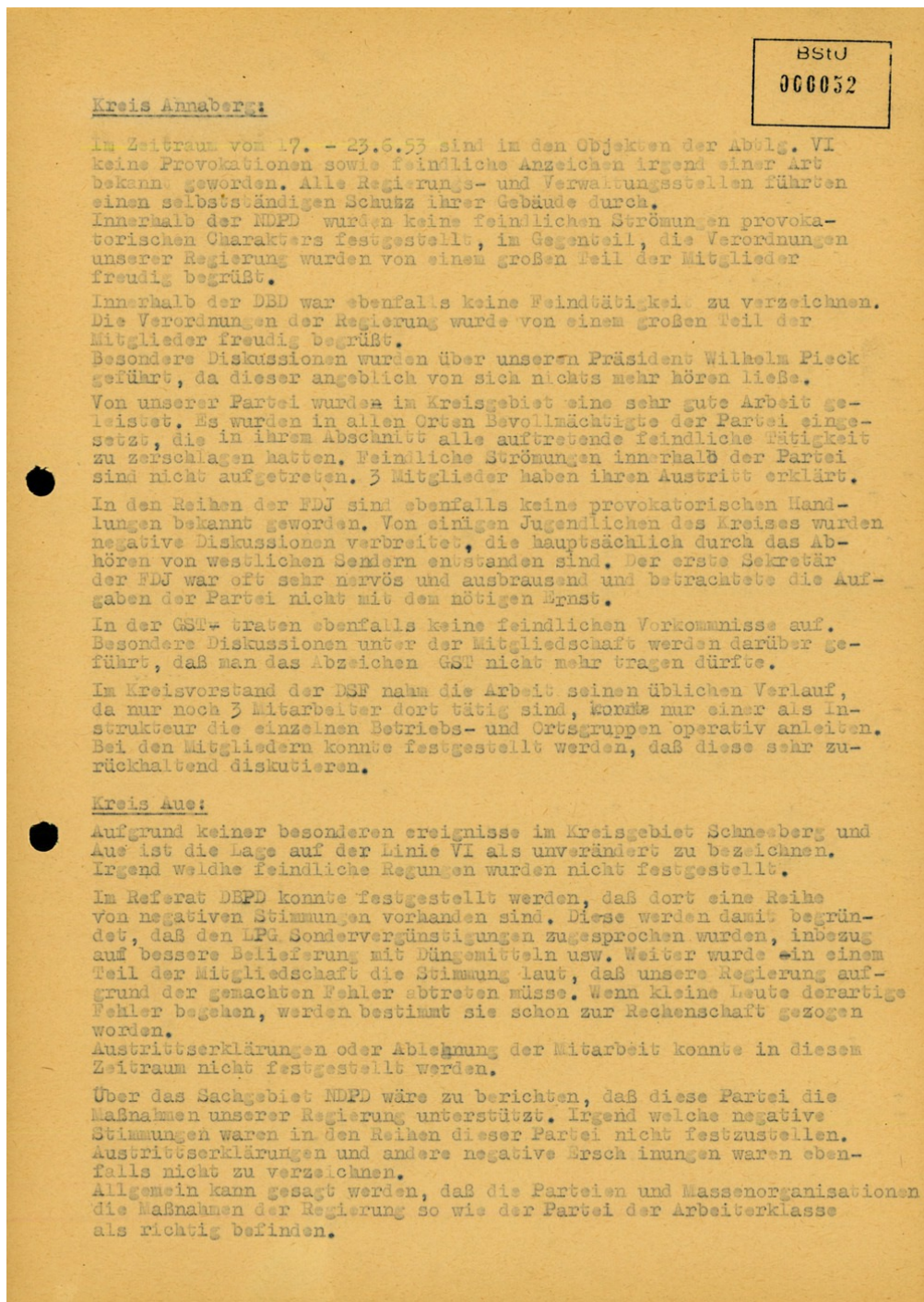
Eine entscheidende Schwäche bestand am Anfang darin, daß verschiedene Leitungen der Grundeinheiten nicht sofort auf solche wichtigen Vorkommnisse reagierten. So wusste z.B. der Sekretär der Pöwewerke Karl-Marx-Stadt am 17.6.53 17,00 Uhr noch kein Wort von den Ereignissen in Berlin und hatte demzufolge keine Maßnahmen in dem Betrieb eingeleitet. Diese Schwäche hatte zur Folge, daß die gegnerischen Argumente die bereits durch den Rias unter die Jugendlichen getragen worden waren, durch sein Verschulden nicht sofort zerschlagen werden konnte. Es wurden dahingehend unter den Mitgliedern des Verbandes diskutiert, daß man zur Regierung und zur Partei kein Vertrauen mehr haben könnte und unseren Rundfunk und Presse keinen Glauben mehr schenken könne. Weiterhin konnte festgestellt werden, daß ein Teil der Mitglieder in der Diskussion sehr zurückhaltend war.

GST: - Kreisleitung Karl-Marx-Stadt:

Nach Bekanntwerden der faschistischen Provokationen wurden sofort Maßnahmen zur Sicherstellung der Geräte eingeleitet. Es wurde eingeleitet, daß die KK-Gewehre getrennt von der Munition aufbewahrt werden. Bei Grundeinheiten bei denen man nicht die feste Überzeugung hatte, daß sie in ordnungsgemäßen Zustand aufbewahrt wurden, wurden sichergestellt. Es wurden weiterhin die pflichtbewussten Kameraden verständigt und der VP, SED-Kreisleitung u. Bezirksleitung zur Verfügung gestellt. In den Mitgliederkreisen der GST wurden verschiedene negative Diskussionen geführt, die scheinbar durch Abhören von Westsendern entstanden sind, besonders aber jedoch darüber, warum das Abzeichen der GST nicht mehr getragen werden dürfe. Des weiteren gehen laufend Anfragen bei der Kreisleitung ein, ob die GST aufgelöst würde und ob dadurch die Maschinen verkauft würden. Des weiteren wird darüber diskutiert, warum jetzt keine Ausbildungen mehr durchgeführt werden. Man fordert daß man keinesfalls zulassen soll, die GST aufzulösen. Der Kamerad [REDACTED] erklärt, er wäre sehr empört, weshalb man das Abzeichen nicht mehr tragen dürfe, das wäre eine große Schweinerei.

Irgendwelche Geräte sind bis jetzt nicht zerstört worden. Austritte auf Grund der letzten Ereignisse sind ebenfalls nicht zu verzeichnen. Sämtliche Kräder sind in den 5-6 Stützpunkten Tag und Nacht einsatzbereit. Seit Beginn der letzten Ereignisse sind sämtliche Mitglieder der Kreisleitung in den Grundeinheiten zur Agitation eingesetzt.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt



Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000053

Negative Stimmungen in der FDJ, DSF, DRK und GST über die Maßnahmen unserer Regierung sind nicht in Erfahrung gebracht worden. Aufgrund des vorliegenden in- und offiziellen Materials ist festzustellen, daß keine Anhaltspunkte vorhanden sind, die auf eine verstärkte Feindschaft auf der Linie VI im Kreisgebiet Aue schließen lassen.

Kreis Auerbach:

Im Kreisgebiet Auerbach ist festzustellen, daß während der Zeit des Ausnahmezustandes auf der Linie VI keine wesentlichen feindlichen Handlungen und negative Stimmungen auftraten.

In der DBD wurde keine Feindschaft bekannt. Die Stimmung der werktätigen Bauern ist zufriedenstellend, was hauptsächlich aus den neuen Beschlüssen unserer Regierung resultiert. Sie begrüßen hauptsächlich die Maßnahmen wie Kreditgewährung, Herabsetzung des Ablieferungssolls usw. Von Seiten der Partei wurden in diesen Tagen laufend Aufklärungseinsätze durchgeführt. Die einzelnen Funktionäre der DBD waren der Situation gewachsen, eine Kopflösigkeit oder Schwankungen waren bei ihm nicht zu verzeichnen. Sie waren dadurch in der Lage, alle Fragen, die die Bauern bewegten, mit diesen zu diskutieren.

Innerhalb der NBDP wurde ebenfalls keine Feindschaft durchgeführt. Obwohl ein großer Teil der Mitglieder den Beschlüssen der Regierung positiv gegenüber stehen, macht sich innerhalb dieser Partei die Tendenz einer abwartenden Haltung bemerkbar. Dies zeigt sich besonders bei den Funktionären der NBDP, die in diesen Tagen wenig Initiative entwickelten und mit ihren Mitgliedern sehr wenig diskutierten. In den Verwaltungen des Kreises und im FDGB konnten keine feindlichen Handlungen oder bürokratisches Verhalten festgestellt werden. Die verantwortlichen Funktionäre dieser Objekte waren jederzeit Herr der Lage. Die Funktionäre der einzelnen IG's verrichteten ihre Arbeit zufriedenstellend. Dies kam besonders zum Ausdruck, in den Betrieben, wo sie als Agitatoren eingesetzt waren und es verstanden, die unzufriedenen Arbeiter entsprechend aufzuklären.

Innerhalb der DSF machen sich trotz intensiver Aufklärungseinsätze negative Stimmungen bemerkbar, die ihren Ausdruck darin finden, daß viele Mitglieder der Meinung sind, daß das Eingreifen sowjetischer Soldaten der Ausdruck der DSF ist und sie das Eingreifen nicht für gut halten.

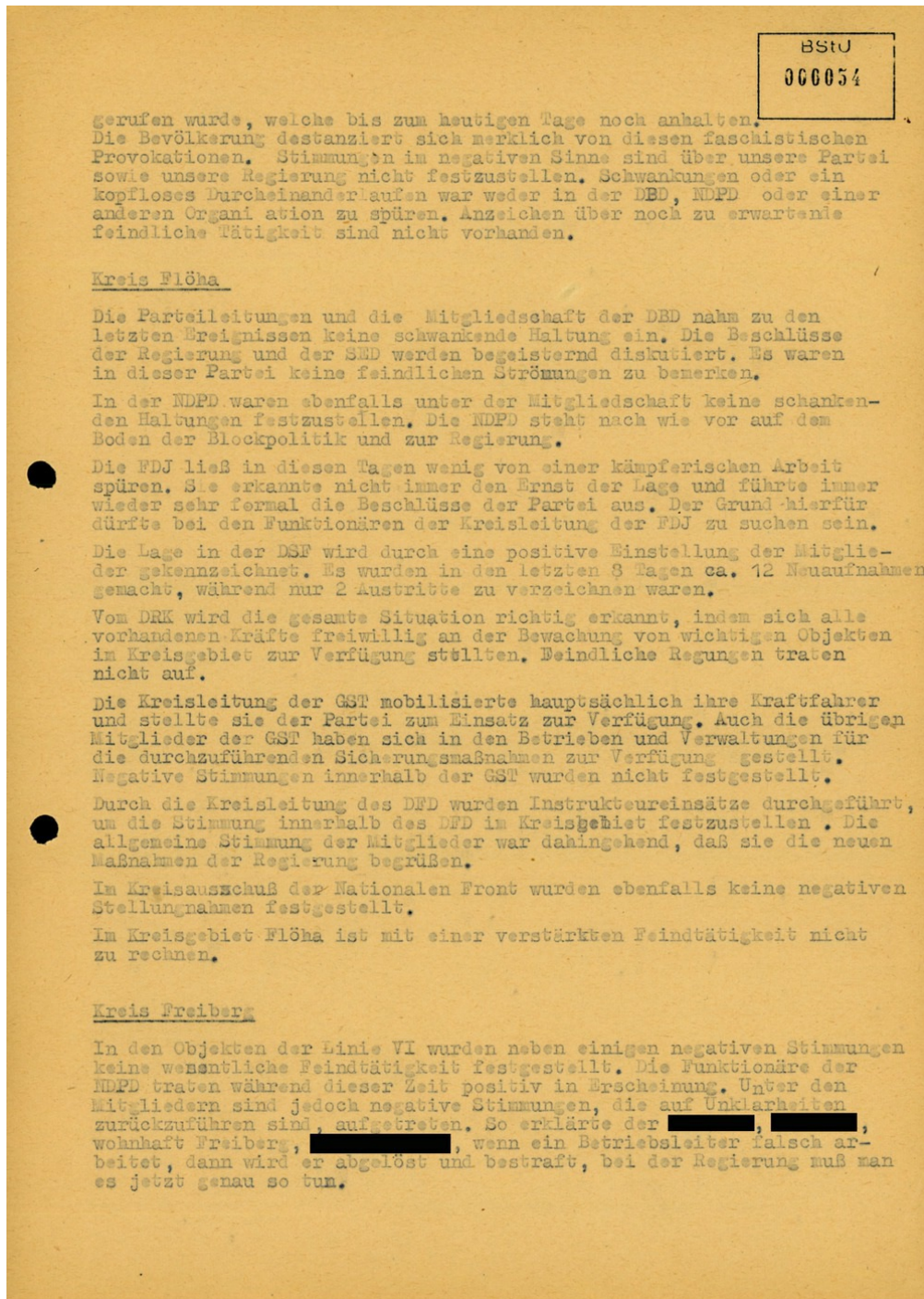
In der GST des Kreisgebietes wurde nur festgestellt, daß von einem Teil der Mitgliedschaft Gerüchte in Umlauf gesetzt wurden, unter anderem, die GST würde aufgelöst.

Unter den FDJ-lern ist die Stimmung und das Verhalten nicht schlecht. Innerhalb der FDJ gibt es jedoch einige Jugendliche, die nur einen kleinen Teil dieser Organisation darstellen, die eine negative Einstellung zu den Ereignissen zeigen. Die Funktionäre der FDJ erkannten diese Schwächen und haben sofort Aufklärungseinsätze organisiert. Dadurch konnten Panikstimmungen innerhalb der FDJ verhindert werden. Das vorhandene Material läßt keine Anzeichen, die in Zukunft auf eine verstärkte Feindschaft schließen lassen, erkennen.

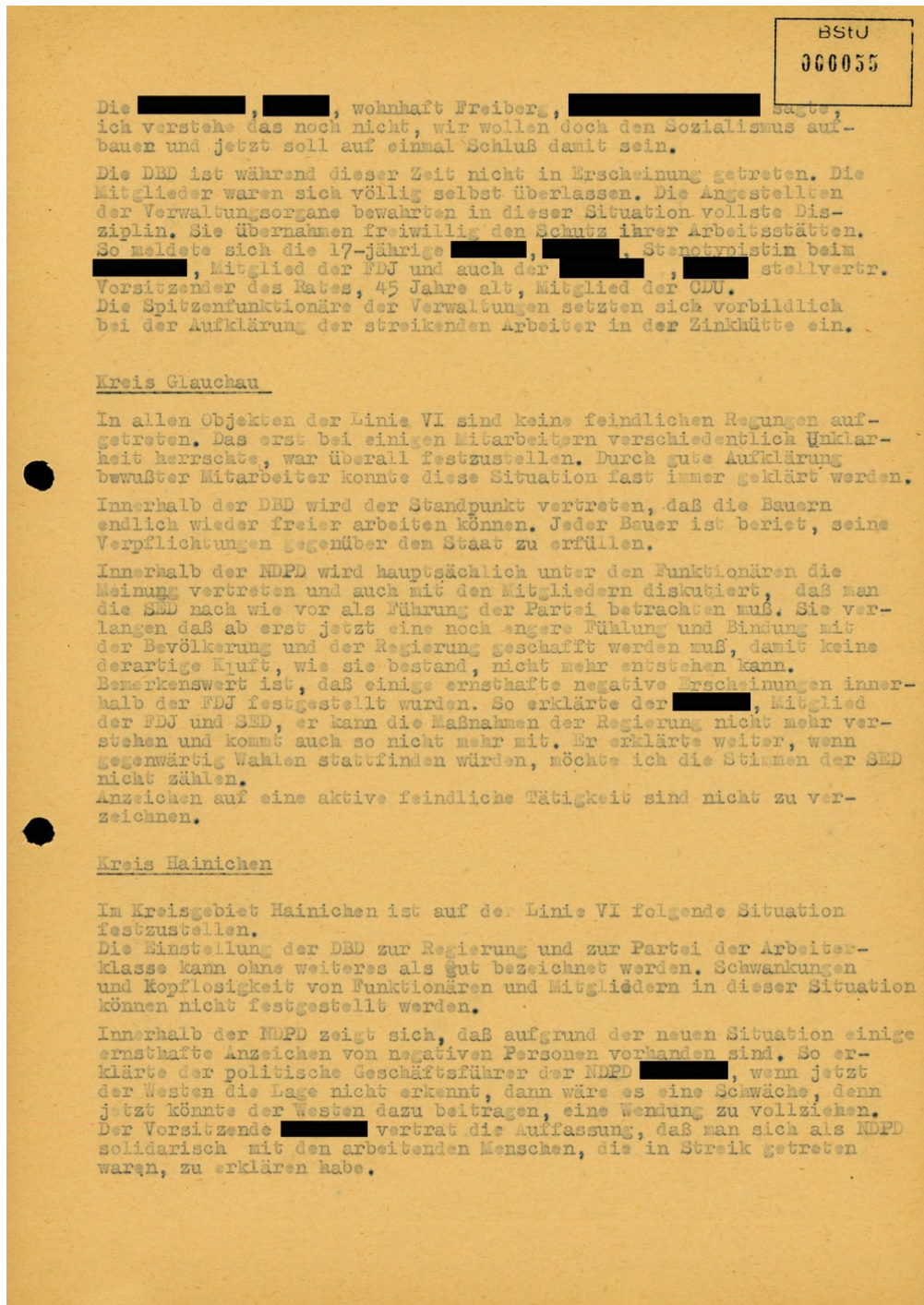
Kreis Brand-Erbisdorf

Im Kreisgebiet Brand-Erbisdorf haben keine faschistischen Provokationen stattgefunden. Ebenso waren für derartige Unruhen keine Anzeichen vorhanden. Die im Republikaßstab von den anglo-amerikanischen Agentenzentralen hervorgerufenen und geforderten Zwischenfälle, welche zur Verhängung des Ausnahmezustandes führten, hatten zur Folge, daß unter der Bevölkerung eine große Beängstigung hervor-

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt



Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt



Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl 1-74

Blatt 55

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU 300056

Weitere Anzeichen über durchgeführte und geplante Feindseligkeit liegen in den Objekten nicht vor.

Bei den Angestellten der Verwaltungen und Massenorganisationen ist ein diszipliniertes und ruhiges Auftreten festzustellen, was darauf schließen läßt, daß ein großer Teil dieser Menschen hinter unserer Regierung stehen.

Kreis Hohenstein - Ernstthal

Im Kreisgebiet Hohenstein - Ernstthal sind auf dem Gebiet der Abt. VI keine Provokationen bzw. Unruhen entstanden.

Die demokratischen Parteien traten bisher nicht so in Erscheinung, daß wir irgend welche Maßnahmen ergreifen mußten, um auf diesem Gebiet Ruhe und Ordnung zu schaffen. Es ist lediglich zu verzeichnen, daß ein Mitglied der NDPD in Oberlungwitz festgenommen wurde, bei der beim Schmieren von Hetzparolen ertappt wurde.

Im Staatsapparat ist die Lage ebenfalls beruhigend. Während der oben angeführten Situation kann man sagen, daß der Staatsapparat jederzeit einsatzbereit gewesen ist. Auch hier konnte nicht in Erfahrung gebracht werden, daß irgend welche Verwaltungsfunktionäre kopflös oder der Lage nicht gewachsen gewesen wären.

In der FDJ zeigten sich ebenfalls keine Unruhen. Das Kreissekretariat der FDJ war laufend unterwegs und führte Agitationseinsätze in den Betrieben durch. Die Stimmung unter den Jugendfreunden ist gut.

Die GST hat sich vor allen der Partei zur Verfügung gestellt und fündig und Nacht Kontrolleinsätze für die Partei und Staatsorgane durch. Auch hier ist die Stimmung normal. Es sind keine Erscheinungen der Unruhe zu verzeichnen.

Im DRK sowie in den übrigen Objekten konnte ebenfalls nicht festgestellt werden, daß irgendwelche Unruhen oder Provokationen geplant waren.

Mit irgend welcher Feindseligkeit ist nicht zu rechnen.

Kreis Marienberg

Im Kreisgebiet Marienberg ist die gegenwärtige Situation gegenüber der Zeit vor dem 15.6.53 unverändert. Der überwiegende Teil der Bevölkerung verabscheut derartige Provokationen. Jedoch hat es auch Menschen gegeben, welche die Ausdehnung auf unser Kreisgebiet erhofften, damit sie mit losschlagen konnten.

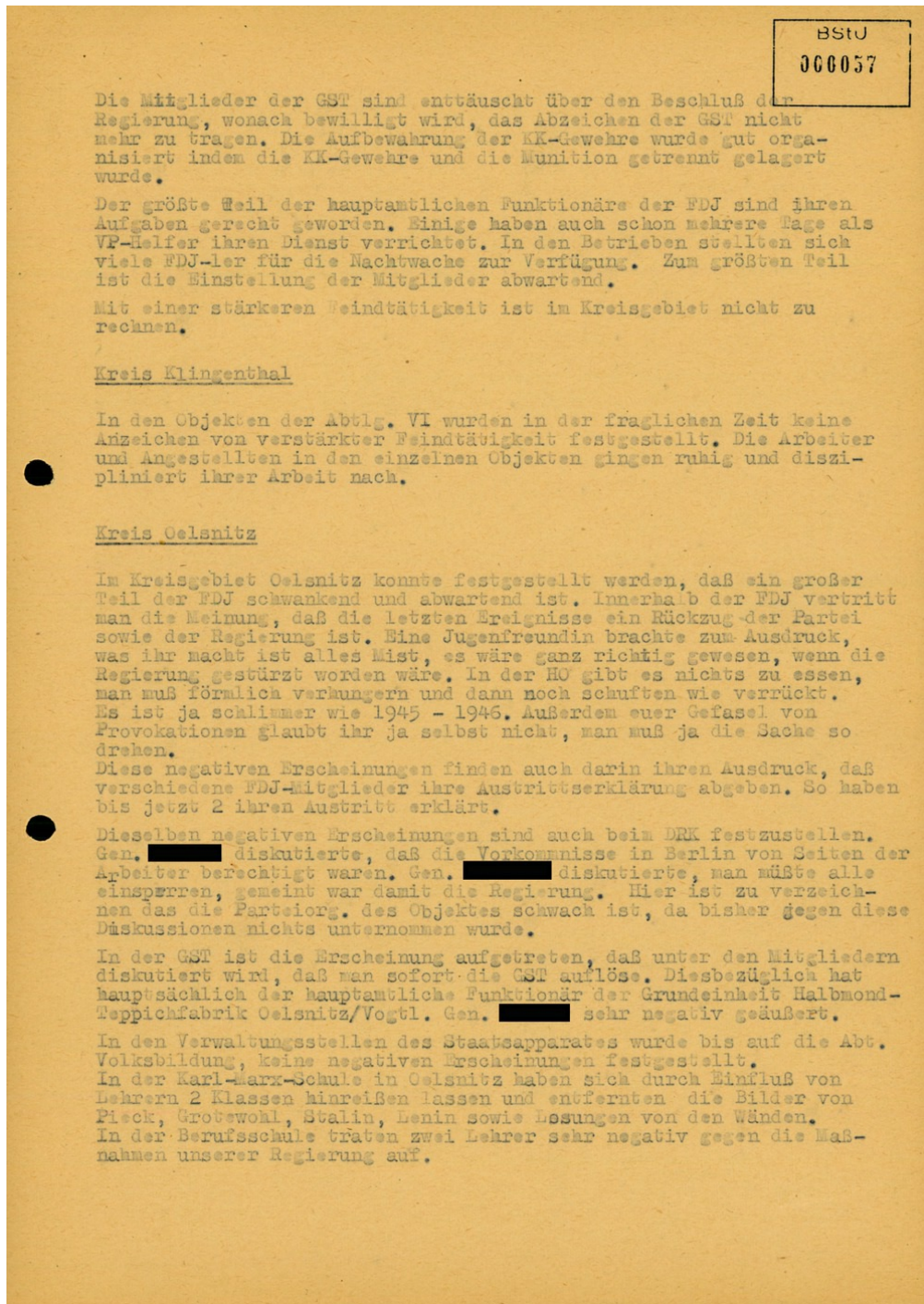
Der größte Teil der Mitglieder der NDPD begrüßt die Beschlüsse des ZK, ein geringer Teil ist mißtrauisch und abwartend. Von einer Kopflösigkeit und Schwankungen kann hier, wie auch in den anderen Organisationen nicht gesprochen werden.

Einige Mitglieder der DED stellen die Frage, wo in der jetzigen Situation die Volkskammer und die Hilfsorgane bleibt. Warum äußert sich die Volkskammer nicht zur gegenwärtigen Lage, so fragt man. Es taucht die Frage auf, ob das ZK der SED oder die Volkskammer das höchste Organ der DDR sind.

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl 1-74

Blatt 56

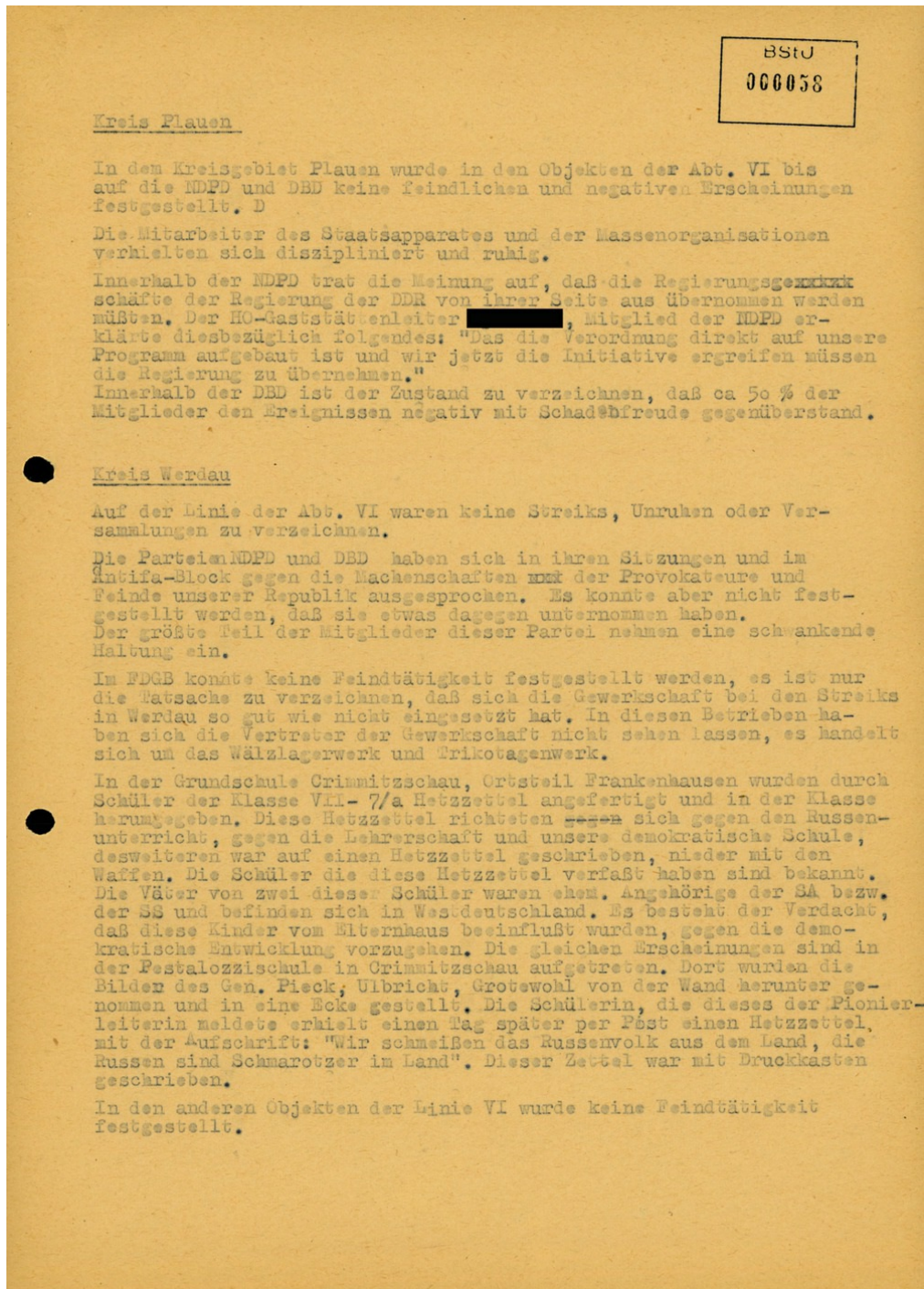
Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt



Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl 1-74

Blatt 57

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt



Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl 1-74

Blatt 58

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000059

Kreis Reichenbach:

Auf Grund der faschistischen Provokationen in Berlin auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik, wurde von den Funktionären der SED-Kreisleitung, sowie von dem Mitarbeitern des Rates des Kreises unter der Bevölkerung eine vorbildliche Agitationsarbeit geleistet. Die Funktionäre waren durchaus der gegenwärtigen Situation gewachsen. Dieses trifft ebenfalls für die FDJ, der DDF und GST zu.

Der Vorstand der NDPD nahm zu den Ereignissen positiv Stellung und unterlag keinerlei Schwankungen.

Innerhalb der DBD sind ebenfalls keine negativen Meinungen zum Ausdruck gekommen.

Die Lage entwickelt sich dahingehend, daß in den Objekten keine Anzeichen organisierter Feindschaft festgestellt werden konnten.

Mit einer größeren und stärkeren Feindschaft ist nicht zu rechnen.

Kreis Rochlitz:

Mit dem Vorsitzenden des Kreises, dem 1. Sekretär der SED-Kreisleitung, dem Leiter des VPKA Rochlitz, sowie dem Genossen Dienststellenleiter wurde eine Aussprache herbeigeführt und die Massnahmen festgelegt, die notwendig waren, um ein Eindringen feindlicher Elemente in wichtige Dienststellen des Kreisgebietes zu verhindern.

In verstärkter Masse wurde der Parteiapparat mobilisiert und die zum Einsatz gebrachten Genossen in Betrieben, Verwaltungen u.s.w. haben vorbildliche Disziplin gewahrt.

Im Kreisgebiet Rochlitz ist gegenwärtig zu verzeichnen, dass eine ziemliche Ruhe herrscht.

In der Zeit vom 17. bis 23.6.1953 haben 10 Genossen ihr Parteideckament zurückgegeben. Als Begründung wurden allerlei Vorwände gegeben.

Es wurde nicht in Erfahrung gebracht, daß Funktionäre der Partei und des Staatsapparates angesichts der verschärften Situation kopflos geworden sind. Soweit jetzt überblickt werden kann, ist mit einer stärkeren Feindschaft im Kreisgebiet nicht mehr zu rechnen.

Kreis Stollberg:

Nach dem Bekanntwerden der Ereignisse in Berlin und der 14. Tagung des ZK wurde eine abwartende und zurückhaltende Stellung der NDPD und der DBD festgestellt. Jedoch ist es zu feindlichen Strömungen in diesen Parteien nicht gekommen.

Die Diskussion im Staatsapparat ist gut. Ebenso sind keine Hemmungen und bürokratischen Massnahmen in der Arbeit festzustellen. Lediglich der [REDACTED], Mitglied der SED, beschäftigt in der Abteilung - Abgaben - brachte innerhalb einer Gewerkschaftsversammlung zum Ausdruck, daß er kein Vertrauen mehr zu unserer Regierung habe. Gegen ihn wurden vorerst nur parteiliche Massnahmen ergriffen. Die Einsicht der Notwendigkeit des Schutzes der Gebäude ist unter den einzelnen Genossen, sowie Kollegen vorhanden.

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl. 1-74

Blatt 59

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
366030

In der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands, DSF, Kulturbund, DFD, SVK, Kreisfreundschaftskomitee und Volkssolidarität war eine gewisse Gleichgültigkeit festzustellen, was auf Nichtverstehen der politischen Situation zurückzuführen ist.

Die GST führte nach wie vor die Ausbildung innerhalb ihrer Grundeinheiten durch. In der Grundeinheit VEB Dreitannen in Thalheim konnte unter den einzelnen Kameraden eine Liquidatorenstimmung festgestellt werden. Verschiedene Kameraden der GST stellten sich mit ihren Krädern zur Verfügung, um bei evtl. Einsatz einspringen zu können. Weitere Kameraden haben sich zum Schutze der Gebäude der GST und anderen Massenorganisationen zur Verfügung gestellt.

Nach dem Bekanntwerden der Ereignisse in Berlin und der 14. Tagung des ZK der SED sowie der Anordnung des Zentralrates der FDJ zur weiteren Durchführung der 2. und 3. Mitgliederversammlung geht der Umtausch in den Grundeinheiten weiter voran, der vor der Anordnung des Ausnahmezustandes zu 50 % abgeschlossen war. Negative Stimmungen traten nur bei einzelnen FDJ-Mitgliedern. So äußerte sich zum Beispiel der Jugendfreund [REDACTED], beschäftigt in den ESDA-Werken folgendermassen:

daß die junge Gemeinde nicht aus Agenten und Saboteuren besteht, sondern diese Jugendlichen nur ihrem Glauben nachgehen. Jesus bewiese, dass der Kampf gegen die Junge Gemeinde eine Verleumdung wäre. Unter einem großen Teil der FDJ 1. herrscht eine Stimmung der Sorglosigkeit, des Nichtverstehens der politischen Lage und eine abwartende Haltung. Die Instrukteure und Sekretäre der Kreisleitung der FDJ befinden sich im ständigen Einsatz und arbeiten in den gesamten Grundeinheiten in aufklärender Weise. Von den Freunden der FDJ-Kreisleitung wurde in Verbindung mit den anderen Massenorganisationen eine Nachwache von 20 Mann zur Sicherung der Gebäude eingesetzt.

In den weiteren Sachgebieten ist es ruhig und es sind keine negativen Erscheinungen bekannt geworden.

Mit einer stärkeren Feindschaft ist nicht zu rechnen.

Kreis Zwickau:

Bei Bekanntwerden des Kommuniqués des ZK und der Regierung war ein allgemeiner Stillstand der Parteimitglieder von ihrem bisher beschrittenen Weg zu verzeichnen. Die Punkte der Haftentlassung und Zurückerstattung von enteignetem Gut und Rückgabe der Betriebe an geflüchtete Unternehmer erweckte bei dem überwiegenden Teil der Genossen Zweifel an den Beschlüssen des ZK.

Der Parteivorstand der NPD kommt ständig auf Klärung beim Kreis-ausschuss der Nationalen Front. Die Nationale Front selbst wird jedoch vollkommen ungenügend von der Partei angeleitet. Bei den Freunden der NPD ist bemerkenswert, daß sie immer wieder zum Ausdruck bringen, daß die SED als die führende Partei eine bessere Anleitung geben könnte und die Distanz zwischen den verschiedenen Parteien und Organisationen beseitigen müsste. Unter den übrigen Mitgliedern der NPD ist eine neutrale Haltung zu verzeichnen. Feindliche Tätigkeit oder Hetze wurde nicht bekannt.

Besondere Drohbriefe wurden der Freien Presse zugesandt, die persönlich gegen den Chefredakteur gerichtet waren und auch die Redaktion im Allgemeinen betraf. In diesem Schreiben wurde von der baldigen Abrechnung geschrieben und die Formulierung war in satirischer Form gehalten. Eben solche Drohbriefe erhielt der 1. Sekretar der SED-Kreisleitung Stadt, der Leiter des Finanzamtes Zwickau,

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl. 1-74

Blatt 60

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000051

sowie einige in der Öffentlichkeit bekannte Genossen.

In dem Objekt der Staatlichen Regierungs- und Verwaltungsstellen ist eine besondere Feindschaft im Rat der Stadt Zwickau zu verzeichnen. Bereits am 17.6.1953 wurden dort in der Klosettanlage Flugblätter des Ostbüros der SPD gefunden. Am 21.6.1953 wurde an derselben Stelle eine abermalige Feindschaft festgestellt, indem ein Ausschnitt aus einem Flugblatt der SPD angebracht war. Die eingeleiteten Untersuchungen konnten keine Fingerabdrücke feststellen. Die verdächtige Person wurde in den folgenden Tagen bearbeitet. Bisher konnten keine positiven Ergebnisse erzielt werden. Die ehemaligen Mitglieder der SPD, welche im Rat der Stadt besonders vorhanden sind, nahmen während der Zeit der Aktion eine neutrale Haltung ein. Bei einer Genossin ist der Parteiausschluss aus der SED zu verzeichnen. Weitere 10 Genossen der SED legten bereits am 16. und 17.6.1953 ihr Parteiabzeichen ab.

Eine offene Ausschreitung bzw. Provokation in den Objekten war nicht zu verzeichnen. Die Sicherung der Objekte durch ehrenamtliche Genossen gewährleistete einen normalen Ablauf des Arbeitsprozesses.

Besonders tritt in Erscheinung, daß die Mitglieder der SED die Linie der Partei verlassen haben und unter den Kreisen der Bevölkerung entgegen den Beschlüssen des ZK diskutieren. Die Kreisleitungen der SED Stadt und Land haben noch nicht erreicht, daß nunmehr die Arbeit unter den Massen zu leisten ist.

Kreis Zschopau:

Die Blockparteien haben sich in der Berichtszeit passiv gegenüber den Ereignissen verhalten. Feindliche Tätigkeit wurde jedoch nicht festgestellt.

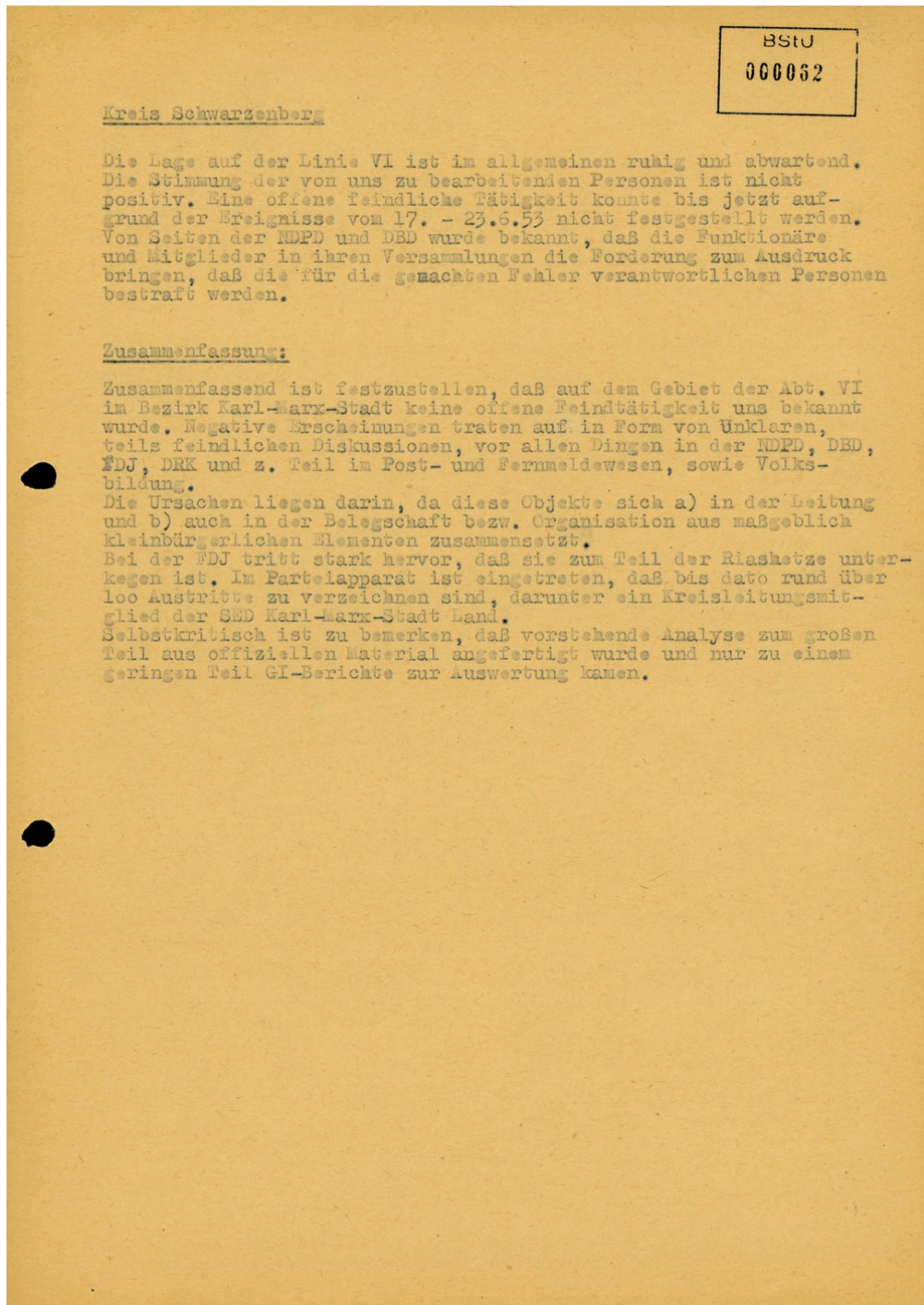
Die Massenorganisationen (FDJ, GST, u.s.w.) traten in Erscheinung, daß die Genossen innerhalb dieser Organisationen die Initiative ergriffen und wenige Mitglieder zur Mitarbeit organisierten.

Die Kreisleitung unserer Partei war in der Situation voll und ganz gewachsen.

Bezeichnend war, daß alle Fäden zentral in der Kreisleitung und damit beim 1. Sekretär zusammenliefen.

Einzelne Kapitulationserscheinungen wurden im Kreisgebiet bekannt, jedoch liegen über diese keine konkreten Angaben vor. Austritte aus der Partei sind nicht erfolgt. Im Großen und Ganzen kann gesagt werden, daß das Vertrauen zur Führung unserer Partei und Regierung unter den Parteimitgliedern besteht bis zu einem geringen Prozentsatz.

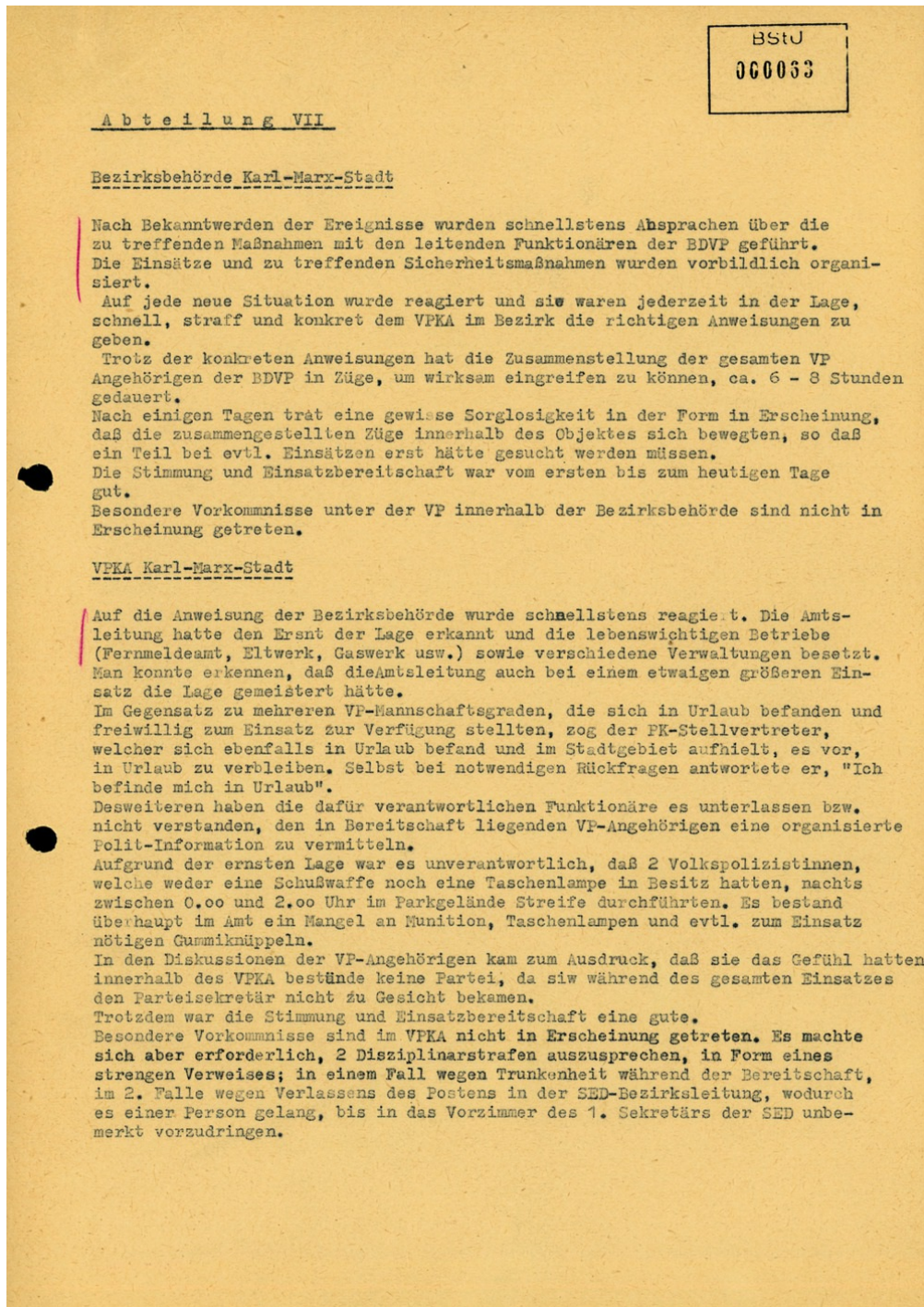
Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt



Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl. 1-74

Blatt 62

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt



Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl. 1-74

Blatt 63

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
000034

VPKA Annaberg

Der Einsatz war von Seiten der Amtsleitung gut organisiert. Es wurde ein konkreter Einsatzplan ausgearbeitet, der aufgeschlüsselt nach den einzelnen Referaten und Abteilungen war. Durch das ruhige und sachliche Auftreten des verantwortlichen Offiziers in der Einsatzleitung war es immer möglich, eine gute Einsatzbereitschaft zu gewährleisten. Besondere Situationen, die ein schnelles Eingreifen der Volkspolizei erforderten, waren in dieser Zeit im Kreisgebiet nicht zu verzeichnen. Auch die Leiter der anderen Abteilungen waren ihren Aufgaben voll gewachsen. Ein Mangel wurde beim Polit.-Stellvertreter Gen. Kom. [REDACTED] festgestellt, welcher, wie sich zeigt, von der operativen Arbeit der VP wenig Ahnung hatte, indem er Befehle gab, die von den mitverantwortlichen Genossen nie für gut geheißen wurden. Sonst haben sich die Genossen aller Abteilungen in ihrer Dienstdurchführung bis zum heutigen Tage vorbildlich verhalten. Wesentlich hat zur Erhaltung der Moral und guten Disziplin die gut organisierte Freizeitgestaltung beigetragen. Im Amt machte sich in der Einsatzzeit eine Disziplinarstrafe notwendig. Ein VP-Wm. hatte sich auf mehrere Stunden unentschuldig vom Dienst entfernt mit der Begründung, er könnte seine Familie nicht einige Tage allein lassen. Er brachte gegenüber dem Polit.-Stellvertreter zum Ausdruck, daß er niemals ein 100 %iger Volkspolizist werden würde, denn er wäre 5 Jahre in sowjetischer Kriegsgefangenschaft gewesen und hätte dort alle Mißhandlungsarten mitgemacht. Auf die Frage hin, ob er aus dem Dienst der Volkspolizei ausscheiden möchte, gab der Wm. zur Antwort, daß es ihm lieb wäre, wenn er sofort aus dem Dienst der Volkspolizei ausscheiden könnte. Er öffnete daraufhin seine Uniform, um sie sofort abzulegen. Es ist vorgesehen, ihn nach seinen 5-tägigen einfachen Arrest zu entpflichten.

VPKA Aue

Die notwendigen Einsätze waren gut organisiert und die Verantwortlichen waren ihren Aufgaben gewachsen. Es wäre zu bemerken, daß es zu keinen ernsthaften Einsätzen im Kreisgebiet kam. Es wurden in keiner Form irgendwelche Mängel festgestellt. Die Einsatzfreudigkeit und Stimmung der VP-Angehörigen im Amtsbereich ist während des Einsatzes als sehr gut zu bezeichnen. Besondere Vorkommnisse sind bis auf 4 Disziplinarstrafen, die wegen Alkoholgenuß während des Dienstes ausgesprochen wurden, nicht vorgekommen.

VPKA Auerbach

Der erste Tag des Einsatzes (17. 6. 53) wurde ohne Einsatzplan durchgeführt. Erst durch Hinweis eines VP-Mstr. aus der Abteilung S. wurde ein Einsatzplan erstellt. Irgendwelche Mängel haben sich aufgrund dessen nicht herausgestellt. Die verantwortlichen VP-Angehörigen waren jederzeit der Situation gewachsen. Die Einsatzfreudigkeit sowie Stimmung der VP-Angehörigen ist während des Einsatzes als gut zu bezeichnen, so daß es zu keinen Disziplinarstrafen führte u. auch keine besonderen Vorkommnisse zu verzeichnen waren.

VPKA Brand-Erbisdorf

Laut Anweisung war von seiten der Verantwortlichen der VP der Einsatz gut organisiert. Das Dienstgebäude wurde gesichert und die Verantwortlichen waren in der Lage, die Situation zu erfassen und die Einsätze zu lenken und zu leiten.

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl. 1-74

Blatt 64

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU JG0035

Während des Einsatzes haben sich keine besonderen Mängel herausgestellt. Im Großen und Ganzen war die Stimmung der VP-Angehörigen gut. Leider hatten die VP-Angehörigen nicht den Ernst der Situation erkannt, indem sie einen Tanzabend im Klubhaus des VPKA organisierten. Der VP-Meister [REDACTED], [REDACTED] - ca. 35 Jahre alt, sagte schon am 16. 6. 53, daß im Augenblick im demokratischen Sektor von Berlin ein Streik stattfinden würde, wie es ihm bis jetzt noch nicht gegeben habe. Die Arbeiter der Stalinallee würden diesen Streik durchführen, um zu erreichen, daß die hohen Arbeitsnormen gesenkt würden und daß sie weiterhin die Forderung hätten, daß die Regierung der DDR zurücktreten soll und daß bereits sowjetische Truppen den Schutz der Regierung übernommen hätten. [REDACTED] sagte ebenfalls noch, daß es vielleicht sein könnte, daß hieraus der Zusammenbruch entstehen würde. Erwähnt werden muß jedoch, daß [REDACTED] diese Äußerungen getan hat bevor irgendwelche Nachrichten im demokratischen Rundfunk durchgegeben wurden. Disziplinarstrafen haben sich bis zum heutigen Tage nicht ergeben.

VPKA Flöha

In diesem Amt verhält es sich so wie bei den vorher genannten Ämtern. Eine besondere Schwierigkeit, was sich nachteilig ausgewirkt hätte, ist das Fehlen von genügend Fahrzeugen. Besondere Vorkommnisse sind im Amt nicht zu verzeichnen. Lediglich wurde während des Einsatzes 2 Verweise in der Abteilung F. ausgesprochen. Der Grund war, nicht konkretes Einhalten der Innendienstordnung. Nach Aussprache mit dem Polit.-Stellvertreter der Abt. F. sahen die Bestrafen ihre Fehler ein.

VPKA Freiberg

Der Leiter des Amtes, VP-Kdr. [REDACTED], hat die Schwerpunkte im Kreisgebiet nicht erkannt. Z. B. war die SED-Kreisleitung in Freiberg nur mit einem bewaffneten BS-Angehörigen gesichert. Er war niemals über die wichtigen Vorkommnisse rechtzeitig informiert. Ebenso ließ er die Wachsamkeit außer acht, da er am 17. 6. 53 sämtliche Fahrzeuge der VP vor dem VPKA aufstellen ließ und nur mit einem VP-Angehörigen sicherte. Verließ der VP-Kdr. das VPKA, so wurde niemand verständigt wo er sich aufhielt oder befand, so daß wenn er benötigt wurde, er immer gesucht werden mußte. Wie erkannt wurde, war der VPKA-Leiter nicht in der Lage, den Einsatz zu lenken und zu leiten, sodaß er immer von seiten des Kommandanten und des Verantwortlichen des MfS auf die Schwerpunkte hingewiesen werden mußte. Ebenso verkehrt war, daß der Leiter die ABV's aus ihren Abschnitten herauszog und sie mit zum Streifendienst einsetzte. Anstatt die ABV's in ihren Bezirken zu belassen, um die Stimmung und andere Wahrnehmungen aus der Bevölkerung sofort an die zentrale Einsatzstelle zu melden. Er erkannte nicht, daß die Schwerpunkte wie Wasserwerk, Eltwerk, Post usw. durch VP gesichert werden mußte. Erst durch den Hinweis von seiten der Partei, des Kommandanten und des MfS wurden diese vorgenannten Schwerpunkte durch VP-Angehörige besetzt. Im Großen und Ganzen war die Stimmung der VP-Angehörigen gut. Nur die berechtigten Beschwerden von den ABV's, daß sie mit zum Streifendienst herangezogen wurden, wurden vorgebracht. Besondere Vorkommnisse, ebenso Disziplinarstrafen traten nicht in Erscheinung.

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl. 1-74

Blatt 65

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU 000036

VPK A Glauchau

Durch den erst neu eingesetzten Amtsleiter haben sich zu Anfang des Einsatzes ernsthafte Mängel herausgestellt, z. B. die Streifentätigkeit sowie konkrete Berichterstattung war mangelhaft. Durch die Unterstützung der Partei und des MfS wurden diese Mängel dann abgestellt. Auch hier war die Stimmung und Einsatzfreudigkeit gut und jeder VP-Angehörige hat seinen Dienst mit dementsprechenden Verantwortungsbewusstsein durchgeführt. Disziplinarstrafen wurden während der Zeit des Einsatzes keine ausgeworfen.

VPKA Hainichen

Hier war der Einsatz der VP gut organisiert. Die Angehörigen der VP waren soweit sie nicht eingesetzt wurden in Einsatzbereitschaft. Durch die Konzentration war es jeder Zeit möglich die Kräfte entsprechend den Schwerpunkten einzusetzen. Die Verantwortlichen waren ständig in der Lage den Einsatz straff und gut zu leiten. Die Offiziere gaben durch ihre gute Einsatzfreudigkeit den VP-Angehörigen immer ein gutes Beispiel. So haben sich während des gesamten Einsatzes keine Mängel herausgestellt. Die Stimmung der VP-Angehörigen war gut. Trotz der erhöhten Beanspruchung von teilweise über 24 Stunden haben die VP-Angehörigen jederzeit ihre Pflicht erfüllt. Besondere Vorkommnisse sowie disziplinarische Bestrafungen waren während des Einsatzes nicht zu verzeichnen.

VPKA Hohenstein-E.

Hier trifft dasgleiche zu wie in dem vorgenannten Amt. Die Genossen der VP erkannten klar und deutlich die derzeitige Situation und verrichteten pflichtbewußt und einsatzbereit ihren Dienst.

VPKA Klingenthal

Der Einsatz von seiten der verantwortlichen VP-Offiziere war zufriedenstellend eorganisiert. Einer besonderen Bewährungsprobe wurde die VP im Kreisgebiet nicht unterzogen, da es hier keine Unruhen, Streiks oder Provokationen gab. Besondere Mängel haben sich während des Einsatzes nicht ergeben. Die Stimmung und das Verhalten der VP-Angehörigen war gut. Disziplinarstrafen wurden keine ausgeworfen.

VPKA Marienberg

Hier verlief der Einsatz genau so positiv wie in dem vorhergehenden Amt. Es wurde eine Disziplinarstrafe in Form eines Verweises ausgesprochen. Grund hierfür war, daß die VP-Angehörige für kurze Zeit den Torposten verlassen hatte.

VPKA Oesnitz

Auf Anweisung wurden die notwendigen Maßnahmen durchgeführt. Die Angehörigen des VPKA waren sich des Ernstes der Lage bewußt, so daß der gesamte Einsatz reibungslos verlief. Irgendwelche Mängel traten hierbei nicht auf. Die Stimmung war gut. Besondere Vorkommnisse und Disziplinarstrafen traten nicht in Erscheinung.

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl 1-74

Blatt 66

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU 000037

VPKA Plauen

Der Einsatz war von den Verantwortlichen schlecht organisiert. Es traten große Mängel auf. Die Leitung war nicht immer, besonders der Kdr. der VP [REDACTED] der Situation nicht gewachsen. Die Verantwortlichen waren nicht immer in der Lage den Einsatz richtig zu leiten obwohl die gesamte VP in Bereitschaft lag. Die Sicherung des Kreises, des Ortes Plauen selbst sowie die Einteilung der VP-Angehörigen war schlecht. Der Kdr. [REDACTED] schätzte die Situation nicht richtig ein. Es wurde ihm 3 mal von seiten des Dienststellenleiters des MfSt die Anordnung gegeben, mit der VP das Fernmeldeamt zu sichern, was er jedoch unterließ. Er gab sich damit zufrieden, daß ein sowjetischer Offizier mit 3 Mann in der Post sein Quartier aufgeschlagen hätte. Desweiteren wurde durch Kontrollen unserer seites festgestellt, daß die Betriebe sowie die Parteihäuser schlecht gesichert wurden. Desgleichen waren die Stadtstreifen zu schwach. Auf den Hinweis des Dienststellenleiters, daß die beiden Autobahnbrücken unbewacht sind, erklärte der Kdr., daß wäre nicht seine Angelegenheit. Den schwachen Einsatz der VP rechtfertigte der Kdr. damit, daß er nicht genügend Leute zur Verfügung habe. Sein Interesse lag nur darin, das VPKA bei evtl. Vorkommnissen zu schützen. Sogar die ABV's wurden im VPKA zusammengehalten und durften nur ein paar Stunden am Tage in ihren Abschnitt.

Der Stellvertreter des Kdr. VP-Rat [REDACTED] beging gleichfalls bei der Einteilung der VP-Angehörigen Fehler, welche unter den VP-Angehörigen Mißstimmung hervorriefen und später auf Druck der VP-Angehörigen beseitigt werden mußten. Gleichzeitig war der Stellvertreter des PA zu schwach in seiner Arbeit, es fehlte die richtige Aufklärung der VP-Angehörigen. Genaue Einteilung der Leute zur Verteidigung des VPKA wurden erst am 20. 6. 53 vorgenommen.

Es ist anzunehmen, daß eine gewisse Angst vorhanden war, indem man alle VP-Angehörige im Hause behalten wollte. Bei besonderen Vorkommnissen hätte wahrscheinlich dem Kdr. die Leitung der VP aus der Hand genommen werden müssen.

Die Stimmung der VP-Angehörigen sowie das Verhalten war gut.

Als besonderes Vorkommnis wäre zu erwähnen, daß am 21. 6. 53, gegen 23.00 Uhr Fenster in der Haftanstalt mit Steinen beworfen wurden. Die Täter konnten nicht festgestellt werden.

In 2 Fällen wurden Disziplinarstrafen ausgesprochen. In dem einen Falle handelt es sich um einen VP-Kommissar, der sich während seiner Streife in einem Lokal betrank und eine Frau belästigte und sogar ihr die Pistole zeigte. Dieser wurde mit 5 Tagen Arrest bestraft.

Im anderen Falle handelt es sich um einen VP-Wm., welcher schlafend als Torposten angetroffen worden ist. Er erhielt ebenfalls 5 Tage Arrest.

Desweiteren wurde von einem VP-Uwm., welcher als Torposten eingeteilt war, mit der Waffe gespielt, so daß sich ein Schluß löste. Bestrafung ist bis zum heutigen Tage noch nicht erfolgt.

VPKA Reichenbach

In diesem Amt wurde kein Einsatzstab gebildet ebenso kein konkreter, richtungsweisender Einsatzplan ausgearbeitet. Der VP-Rat [REDACTED] war der einzige im Amt, der bis zum heutigen Tage den Einsatz gelenkt und geleitet hat. Seine Organisation während des Einsatzes war eine gute. Auch die an ihn herangetragenen Aufgaben wurden von ihm jeder Zeit gemeistert. In den umliegenden Dörfern waren in den ersten Tagen nur 2 VP-Angehörige eingesetzt. Dadurch wäre der Klassengegner in der Lage gewesen größeren Schaden anzurichten. Ein weiterer Mangel war, daß sich der Parteisekretär sowie der Polit.-Stellvertreter fast nicht bei den VP-Angehörigen sehen ließen.

Die Stimmung während des Einsatzes war eine gute.

Besondere Vorkommnisse waren innerhalb der VP nicht zu verzeichnen.

In einem Falle wurde eine Disziplinarstrafe von 5 Tagen Arrest ausgesprochen wegen Fernbleiben vom Dienst.

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl. 1-74

Blatt 67

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU 000033

VPKAY Rochlitz

Der Dienst der VP ist gut organisiert und die Leitung des VPKA ist in der Lage jede Situation zu meistern. Besondere Merkmale wurden nicht festgestellt. Die Stimmung der Volkspolizisten war gut und das Verhalten zeigte ein gutes Verantwortungsbewusstsein. Besondere Vorkommnisse waren nicht zu verzeichnen. Disziplinarstrafen wurden während des Einsatzes keine ausgesprochen.

VPKA Schwarzenberg

Obwohl im Amt im wesentlichen alles positiv durchgeführt wurde traten doch folgende Mängel in Erscheinung. Der Polit.-Stellvertreter, Gen. VP-UKomm. [REDACTED] war sich seiner Aufgabe nicht bewußt und hat nicht die notwendige politische Aufklärungsarbeit geleistet. So wurden die sich in Bereitschaftsdienst befindlichen VP-Angehörigen nicht von ihm aufgesucht und keine Übersicht über die politische Lage gegeben. Außerdem hat sich der Polit.-Stellvertr. negativ verhalten. Am vergangenen Freitag sollte er nachts mit dem Motorrad wegfahren, was er aus Vorsichtsgründen ablehnte. Seine Begründung war, daß dies mit dem Kaderschutz zusammenhänge. Ebenfalls hat er sich während der Bereitschaft nach Hause begeben mit der Begründung, er müßte sich auf die am 24. 6. 53 in der Bezirksbehörde Karl-Marx-Stadt stattfindende Parteiaktivtagung vorbereiten. Obwohl er vom Amtsleiter darauf aufmerksam gemacht wurde, daß nur ein Einsatzwagen zur Verfügung steht benutzte er diesen Wagen nach Karl-Marx-Stadt. In diesem Zusammenhang äußerte er noch: "Seit wann hat denn der mir was zu sagen". Es wäre noch zu erwähnen, daß der gegenwärtige Amtsleiter VP-Rat [REDACTED] infolge Überlastung, da er von dem PK-Stellvertr. nicht unterstützt wurde, am 23. 6. 53 nachmittags vor Erschöpfung zusammenbrach.

Trotzdem ist die Stimmung innerhalb der VP als sehr gut zu bezeichnen. Die VP-Angehörigen nehmen ihren Dienst ernst und führen die Aufgaben korrekt durch. Besondere Vorkommnisse sind keine zu verzeichnen. Außerdem sind keine Disziplinarstrafen ausgesprochen worden.

VPKA Stollberg

In diesem Amt verlief auch alles in bester Ordnung. Den Gegensatz dazu stellte die Strafvollzugsanstalt Hoheneck dar. Hier wurde überhaupt nichts zur Verstärkung der Sicherung der Anstalt am 17. 6. 53 unternommen. Die Leitung stützte sich darauf, daß von der HVdVP Berlin, HA Strafvollzug noch keinerlei Anweisungen zum verstärkten Einsatz gekommen sind. Erst auf unsere Anweisungen wurden verstärkte Sicherheitsmaßnahmen eingeleitet. Die Verantwortlichen in der Strafvollzugsanstalt waren nach dem Hinweis von uns jeder Zeit der Situation gewachsen. Dabei muß unbedingt festgestellt werden, daß die Leitung der Strafvollzugsanstalt Hoheneck stets erst von uns erneut auf die Veränderung bzw. Verstärkung der verschiedenen Sicherheitsmaßnahmen aufmerksam gemacht werden mußte. Man kann nicht umhin festzustellen, daß man sich zu sehr auf die Anweisung von Berlin stützte, die bis zum heutigen Tage nicht eingetroffen ist. Man entwickelte wenig eigene Initiative.

VPKA Werdau

Im VPKA wurde eine Einsatzleitung gebildet, die mit der Partei, dem MfST sowie den Außenposten in laufender Verbindung stand. Dadurch war die Möglichkeit gegeben die z. Zt. bestehende Situation, welche durch die Feindtätigkeit des Gegners heraufbeschoren wurde, zu nichte zu machen. Es konnten keine

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl 1-74

Blatt 68

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

Mängel oder gar Unfähigkeit der Verantwortlichen der VP festgestellt werden. Die Stimmung der VP-Angehörigen war zufriedenstellend. Auch waren keine besonderen Vorkommnisse und Disziplinarstrafen innerhalb der VP zu verzeichnen.

VPKA Zschopau

BSU
000039

Der Einsatz war im Großen und Ganzen gut organisiert und sie waren jeder Zeit der Situation gewachsen. Man kann sagen, daß sie in der Lage waren den Einsatz zu lenken und zu leiten. Jedoch der Amtsleiter selbst hatte in vielen Fällen keinen Überblick über den Einsatz der Fahrzeuge, Streifen und über die sonstige Verwendung der VP-Angehörigen im VPKA. Ebenso handelte er zu bürokratisch und paßte sich nicht immer der politischen Situation an. Maßnahmen, die von seiten des Stadtkommandanten, der Partei oder von unserer Bezirksverwaltung gegeben wurden befolgte er meist erst nach längeren Diskussionen. Er betonte immer, daß niemand außer seiner vorgesetzten Dienstbehörde eine Anweisung erteilen könnte. Er gebrauchte immer die Worte: "Ihr seid nicht anweisungsberechtigt". Eine weitere Schwäche kam zum Ausdruck, daß bis zum 23. 6. 53 noch kein Bericht über die Stimmung unter der Bevölkerung durch die ABV's an das VPKA ergangen sind obwohl durch den Operativstab mehrmals die Anweisung ein diese gegeben wurden. Die VP-Angehörigen im Amt legten ein diszipliniertes Verhalten an den Tag und führten ihren Dienst gewissenhaft und einsatzfreudig durch. Besondere Vorkommnisse innerhalb der VP sind nicht zu verzeichnen, auch sind keine Disziplinarstrafen verhängt worden.

VPKA Zwickau

Während der Zeit des Einsatzes waren in Bezug auf Organisation einige Schwächen zu verzeichnen. So bestand z. B. der Operativstab bis zum 22. 6. 53 nur aus einem VP-Offizier und einer Schreibkraft. Die dann nach 12-stündiger Dienstzeit wieder von 2 verantwortlichen Kräften abgelöst wurden. Dadurch war oftmals zu verzeichnen, daß wichtige Meldungen nicht konkret aufgenommen wurden, da sie überlastet waren. Desweiteren trat ein, daß von verantwortlichen Offizieren der Einsatzleitung Meldungen entgegengenommen wurden und dadurch den Operativstab nicht zur Kenntnis gelangten. In den 1. Tagen des Einsatzes wurde festgestellt, daß obwohl die Einsatzleitung aus 2 Gruppen von je 8 verantwortlichen Offizieren und dem Einsatzleiter bestand, kein einziger der Offiziere der jeweiligen Einsatzleitung in dem dafür bestimmten Raum zu erreichen war. Es wird bemerkt, daß wenn sich irgendwelche besondere Zwischenfälle ereignet hätten, es bestimmt auf-grund der vorgenannten Punkte zu einer Katastrophe gekommen wäre. Weitere Mängel haben sich ergeben in Bezug auf die Sicherung des Kreisamtes selbst. Obwohl bekannt ist, daß die Lage des Amtes eine sehr ungünstige ist hat man es nicht für nötig gehalten, die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen von außen zu treffen.

Im Allgemeinen kann die Stimmung als zufriedenstellend angesprochen werden. In der Diskussion wurde davon gesprochen, daß sich im August sehr viele entpflichten lassen wollen, was vorwiegend Frauen waren.

Unter Vorkommnissen wäre zu erwähnen, daß die sich in der Nacht vom 21./ 22. 6. auf der Autobahnbrücke zum Wachdienst befindlichen Genossen außer einem dienstliche Vergehen zu Schulde kommen ließen, indem sie geschlafen haben. Ein weiteres Dienstvergehen war in der Strafvollzugsanstalt Zwickau zu verzeichnen, indem ein VP-HWm. vom Anstaltsleiter für Waschen usw. eine Stunde freibekam. Nach Ablauf dieser Stunde im betrunkenen Zustande wieder zum Dienst erschien.

Die letzten beiden Fälle werden noch von der Amtsleitung disziplinarisch bestraft.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

Werner ergänzte Liste!

BStU
000070

Abteilung IX

Im Bezirk Karl-Marx-Stadt wurden in der Zeit vom 16. 6. 53 - 25. 6. 1953 insgesamt 35 Personen festgenommen. Davon wurden 1 Person angeworben und 1 Häftling () der Verwaltung "W" Karl-Marx-Stadt zuständigkeitshalber übergeben.

Die der Abteilung IX übergebenen Häftlinge untergliedern sich wie folgt:

a) Mitglieder von Streikleitungen und Streikorganisatoren:	14 Personen
b) Provokateure:	13 12 Personen
c) Boykotthetzer:	5 Personen

In den bisherigen Ermittlungen und Untersuchungen konnte der Beweis der Streikdurchführung im Auftrage und unter Leitung von Agenten imperialistischer Geheimdienste nicht erbracht werden. Die Streiks wurden zum größten Teil aufgrund der Ereignisse in Berlin von reaktionären Elementen organisiert. Anfangs stellten diese Organisatoren wirtschaftliche Forderungen, um Einfluß auf die Arbeiter zu bekommen. Danach verlangten die Rädelsführer das Abdanken der Regierung. Daraufhin schlossen sich mehrere Arbeiter in den betreffenden Betrieben diesem Verlangen an.

Hinsichtlich der Streiks ist zu bemerken, daß dieselben ohne größere Unruhe vonstatten gingen. Im Bezirk Karl-Marx-Stadt konnten ^{keine} Terrorakte, Brandstiftungen, Tötlichkeiten und Überfälle festgestellt werden.

Als Schwerpunkte haben sich die Kreise Werdau und Freiberg erwiesen während aus den anderen Kreisen mehr einzelne Provokateure und Boykotthetzer festgenommen wurden.

Und nun zu den Vorgängen selbst:

WMW Wälzlager Fraureuth:

Am 18. 6. 1953 legten in diesem Betrieb sämtliche Belegschaftsmitglieder der Nachtschicht - ca. 600 Personen- die Arbeit nieder. Die Ermittlungen und Untersuchungen führten zu Festnahmen der nachgenannten Personen:

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
066071

1.)	[REDACTED]	- Streikleitung
2.)	[REDACTED]	- Mitorganisator
3.)	[REDACTED]	- Streikleitung
4.)	[REDACTED]	- Streikleitung
5.)	[REDACTED]	- Streikleitung
6.)	[REDACTED]	- Streikleitung
7.)	[REDACTED]	- Streikleitung
8.)	[REDACTED]	- Provokateur

[REDACTED] ist als Organisator des Streikes anzusprechen. Er gehörte von 1943 - 1945 der fasch. SS an und hatte zuletzt den Dienstgrad eines Fähnrichs inne. [REDACTED] beauftragte den mit inhaftierten [REDACTED] sowie den als GI angeworbenen [REDACTED] und den noch nicht inhaftierten [REDACTED] mit der Vorbereitung des Streiks in der Weise, indem er durch die genannten Personen die einzelnen Abteilungen benachrichtigen ließ und zum Streik auffordern ließ. [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED], [REDACTED] und [REDACTED] traten als Wortführer während der Streikversammlung auf und stellten nach den wirtschaftlichen die politischen Forderungen. Die hauptsächlichsten Forderungen waren:

- 1.) Herabsetzung der Normen auf den Stand vom 31. 12. 1952
- 2.) Rücktritt der Regierung der DDR
- 3.) Durchführung "Freier Wahlen"
- 4.) Aufhebung des Ausnahmezustandes
- 5.) Freilassung aller pol. Häftlinge
- 6.) Rückkehr sämtlicher noch in Gefangenschaft befindlichen Kriegsgefangenen.

Die unter Punkt 5 und 6 genannten Forderungen stellte vor allen Dingen der Häftling [REDACTED]. Ferner hat er 1950/51 die Verbindung zur Agentur des Hetzsenders RIAS aufgenommen und den Auftrag erhalten, einen VP.-Angehörigen dem RIAS zuzuleiten. Er bestreitet die Durchführung dieses Auftrages.

Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl. 1-74

Blatt 71

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

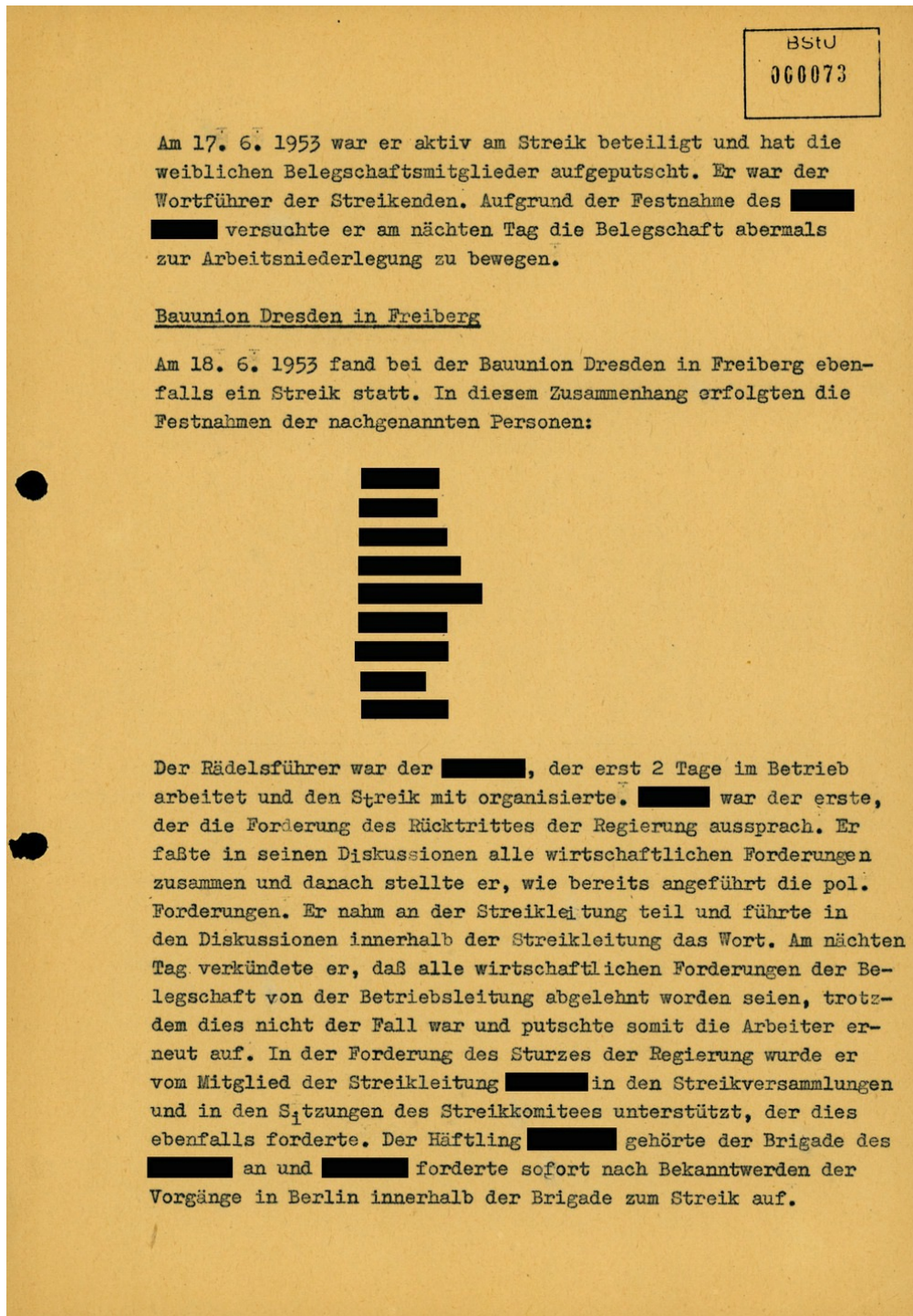
BSTU
060072

Der Beschuldigte [REDACTED] hatte bereits vor dem Streik mit [REDACTED] über die Vorbereitung desselben gesprochen. Während der Streikversammlung forderte er den Rücktritt der Regierung. [REDACTED] gehörte der Streikleitung an. Der Häftling [REDACTED], der Anfang 1953 aus Westdeutschland in die Deutsche Demokratische Republik zurückkehrte, sprach in provokatorischer Weise und ließ im Betrieb fortschrittliche Transparente entfernen. [REDACTED] und [REDACTED] haben im Auftrage der Streikleitung das Tonband, auf dem die gesamten Diskussionen und Forderungen aufgenommen wurden, zu entmagnetisieren. Was auch durchgeführt wurde. [REDACTED] wurde Ende 1952 aus der Haft entlassen. Er war von 1944 - 1945 Abwehrbeauftragter. Der Häftling [REDACTED] leitete ab 4.00 Uhr die Streikversammlung. Er war Mitglied der SED und stellte während des Streikes wirtschaftliche Forderungen.

VEB Trikotagenwerk II in Crimmitschau

Am 17. 6. 1953 - 9.45 Uhr - traten 600 Belegschaftsmitglieder in den Streik. In dieser Sache erfolgte die Inhaftierung wegen provokatorischer Reden während der Streikversammlung. [REDACTED] kam während der Weltfestspiele aus Hamburg nach Crimmitschau. Er flüchtete Ende 1952 nach Westberlin und kehrte am Ende April 1953 wieder in die Deutsche Demokratische Republik zurück. Während seines Aufenthaltes in Westberlin war er bei der berüchtigten Abt. 5 am Tempelhofer Feld, die vom CIC angeleitet wird. Von dort wurde er direkt zu einer Dienststelle des CIC geschickt. Er bestreitet, daß seine Rückkehr im Auftrage dieser Agentenzentralen erfolgte. Nach 14-tägiger Arbeit im Betrieb hat er mitgeholfen, die Streikversammlung zu organisieren und während der Versammlung stellte er wirtschaftliche Forderungen. Der Häftling [REDACTED] ist Mitglied der CDU und war nach 1945 Bürgermeister in [REDACTED] bei [REDACTED] und später selbständiger Geschäftsinhaber. Er ist ebenfalls erst kurze Zeit im Betrieb tätig. Am 8. 6. 1953 verübte er einen Sabotageakt aufgrund dessen seine Entlassung aus dem Betrieb erfolgte. Jedoch wurde er durch versöhnlerische Elemente wieder eingestellt.

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt



Signatur: BArch, MfS, BV Karl-Marx-Stadt, Abt. XX, Nr. 301, Bl. 1-74

Blatt 73

Analyse zum Volksaufstand im Bezirk Karl-Marx-Stadt

BStU
066074

■■■■■ gehörte ebenfalls der Streikleitung an und versuchte im Auftrag des ■■■■■ mit den Kumpels der Zinkhütte in Verbindung zu treten und diese zum Streik aufzufordern. VOIGT gehört ebenfalls der Streikleitung an und hat provozierende Reden gehalten. ■■■■■ und ■■■■■ gehörten ebenfalls der Streikleitung an. ■■■■■ ist Mitglied der BGL und erklärt, daß er gegen seinen Willen in die Streikleitung gewählt wurde und auch nicht an den Sitzungen der Streikleitung teilgenommen habe. ■■■■■ hat nur wirtschaftliche Forderungen gestellt gleich dem ■■■■■, der ebenfalls der Streikleitung angehörte. Der Häftling ■■■■■ forderte ebenfalls während der Versammlung den Sturz der Regierung.

Außer den namentlich angeführten Häftlingen wurden noch weitere 12 Personen aufgrund provokatorischer und hetzerischer Reden festgenommen. Auch hier konnte keinem Häftling ein Auftrag einer Agentenzentrale nachgewiesen werden. Auf die Frage, wer der Anstifter zu den Provokationen sei, erklären fast alle ausschließlich, daß aufgrund der Aufforderung des RIAS die Streiks und Provokationen durchgeführt wurden. Hinsichtlich der Inhaftierten ist hinzuzufügen, daß der überwiegende Teil Gegner unserer Republik und RIAS-Hörer ist. Einzelne Häftlinge unterhalten Verbindungen zu Verwandten in Westdeutschland. Jedoch konnte bisher noch kein Anhalt dafür gefunden werden, daß über diese Verwandten eine Beauftragung erfolgt ist. 5 der Inhaftierten und zwar

■■■■■
■■■■■
■■■■■
■■■■■
■■■■■
■■■■■ und

wohnten längere Zeit in Westdeutschland. Auch die diesbezüglichen Vernehmungen über verbrecherische Verbindungen endeten bisher ergebnislos.

Bis zum 25. 6. 1953 wurden 3 Häftlinge dem Gericht übergeben. Entlassungen wurden bisher noch keine vorgenommen. Voraussichtlich wird das Belastungsmaterial bei 8 Personen nicht zur Verurteilung ausreichen, so daß dieselben entlassen werden müssen.